

Zusammen. Weiter. Voran.

Zukunftsplan Saar – Für ein eigenständiges und starkes Saarland!

- Einstimmiger Beschluss des Programmausschusses der CDU Saar am 17.02.2017 -

1. Worauf es jetzt ankommt – Unser Weg für ein Saarland mit Zukunft!

- **Kontinuität:** Am 1. Januar 2017 feierte das Saarland seinen 60. Jahrestag als Mitglied der föderalen Gemeinschaft der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Entwicklung als eigenständiges Bundesland ist eine Erfolgsgeschichte des Föderalismus. Wir werden – wie in den vergangenen Jahrzehnten auch – dafür sorgen, dass diese Erfolgsgeschichte fortgesetzt wird; für uns war, ist und bleibt die Existenz des Saarlandes als eigenständiges, starkes und selbstbewusstes Bundesland die wichtigste Herausforderung der Landespolitik, damit wir die Lebensqualität der Bürger in unserem Land auf einem hohen Niveau sichern können. Deshalb haben wir diese Aufgabe im Jahre 2012 zum zentralen Leitprojekt der Großen Koalition unter der Führung von Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer gemacht. Wir waren uns jedoch von Anfang an darüber einig, dass eine Legislaturperiode nicht ausreicht, um die Zukunft des Saarlandes zu sichern. Deshalb braucht unser Land jetzt Kontinuität!
- **Klarheit:** Politik bedeutet für uns die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Klare Positionen und klare Ziele sind Ausdruck dieser politischen Verantwortung; sie sind dabei auch Maßstab für die Bildung einer neuen Regierung für unser Land. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten dabei von den Parteien, dass sie **vor** der Wahl sagen, was sie **nach** der Wahl tun werden. Und dass sie **nach** der Wahl auch das tun, was sie **vorher** versprochen haben. Dies gilt nicht zuletzt für die gebotene Festigkeit in Schicksalsfragen der Landesentwicklung. Wer sich dagegen alle Optionen offen hält und verschweigt, mit welchem Programm in welcher politischen Konstellation nach der Wahl regiert werden soll, handelt verantwortungslos und macht sich unglaubwürdig. Man kann nicht **für** Haushaltskonsolidierung und Eigenständigkeit eintreten und gleichzeitig **gegen** die Einhaltung der „Schuldenbremse“ sein. Unser Land braucht Klarheit und keine parteipolitischen Experimente!

2. Was uns leitet – Unsere Werte und Prinzipien für eine erfolgreiche Landespolitik!

- **Verlässlichkeit:** Auf dem Weg zur Sicherung unserer föderalen Eigenständigkeit sind wir bis jetzt zwar ein großes Stück vorangekommen; das letzte Drittel dieses Weges liegt aber noch vor uns. Deshalb muss es bis 2020 und darüber hinaus beim Ziel einer „Politik ohne neue Schulden“, eines ausgeglichenen Landeshaushaltes bleiben. 2012 haben wir versprochen, unsere Eigenständigkeit zu sichern, damit wir

das hohe Niveau an Lebensqualität und Wohlstand in unserem Land erhalten können. Und wir haben Wort gehalten: die Große Koalition hat ihre Vorhaben und Ziele erfolgreich umgesetzt. In drei Jahren werden wir ganz ohne neue Schulden und damit ohne neue Belastungen auskommen. Das gelingt aber nur, wenn diese Politik der Verlässlichkeit auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt wird! Wir als CDU Saar sind bereit dafür!

- **Verantwortung:** Unser Saarland befindet sich in einer entscheidenden Phase; es geht darum, den verbleibenden Weg raus aus der Schuldenfalle zu schaffen, gleichzeitig aber das Land auf die Zukunft auszurichten. Dies erfordert von allen Parteien die Bereitschaft, auf populistische Parolen, Experimente und Risiko-Koalitionen zu verzichten. Was unser Land jetzt nicht braucht, ist eine Regierung, die vom bloßen Willen zum Machterhalt getragen wird, das Land lähmt und es in seiner Entwicklung zurückwirft. Für uns gilt allein der Grundsatz „Erst kommt das Land, dann die Partei und zum Schluss erst die Person“. Wir stehen zu unserer Verantwortung für das Land!
- **Gemeinsamkeit:** So wichtig eine Politik ohne neue Schulden ist, unsere Politik geht über das Sparen hinaus! Haushaltskonsolidierung und Zukunftsgestaltung sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Alle müssen dabei auch in Zukunft mit anpacken – Parteien, Saarwirtschaft, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Kammern, Kommunen und Hochschulen bis hin zu den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden sowie insbesondere auch die Saar-Gemeinschaftsinitiative, die wir in die Beratungen über Investitionsschwerpunkte eng einbinden werden. Die Sicherung unseres Landes liegt nicht allein in der Verantwortung der Landesregierung und Parteien; sie erfordert eine große Gemeinschaftsleistung und die Mitwirkung der ganzen Zivilgesellschaft. Das ist für uns der „saarländische Weg“ der Zukunftssicherung!

3. Was uns prägt – Bekenntnis zu Freiheit, Respekt und Toleranz

- **Bekenntnis zur Prägung unserer Gesellschaft durch die christlich-abendländische Kultur:** In unserer modernen Gesellschaft sind einerseits die religiösen Bindungen vieler Menschen lockerer geworden, andererseits hat die Vielfalt religiöser Bekenntnisse zugenommen. Unser Land ist nach wie vor in starkem Maße durch die christlich-abendländische Tradition und Kultur geprägt. Für uns sind christliche Symbole wie das Kreuz auch in öffentlichen Räumen ebenso Ausdruck dieser Prägung wie das Tanzverbot an stillen Feiertagen wie dem Karfreitag und das Festhalten an christlichen Feiertagen.
- **Gegen Extremismus und Fundamentalismus:** Wir stehen uneingeschränkt zur Achtung und zum Schutz der freien Ausübung der Religion! Bekenntnisfreiheit ist nicht verhandelbar; sie ist Fundament und Ausdruck unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir setzen dabei auf den partnerschaftlichen Dialog mit und zwischen den christlichen Kirchen, der Synagogen Gemeinde Saar und den islamischen

Gemeinden und Organisationen. Bildungsangebote an Schulen, die religiöse Toleranz und Verständnis für die unterschiedlichen Weltanschauungen fördern, werden wir ausbauen. Den Missbrauch von Religion durch Extremisten und Fundamentalisten lehnen wir entschieden ab.

- **Für Respekt und Toleranz:** Wir wollen ein respektvolles Zusammenleben und die gegenseitige Achtung voreinander. Das Gewaltmonopol unseres Staates, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern gehören für uns genauso zu den konstitutiven Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft wie das Verbot der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer kulturellen Herkunft; diese Rechte gehören für uns zu den unverzichtbaren Voraussetzungen eines funktionierenden Zusammenlebens. Dies fordern wir von jedem ein und auf dieser Grundlage bekämpfen wir jede Form des Radikalismus jeglicher politischer oder religiösen Spielart. Deshalb fordern wir auch ein Bekenntnis aller Religionen zum Rechtsstaat, zur Demokratie, zur Achtung der Menschenwürde und zum staatlichen Gewaltmonopol. Wir wollen uns Hassgewalt entschieden entgegenstellen und Einrichtungen und Projekte fördern, die durch Beratung, Aufklärung und Opferhilfe einen Beitrag im Kampf gegen Diskriminierung leisten. Insbesondere die etablierten Leistungen, die in der Verantwortung von Kirchen und Glaubensgemeinschaften in den Bereichen Bildung, Betreuung, Seelsorge und Wohlfahrtspflege vor Ort erbracht werden, wollen wir stärken.

4. Was wir für unser Land erreichen wollen – Unsere politischen Prioritäten und Leitlinien!

4.1. Zukunft: Wir sorgen dafür, dass unser Land trotz Haushaltskonsolidierung Zukunft hat!

- Wir sparen nicht um des Sparens willen, sondern um neue Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu gewinnen und in die Zukunft unseres Landes investieren zu können. Demografischer und technologischer Wandel, aber auch Migration sowie die Internationalisierung und die Digitalisierung gehören zu den größten Herausforderungen, die zu bewältigen sind. Nur als starker Wirtschaftsstandort hat das Saarland eine gute Zukunft.
- Investieren in die Zukunft heißt für uns auch, öffentliche Infrastrukturen diesen Veränderungen anzupassen – zum Beispiel durch Straffung und Modernisierung der Verwaltungsstrukturen auf kommunaler und auf Landesebene. Oberste Priorität hat für uns die Realisierung von Modellen der verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit im Sinne von Funktionalreformen, insbesondere die Hebung von Effizienzgewinnen auf Basis von Verwaltungszweckverbänden, Verwaltungsgemeinschaften und Infrastruktureinheiten. Sofern diese Modelle der Kompetenzbündelung nicht genutzt werden, halten wir uns als „ultima ratio“ eine Gebiets- und Verwaltungsreform offen.

- Zukunft hat das Saarland nur mit einer wachstumsstarken, wettbewerbsfähigen und innovativen Saarlwirtschaft. Wir unterstützen daher die Unternehmen, vor allem die kleinen und mittelständischen Betriebe, die Auswirkungen von Digitalisierung, Globalisierung und demografischem Wandel erfolgreich zu bewältigen; das geht nicht ohne leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, vor allem im Bereich der Verkehrswege und der Netz-Kapazitäten für die schnelle digitale Kommunikation.

4.2. *Sicherheit: Wir sorgen dafür, dass die Menschen bei uns im Saarland sicher leben können!*

- Viele Menschen spüren eine zunehmende Verunsicherung; geopolitische Risiken, Angst vor sozialem Abstieg und Alltagskriminalität ebenso wie das Gefühl von Überforderung durch gesellschaftliche und technologische Veränderungsprozesse tragen dazu bei. Mehr und mehr Menschen fragen sich, inwieweit der Staat seine Kernaufgaben noch erfüllen kann: die persönliche Unversehrtheit und Sicherheit jedes einzelnen Bürgers zu garantieren und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten.
- Wir nehmen das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit und Ordnung ernst. Dazu gehört, dass Land und Kommunen ihre Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge in vollem Umfang erfüllen; dazu gehören aber auch der wirksame Schutz vor Terror und Kriminalität, eine bürgernahe und leistungsfähige Justiz sowie ein effektives Flüchtlingsmanagement. „Sicherheit“ bedeutet zudem, öffentliche Leistungen wie das Schul- und Hochschulangebot sowie das Netz der sozialen und medizinischen Versorgungsangebote auf einem qualitativ hohen Niveau zu erhalten; junge Menschen im Saarland können darauf vertrauen, hier im eigenen Land gute Entwicklungschancen zu haben.

4.3. *Zusammenhalt: Wir sorgen dafür, dass die Menschlichkeit bei uns im Saarland eine Heimat hat!*

- Zugehörigkeit und Zusammenhalt zählen zu den elementaren Bedürfnissen des Menschen, sie sind der Kitt, ohne den soziale Gemeinschaften nicht funktionieren können. In unserer modernen Leistungsgesellschaft finden Menschen jedoch oft nicht mehr das Gefühl von Halt und Heimat. Damit dürfen und werden wir uns nicht abfinden. Soziale Ausgrenzung aufgrund von Armut, Krankheit, Herkunft, Religion oder Behinderung, aber auch der Zerfall gemeinsam getragener Werte und die vertiefte Kluft zwischen arm und reich bedrohen die Fundamente unserer freiheitlichen Demokratie. Alltägliche Arbeitsprozesse beschleunigen sich und die Bedeutung der elektronischen Kommunikation nimmt rasant zu; das birgt die Gefahr, dass wir immer mehr zu einer „entseelten“ Gesellschaft werden.

- Wir stellen daher die Förderung der sozialen Teilhabe, des Vereinswesens und des ehrenamtlichen Engagements in den Mittelpunkt unserer Politik. In einer Gesellschaft mit einem menschlichen Gesicht, wie wir sie wollen, muss jeder die Chance auf Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitverantwortung haben. Wir arbeiten an einer leistungsfähigen sowie wohnortnahen Gesundheits- und Altersversorgung. Keiner darf bei uns durchs Netz fallen, vor allem nicht die ohnehin schon durch Alter, Krankheit oder Behinderung benachteiligten Menschen. Menschen mit Migrationshintergrund haben die Pflicht, sich zu integrieren; wir haben aber auch umgekehrt die Pflicht, geeignete Integrationsangebote zur Verfügung zu stellen. Wer guten Willens ist, soll bei uns Heimat finden.

5. Finanzpolitik – Unser Programm für ein eigenständiges Saarland ohne neue Schulden!

Zukunft hat unser Land auf Dauer nur, wenn keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. Der Weg dahin ist zwar steinig, bei zwei wichtigen Wegmarken können wir aber bereits Vollzug melden: im Jahre 2020 werden wir erstmals einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen. Und: wir haben im Hinblick auf die Anerkennung unseres besonderen finanziellen Unterstützungsbedarfs den Durchbruch geschafft. Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und Finanzminister Stephan Toscani haben durchgesetzt, dass mit Unterstützung des Bundes und der anderen Länder nunmehr die finanziellen Grundlagen für die Existenzfähigkeit des Landes gesichert sind. Dies war nur möglich, weil auf der Ebene der Bundesregierung und im Kreise der föderalen Gemeinschaft verstanden worden ist, dass auf die saarländische Landesregierung und ihre seriöse Haushaltspolitik Verlass ist. Diese seriöse und verlässliche Finanzpolitik muss im Interesse des Landes und der Sicherung seiner Eigenständigkeit fortgesetzt werden! Die CDU bleibt die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, deren Ziel Wohlstand für alle wir uns weiter verpflichtet fühlen.

5.1. *Zukunftsplan Saar – Mit effizienten Strukturen nachhaltig in unser Land investieren*

- Das Saarland wird im kommenden Jahrzehnt auch dank unseres Erfolgs bei den Bundesländer-Verhandlungen mehr als bisher in seine Infrastruktur investieren können. Unser Ziel ist es, dass im Zeitraum 2020 bis 2030 insgesamt 1 Milliarde Euro zusätzlich aus dem Landeshaushalt in die Verbesserung der Infrastruktur des Landes von Schulen über Straßen, den Breitbandausbau sowie öffentlichen Gebäude fließen, damit wir das Saarland zukunftsfit machen können. Dabei sehen wir die Rolle des Landes auch darin, die notwendigen Investitionen in den Städten und Gemeinden zu unterstützen. Denn uns liegt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ganzen Land am Herzen.
- Doch diese hohen Investitionen brauchen klare politische Rahmenbedingungen, damit am Ende des Jahrzehnts das Saarland in den entscheidenden Bereichen besser dasteht als heute. Daher brauchen wir einen Zukunftsplan Saar.

- Wir werden damit sicherstellen, dass es bei der klaren Priorität der investiven Ausgaben vor weiteren konsumtiven Ausgaben bleibt. Daher darf die Politik im Land keine unerfüllbaren Wahlversprechen abgeben, die Erwartungen wecken, deren Erfüllung bereits heute als unmöglich bewertet werden kann. Wir bekennen uns zu unseren politischen Aussagen und beziffern deren finanzpolitischen Auswirkungen, so dass die investiven Ausgaben im Land nicht ins Hintertreffen geraten.
- Wir bekennen uns zum Ziel, die saarländische Infrastrukturverwaltung an Kopf und Gliedern zu reformieren. Wir werden daher nach der Landtagswahl die Bau- und Infrastrukturverwaltung von der Fläche bis ins Ministerium nach dem bayerischen Vorbild der dortigen Bauverwaltung ausrichten. Durch eine Verstärkung des Personals in der neuen Struktur wollen wir dafür sorgen, dass die Investitionen in hoher Effizienz und auf Augenhöhe mit der Bauwirtschaft umgesetzt werden können und keine Mittel vom Bund mehr mangels Planung im Land verfallen. Die Umsetzung des Zukunftsplans Saar werden wir in einem starken Innen- und Bauministerium verankern, das für alle Infrastrukturfragen zuständig sein wird.
- Der Zukunftsplan Saar muss schließlich in enger Zusammenarbeit mit der saarländischen Wirtschaft eine Priorisierung der Infrastrukturprojekte vorsehen. Je wichtiger ein Projekt nach objektiven Kriterien für die nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Saarland desto höher muss seine Priorität sein. Dabei werden wir Investitionen in Verkehrswege, Breitband und Bildungsinfrastruktur grundsätzlich gleichwertig und komplementär planen sowie Verbesserungen der Gesundheitsversorgung durch Investitionen in Krankenhäuser vorsehen.

5.2. *Konsequente Fortsetzung der Haushaltssanierung*

- **Spielraum für Zukunftsinvestitionen:** Einschließlich der Änderungen innerhalb des Ausgleichssystems hat das ausverhandelte Entlastungsvolumen eine Größenordnung von rund 500 Mio. Euro pro Jahr; dazu zählen vor allem Sanierungshilfen in Höhe von je 400 Mio. Euro. Dieses Unterstützungsvolumen entspricht unseren jährlichen Zinsausgaben und wird als größte „Teilentschuldungshilfe“ in die Geschichte unseres Landes eingehen. Nun müssen wir diese finanzielle Konsolidierung nutzen, um mit klugen Zukunftsinvestitionen, nicht zuletzt in die Sicherheit, Infrastruktur und das Bildungssystem, unsere Attraktivität als Wirtschafts- und Lebensstandort weiter auszubauen.
- **Konsequente Rückführung der Neuverschuldung auf Null:** Bis zum Jahr 2020 werden wir – wie bereits seit 2010 konsequent umgesetzt – die mit dem Bund vereinbarten Sanierungsvorgaben durch die weitere Rückführung der Neuverschuldung in vollem Umfang erfüllen. Wir haben zwei Drittel des Weges bis zum völligen Verzicht auf neue Schulden geschafft. Nun gehen wir das letzte Drittel an, damit auch bis 2019 die Voraussetzungen zur Auszahlung der Konsolidierungshilfen in Höhe von 260 Mio. Euro pro Jahr erfüllt werden.

- **Maßvoller Abbau der Altschulden:** Ab dem Jahr 2020 – also ab dem Zeitpunkt der Einhaltung der Schuldenbremse – werden wir mit dem Abbau von Altschulden beginnen, um damit das Land gegen die Möglichkeit steigender Zinssätze zu wappnen. Nur wenn wir dieses Zinsrisiko in den Griff bekommen, eröffnen sich die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume, um Zukunftsinvestitionen zu tätigen, Infrastrukturen zu pflegen und in die Sicherheit und Lebensqualität zu investieren.
- **Gebot der Generationengerechtigkeit in die Landesverfassung:** Wir wollen das Gebot der Generationengerechtigkeit durch die Verankerung der „Schuldenbremse“ in die saarländische Verfassung aufnehmen. Die Mehrzahl der Bundesländer hat die „Schuldenbremse“ bereits in ihren Landesverfassungen verankert. Unsere solide Haushaltspolitik soll auch künftigen Generationen Maßstab sein. Auch in Zukunft ist darauf zu achten, dass nur nachhaltig finanzierbare Projekte realisiert werden und ein sparsamer Umgang mit den Steuergeldern gewährleistet ist.

5.3. *Reform und Modernisierung der öffentlichen Aufgabenerfüllung*

- **Landesverwaltung:** Wir stehen für einen starken, leistungsfähigen und attraktiven Öffentlichen Dienst. Unsere haushaltspolitischen Ziele erfordern jedoch, die öffentlichen Verwaltungsstrukturen der demografischen Entwicklung anzupassen, die einzelnen Verwaltungsebenen umfassend zu modernisieren und sie so weit wie möglich miteinander zu vernetzen – und zwar auf Landesebene wie auf kommunaler Ebene. Die technischen Möglichkeiten der digitalen Kommunikation bieten dazu ein großes – und bisher noch nicht voll genutztes – Potenzial zur Optimierung von Verwaltungs- und Organisationsprozessen; dieses Potenzial werden wir konsequent ausschöpfen. Aber auch die Einführung von multi-professionellen Funktionsdiensten (z.B. im Schul- und Polizeidienst), die zur Entlastung von fachfremden Organisations- und Verwaltungsaufgaben beitragen sollen, ist ein interessanter Organisationsentwicklungsansatz für eine moderne Verwaltung. Die bisherigen Konsolidierungsziele sind beizubehalten; bei Bedarf notwendige Veränderungen am vereinbarten Konsolidierungspfad stehen unter dem Vorbehalt der Aufkommensneutralität. Gleichzeitig werden wir die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Landesverwaltung umsetzen, die als Ausgleich zu der mit dem Personalabbau einhergehenden Arbeitsverdichtung vereinbart worden sind.; dazu gehören die folgenden Maßnahmen:
 - **Zukunftssichere Regelungen für Besoldung und Versorgung:** Trotz weiterhin schwieriger Haushaltssituation sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben und attraktive Aufstiegsperspektiven haben;
 - **Fortsetzung des „Saarländischen Weges“:** Bei allen Reorganisationsmaßnahmen soll der bisher eingeschlagene Weg der „Runder-Tisch-Gespräche“

und die einvernehmliche Umsetzung der einzelnen Schritte mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fortgesetzt werden;

- **Ausschöpfung von weiteren Effizienzreserven:** Dazu gehören insbesondere weitere Einsparungen, die verstärkte Nutzung von Synergieeffekten bei den Landesgesellschaften und der Ausbau der Kooperation mit anderen Bundesländern;
- **Stärkung des Öffentlichen Dienstes als attraktiver Arbeitgeber:** Beruf und Familie gut miteinander zu vereinbaren, ist uns wichtig. Deshalb wollen wir gesetzliche Neuregelungen z.B. zur Pflegezeit oder zur Einführung eines Pflegeunterstützungsgeldes so schnell und mitarbeiterorientiert umsetzen wie möglich. Außerdem wollen wir einen gesetzlichen Anspruch auf eine Versorgungsauskunft schaffen.

- **Kommunalverwaltung:** Unsere Demokratie ist ohne Kommunen undenkbar. Ohne die Kommunen ginge die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern verloren, Staats- und Parteienverdrossenheit nähmen weiter zu. Derzeit haben die meisten Kommunen – ebenso wie das Land – kaum noch finanzielle Handlungsspielräume. Sie beschränken sich weitgehend auf ihre Pflichtaufgaben, können kaum noch in den Erhalt ihrer Infrastrukturen investieren und haben immer weniger Geld für freiwillige Aufgaben wie die Förderung von Sport, Vereinswesen und Kultur. Deshalb müssen wir alles tun, um die Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung zu sichern. Ziel muss es sein, eine finanzielle Konsolidierung der hoch verschuldeten Kommunen zu erreichen, die behördlichen Leistungen der demografischen Entwicklung anzupassen und gleichzeitig ein ausreichendes Maß an Bürgernähe auch in Zukunft zu gewährleisten:

- **Kommunalreform:** Vor über 40 Jahren wurden die kommunalen Strukturen im Saarland grundlegend neu geordnet. Diese Strukturen bedürfen im Zuge des demografischen und technologischen Wandels dringend einer Neuordnung, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommunen zu sichern. Kosteneinsparungen und mehr Effizienz lassen sich schneller erreichen, wenn Geschäfts- und Verwaltungsprozesse standardisiert, gestrafft und zentralisiert werden. Parallel dazu sollten größere gemeindeübergreifende Verwaltungseinheiten (Verwaltungszweckverbände, Verwaltungsgemeinschaften, Infrastruktureinheiten, Kooperationsmodelle etc.) geschaffen werden, um kommunale Aufgaben in Zukunft arbeitsteilig, kooperativ und effizient und damit ausgabensparend zu erledigen. Wir setzen daher auf die Bereitschaft der Kommunen und dementsprechende Anreize zum Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit, um möglichst schnell und möglichst viel an Effizienzgewinnen, auch im Bereich der Personalkosten zu heben. Oberste Priorität hat für uns die Realisierung von Modellen der verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit im Sinne von Funktionalreformen, insbesondere die Hebung von Effizienzgewinnen auf Basis von Verwaltungszweckverbänden, Verwaltungsgemeinschaften und Infrastruktureinheiten. Sofern diese Modelle

der Kompetenzbündelung nicht genutzt werden, halten wir uns als „ultima ratio“ eine Gebiets- und Verwaltungsreform offen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Wiedereinführung einer Sperrklausel von 3 % im Kommunalwahlrecht des Saarlandes ein. Durch eine Anpassung des Kommunalwahlrechts wollen wir die Voraussetzungen für die Wählbarkeit an Haupt- oder Nebenwohnsitz schaffen, um die Übernahme eines kommunalen Mandats insbesondere für jüngere Menschen attraktiver zu gestalten.

- **Sanierung der kommunalen Haushalte:** Auch die Rückführung der kommunalen Verschuldung muss – wie vereinbart – konsequent umgesetzt werden. Das Land wird jedoch sicherstellen, dass auch die Kommunen an der von der Landesregierung erreichten Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs partizipieren und sie im Rahmen seiner finanziellen Handlungsspielräume unterstützen. Wir werden die Kommunalberatung ausbauen, um die Möglichkeiten interkommunaler Kooperationen und Projektförderungen möglichst voll auszuschöpfen. Wir sind für die Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge in den Kommunen, um so durch moderate, aber regelmäßige Beiträge aller Bürgerinnen und Bürger eine zu hohe Belastung einzelner Haushalte wie durch die heute vielerorts erhobenen einmaligen Straßenausbaubeiträge zu vermeiden.

- **Bauverwaltung:** Wir werden in Zukunft noch stärker daran arbeiten, dass öffentliche Bauprojekte zeitlich und finanziell planmäßig realisiert werden. Unsere bauliche Infrastruktur darf nicht vernachlässigt werden; sie ist als Landesvermögen für nachfolgende Generationen zu erhalten und muss zur Wettbewerbsfähigkeit des Saarlandes als Wirtschaftsstandort beitragen. Das heißt in der Konsequenz:

- **Bau- und Infrastrukturministerium:** Durch den Erfolg bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen und die Haushaltskonsolidierung haben wir uns den notwendigen Spielraum erarbeitet, um im nächsten Jahrzehnt massiv in die Infrastruktur im Saarland investieren zu können. Dazu müssen wir unsere Infrastrukturverwaltung besser aufstellen, indem wir die auf mehrere Ministerien verteilten Kompetenzen und Ressourcen in einem – an ein bestehendes Ressort angegliedertes – „Bau- und Infrastrukturministerium“ zusammenführen. In diesem werden wir alle infrastrukturelevanten Fragen bündeln, so dass zukünftig vom Breitbandausbau, über die Hochbauverwaltung bis hin zum Straßenbau und zur Landesplanung Infrastruktur aus einem Guss geplant und umgesetzt wird. Wir sorgen dabei für eine aufgabengerechte Personalausstattung und geeignete Personalentwicklungsmaßnahmen; diese zentrale Bauverwaltung ist dann das Kompetenzzentrum des Landes für Hoch- und Tiefbaufragen, sonstige Bauprojekte und Liegenschaftsverwaltung. Damit vermeiden wir Reibungsverluste und Schnittstellen, bündeln vorhandene Fördermittel (Städtebauförderung, Straßenbau, Wohnraumförderung) und Rechtssetzungskompetenzen (Landesplanung, Oberste Bauaufsichtsbehörde), sorgen für einen reibungslosen und effizienten Abruf von Fördermitteln und optimieren die Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Gleichzeitig schaffen wir eine zentrale Liegenschaftsverwaltung: So heben wir Raumreserven, trennen uns von nicht mehr benötigten Immobilien, optimieren den zu bewirtschaftenden Immobilienbestand und halten ihn – bei niedrigeren Kosten – in einem guten Zustand.

- **Ertüchtigung der Bauverwaltung durch verstärkte Einsatz von IT:** Wir wollen eine moderne Bauverwaltung und werden dazu innovative technologische Instrumente einsetzen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Geschäfts- und Projektmanagementprozesse auf Basis digital unterstützter Gebäudedaten-Modellierung (Building-Information-Modeling) zu koordinieren und zu optimieren; dabei werden alle Objektdaten für Planung, Ausführung und Bewirtschaftung von Bauobjekten digital erfasst, kombiniert und vernetzt. So ist eine umfassende Datenverfügbarkeit sichergestellt. Schnittstellen werden vermieden, Kosten werden gespart.
- **Überprüfung der Anforderungen an den Brandschutz:** Brandschutzregeln und -maßnahmen sind wichtig, um den Risiken durch Feuer wirksam vorzubeugen. Die praktische Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen hat in den vergangenen Jahren oftmals jedoch zu erheblichen Kostensteigerungen, aber auch zu großer Unsicherheit bei den Vollzugsbehörden, den Bauherren wie auch den Architekten geführt. Wir wollen deshalb den Brandschutz reformieren und werden eine Kommission aus Fachleuten einsetzen, die hierzu konkrete Vorschläge erarbeitet.
- **Steuerverwaltung:** Eine moderne Steuerverwaltung ist nicht nur Ausdruck von Bürgernähe, sondern auch von hoher Standortqualität: Wir werden durch Organisationsveränderungen, bessere Sach- und Personalausstattung sowie den weiteren Ausbau digitaler bzw. automatisierter Kommunikationsprozesse sicherstellen, dass eine korrekte und zeitnahe Steuerfestsetzung erfolgt:
 - **Ausbau der elektronischen Kommunikation zwischen Steuerbürger und Finanzamt:** Neben der bisher schon möglichen elektronischen Abgabe von Steuererklärungen schaffen wird die Möglichkeit, notwendige Belege oder auch sonstige Korrespondenz über ELSTER zu übermitteln. Gleichzeitig werden die Voraussetzungen für eine vollmaschinelle Veranlagung risikoloser Fälle einschließlich Versand der Steuerbescheide und Ablage der Bescheid-Durchschriften in einem elektronischen Archiv ohne Einschaltung eines Bearbeiters geschaffen.
 - **Verstärkter Einsatz von Risikomanagementsystemen:** Diese werden nun auch in der „Veranlagung 2.0“ für Gewinneinkünfte zum Einsatz kommen und anschließend auch auf die Steuerarten Umsatzsteuer und Gewerbesteuer ausgedehnt. Systeme für Körperschaft- oder Grunderwerbsteuer und elektronische Bilanzen sind zurzeit in der Entwicklung und werden folgen. Ebenso wird damit die Fallauswahl im Bereich der Außenprüfung unterstützt.

- **Steuervereinfachung:** Wir wollen das Steuerrecht einfacher und unbürokratischer machen. Wir wollen Pauschalierungen ausbauen, Einzelnachweise ersparen und den Dokumentationsaufwand für alle Beteiligten weiter reduzieren. Mit ELSTER, der elektronischen Steuererklärung, gehen wir damit in die richtige Richtung.

5.4. **Engagement für eine leistungsgerechte und nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik**

- **Abbau der kalten Progression:** Wir wollen die kalte Progression abbauen. Die arbeitenden Menschen und nicht hauptsächlich der Staat sollen von Lohnerhöhungen profitieren. Die kalte Progression führt dazu, dass bereits mittlere Einkommen zu früh in hohe Progressionsstufen eingruppiert werden. Wir wollen jedoch durchsetzen, dass den arbeitenden Menschen in unserem Land mehr von ihren wohlverdienten Lohnsteigerungen bleibt. Die Steuerpolitik des Bundes darf sich jedoch nicht in Widerspruch zur Haushaltskonsolidierung auf Länderebene setzen.
- **Förderung von Eigentums- und Vermögensbildung:** Die Förderung der Bildung von Eigentum und Vermögen für breite Teile der Bevölkerung gehört zu den zentralen Konzepten der sozialen Marktwirtschaft. Es gilt, dass die Förderung der Eigentums- und Vermögensbildung in breiten Schichten mehr als alles andere dazu geeignet ist, die Freiheit, Selbstständigkeit und Verantwortung des Einzelnen in der modernen Gesellschaft zu stützen. Wir setzen uns dafür ein, die Eigentums- und Vermögensbildung sowie Formen der Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer deutlich auszubauen. Die Weiterentwicklung staatlicher Förderung zur Eigentums- und Vermögensbildung heißt für uns, Anlagebeträge, Sparzulagen und Einkommensgrenzen deutlich anzuheben und zu dynamisieren; hierzu zählt weiterhin die Auflegung eines Baukindergeldes und die Verbesserung der Förderung der Möglichkeiten der Gewinn- und Kapitalbeteiligungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- **Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE):** Nur elf Prozent der FuE-Aufwendungen in der deutschen Wirtschaft entfallen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU); dies ist der zweitniedrigste Wert innerhalb der OECD. Wir wollen die betriebliche Forschung und Entwicklung von KMU und damit deren Innovationskraft stärken. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, neue Förderinstrumente mit einem besseren Zugang für KMU zu schaffen – z.B. durch eine steuerliche Forschungsprämie auf FuE-Personalaufwendungen. Diese neue Förderung sollen Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten, einem Jahresumsatz von max. 50 Mio. Euro und einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro in Anspruch nehmen können.
- **Bekämpfung von Steuerbetrug:** Wer Steuern hinterzieht, nimmt der Gesellschaft Geld für Bildung, Sicherheit und Zukunftsinvestitionen: Menschen, die sich ihrer Steuerpflicht entziehen, verletzen das Gerechtigkeitsgefühl derjenigen, denen die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden. Letztendlich beschädigt eine Steuerhinterziehung immer auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen gerechten und gleichmäßigen Steuervollzug. Wenn wir die Einnahmebasis des Staates

sichern wollen, ist es wichtig, dass der Staat die ihm zustehenden Steuern auch realisiert. Wir werden deshalb alle Maßnahmen der Steuer- und Finanzpolitik unterstützen, die geeignet sind, Steuerbetrüger zu erfassen und die von ihnen verursachten wirtschaftlichen Schäden zu ahnden.

- **Maßnahmen gegen Steuervermeidung:** Wenn wir die Einnahmehasis des Staates sichern wollen, müssen wir aber auch die oftmals aggressive Steuergestaltung multinationaler Konzerne bekämpfen, die zwar in Europa Milliarden umsetzen, hier jedoch nur wenige Millionen versteuern. Diese Konzerne verschaffen sich ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen, die solche Möglichkeiten nicht haben. Es entsteht eine Gerechtigkeitslücke, wenn der Handwerker vor Ort oder der Bäcker um die Ecke hier ihre Steuern zahlen, Weltkonzerne aber nicht. Deshalb steht für uns fest: Gewinne, die in Deutschland erzielt werden, müssen auch in Deutschland versteuert werden. Gesetzgeberische Initiativen auf Bundesebene, die der Schließung von „Steuerschlupflöchern“ dienen, werden wir unterstützen.
- **Finanzmarktregulierung:** Ungezügelter Finanzspekulationen müssen zukünftig verhindert werden. Eine Finanzkrise wie 2008 darf sich nicht wiederholen. Die Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ist daher jetzt zügig umzusetzen, um die Finanzmärkte an den Beseitigungskosten der Finanzkrise zu beteiligen.
- **Niedrigzinspolitik:** Seit der Finanzkrise 2008 verfolgt die Europäische Zentralbank (EZB) eine Politik der niedrigen Zinsen. Was auf der Seite hochverschuldeter Staaten und Investoren Vorteile hat, kann auf Dauer für Sparer und alle, die sich wirksam um private Altersversorgung bemühen (u. a. sind auch Riester-Renten betroffen), zu erheblichen Problemen führen. Sogar Strafzinsen sind nicht auszuschließen. Wissend, dass die EZB unabhängig operiert, wird sich die CDU Saar doch um Einfluss auf politischer Ebene bemühen, um dauerhafte Nachteile für die saarländischen Bürgerinnen und Bürger zu verhindern oder diese mindestens abzumildern, wenn es um Sparen und Altersversorgung geht.

6. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik – Unser Programm für eine starke Saarwirtschaft!

Nur eine wachstumsstarke Saarwirtschaft schafft mit unternehmerischer Wertschöpfung die zur Sicherung unserer Eigenständigkeit erforderliche steuerliche Wertschöpfung. Nur eine wettbewerbsfähige Saarwirtschaft schafft mit ihren Investitionen Arbeitsplätze und damit ein hohes Beschäftigungsniveau, das wir zur Sicherung unseres Wohlstands brauchen. Wir wollen die Gefahr reduzieren, dass wichtige Entscheidungen für die Zukunft der Saarwirtschaft hauptsächlich in den Konzernzentralen von industriellen Großbetrieben außerhalb des Saarlandes getroffen werden, obwohl eine große Anzahl von Beschäftigten in unserem Bundesland tätig ist. Dies gelingt aber nur mit neuen Ansiedlungen, mutigen Er-

weiterungsinvestitionen, attraktiven unternehmerischen Geschäftsmodellen und risikobereiten Existenzgründern. Wir wollen das endogene Wachstumspotential am Wirtschaftsstandort Saarland ausbauen und so neue moderne Arbeitsplätze aus eigener Kraft schaffen. Analog dazu arbeiten wir weiter an dem Ziel Bundes- und EU-Behörden im Saarland anzusiedeln um auch auf diesem Weg zusätzliche hochwertige Arbeitsplätze im Saarland zu schaffen und zu sichern.

6.1. Strategien zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Saarland

- **Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit:** Wir wollen das Saarland im Vergleich zu benachbarten Wirtschaftsstandorten noch wettbewerbsfähiger und für Investoren, Unternehmen und Gründer noch attraktiver machen. Vor allem im Hinblick auf Faktoren wie Investorenbetreuung, standortspezifische Investitions-/Betriebszusatzkosten, Genehmigungs-/Regulierungskosten, Verfügbarkeit von Arbeits-, Fach- und Führungskräften und weitere standortgebundene Effekte wollen wir besser sein als unsere Wettbewerber; hierzu zählt auch die Weiterentwicklung und Ergänzung des Masterplans Industrieflächen mit Blick auf große, zusammenhängende Industrieflächen sowie mittlere Gewerbeparks für das Handwerk. Auf der Basis des im vergangenen Jahr vorgelegten PROGNOSE-Gutachtens und einer präzisen Bestimmung unseres Stärken-Schwächen-Profiles werden wir ein Konzept zur nachhaltigen Stärkung unserer Standortqualität – in Abstimmung mit Wirtschaftsorganisationen und Kommunen – entwickeln. Wir wollen dabei die für unser Land in Zukunft relevanten Alleinstellungsmerkmale präzise bestimmen, sie im Rahmen eines modernen und erfolgsorientierten Standort-Leitbilds zusammenfassen und dafür eine operative Umsetzungsplanung entwickeln.
- **Optimierung der Wirtschaftsförderung:** Wir wollen die auf zu viele Akteure verteilte Wirtschaftsförderung straffen. Dazu streben wir – in Abstimmung mit den jeweiligen kommunalen Trägern – die Einrichtung einer übergeordneten Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsfördergesellschaften an; diese soll – trotz regional eigenständiger Akteure – eine bessere Koordination, effizientere Investorenbetreuung und eine nachhaltige Unternehmensbestandspflege ermöglichen.
- **Sichere Kapitalversorgung durch wettbewerbsfähige Kreditwirtschaft:** Die Digitalisierung der Kunden- und Geschäftsbeziehungen wird für die Kreditwirtschaft eine existentielle Herausforderung. Standardisierte Finanzdienstleistungen werden immer mehr online oder automatisiert abgewickelt. Hinzu kommen die nationalen und internationalen Auflagen der Banken- und Finanzmarktregulierung, die weit über Vorgaben zur Eigenkapitalvorhaltung hinausgehen. Gerade im Hinblick auf standortnahe Unternehmensfinanzierungen brauchen wir aber eine leistungsfähige Kreditwirtschaft im Saarland. Daher werden wir alle Prozesse, die zur Sicherung der Kreditversorgung der Saarländischen Wirtschaft durch ein wettbewerbsfähiges Angebot aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Kreditinstituten beitragen, unter Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen konstruktiv begleiten. Die neu eingerichtete SaarLB bleibt für uns ein Eckpfeiler der saarländischen Kreditwirtschaft.

- **Saarland-Marketing:** Um das Saarland im Wettbewerb mit anderen Regionen als Wirtschafts- und Hochschulstandort, aber auch als Zuzugs- und Urlaubsregion offensiv zu präsentieren, gibt es das „Saarland-Marketing“. Neben zahlreichen Werbemitteln zählen dazu auch echte „Mehrwerte“ wie das online-Jobportal, die Recruiting-Aktionen und das Welcome-Center, das über 1.300 Migranten pro Jahr bei der Integration in den saarländischen Arbeitsmarkt unterstützt. Die neue Dachmarke „Großes entsteht immer im Kleinen.“ ist mittlerweile im ganzen Land etabliert. Wir werden dieses Dachmarken-Konzept weiterentwickeln und die Markendurchdringung verstärken. Wir wollen weitere Finanzierungspartner aus der Wirtschaft gewinnen, um mit zielgruppenspezifischen Kampagnen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs (z.B. des Handwerks, der Gesundheits- und Pflegewirtschaft) beizutragen. Wir müssen vor allem junge Menschen von den Standortqualitäten des Saarlandes zu überzeugen, um sie zum Herkommen oder auch zum Hierbleiben zu bewegen.

6.2. *Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Saarindustrie*

- **Industrie als Rückgrat der Saarwirtschaft:** Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Industriesektors ist von überragender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Saarland; die produzierende Industrie, insbesondere die Stahlbranche, der Automobilsektor und der Maschinenbau, zählen zu den tragenden Säulen der Saarwirtschaft; gerade im Bereich der nachgelagerten Dienstleistungen und der Zuliefererketten hängen viele Arbeitsplätze von ihrem Erfolg ab. Wachstum, Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik im Saarland sind untrennbar mit der unternehmerischen Entwicklung der Industriebetriebe verbunden.
- **Gemeinsam für Wirtschaft 4.0:** Um unsere hohe industrielle Kompetenz zu erhalten, müssen wir die Betriebe dabei unterstützen, ihre Produktion auf vernetzte und automatisierte Fertigungsverfahren sowie auf sich selbst steuernde Produkte und Prozesse umzustellen. Das Saarland verfügt hierzu über eine hervorragende Forschungslandschaft. Wir werden den erforderlichen Technologietransfer und Kooperationen zwischen Forschung und Wirtschaft, wie jüngst mit dem Mittelstandszentrum der HTW realisiert, offensiv ausbauen und unterstützen. Die mit Wirtschaft 4.0 verbundenen Rationalisierungs- und Automatisierungsprozesse sollen weiter ausgebaut werden. Dabei wahren wir die Beschäftigungs- und Mitbestimmungsinteressen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und setzen uns für ihre Chancen und Möglichkeiten in modernen Arbeitsplätzen ein. Denn auch die traditionell sozialpartnerschaftliche Unternehmenskultur ist ein großes Standort-Plus.
- **Gemeinsam gegen Wettbewerbsnachteile:** Trotz hoher technologischer Kompetenz und Produktqualität ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Betriebe, vor allem der Stahlindustrie, gefährdet. Grund dafür sind Klimaschutz- und energiepolitische Regulierungsvorgaben, die unsere Unternehmen gegenüber ihren

chinesischen, indischen und südostasiatischen Wettbewerbern in existenzbedrohender Weise benachteiligen. Gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften werden wir uns in Berlin und Brüssel gegen zusätzliche Belastungen durch die EEG-Regelungen sowie gegen Wettbewerbsnachteile durch den Handel mit Emissionszertifikaten engagieren.

- **Wettbewerbsfähige Automobilwirtschaft:** Unsere Automobilwirtschaft steht – bedingt durch neue technologische Trends wie Elektromobilität, Digitalisierung oder auch den seriellen 3D-Druck – vor großen Herausforderungen. Wir werden daher im Dialog mit den Unternehmen untersuchen, wie gut unsere Automobilwirtschaft, vor allem die Zulieferindustrie, bereits auf neue Mobilitätstechnologien, neue Mobilitätskonzepte sowie auf die immer härteren Qualitäts- und Kostenerwartungen der Automobilhersteller eingestellt ist; dazu gehört auch die Frage, mit welchen wirtschafts- und hochschulpolitischen Maßnahmen dieser bevorstehende Strukturwandel flankierend begleitet werden muss. Auf der Grundlage dieser Handlungsvorschläge werden wir unsere herausragende Stellung unter den europäischen Automobilstandorten auch in der nächsten Dekade erfolgreich behaupten.

6.3. *Zukunft durch einen starken Mittelstand und erfolgreiche Familienunternehmen*

- **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU:** Klein- und Kleinstbetriebe, vor allem im Bereich Handel, Dienstleistungen und Handwerk stehen vor enormen technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Deshalb wollen wir die Betriebe dabei unterstützen, sich auf neue Technologien (z.B. 3D-Druck), neue Aufgaben (z.B. Energieeffizienz-Systeme), neue Anforderungen im Bereich der Nachwuchs- und Personalgewinnung (z.B. durch Stärkung der Arbeitgeber-Attraktivität) und vor allem auf die Herausforderungen der Digitalisierung von Geschäfts- und Kundenbeziehungen (Nutzung sozialer Netzwerke, eBusiness etc.) einzustellen. Dazu werden wir, ohne Doppelstrukturen zu schaffen, eine Kooperationsplattform auf den Weg bringen, innerhalb derer Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Wirtschaftsfördergesellschaften und Hochschulen inhaltlich und organisatorisch noch enger als bisher zusammenarbeiten; diese soll sich dabei auf Erst- bzw. Initialberatung beschränken und sie mit bereits bestehenden Leistungsangeboten kombinieren. Außerdem werden hier die Innovationsberatung (Landes- und Bundesprogramme), die Beratungen nach dem Programm „Gründer-Coaching Deutschland“ und die bereits praktizierte „Runder-Tisch-Beratung“ bei Unternehmenskrisen gebündelt, sodass Rat suchende Unternehmer hier mit Blick auf KMU-Beratung „alles unter einem Dach“ vorfinden.
- **Investitionsfinanzierung:** Investitionen brauchen den Zugang zu Kapital. Daher sollte das Instrument der Bürgschaftsbanken ausgebaut werden – und zwar durch Anhebung des geltenden Bürgschaftshöchstbetrages, durch größere Eigenkompetenz der Bürgschaftsbank für geringere Bürgschaftsvolumina (50.000 Euro) sowie durch die Ausweitung der zulässigen Betriebsmittelfinanzierung. Es ist unser Ziel,

mittelständische Beteiligungsgesellschaften nachhaltig zu stärken. Modernen Formen der Investitionsfinanzierung, wie insbesondere „Crowd Funding“, stehen wir offen gegenüber und werden Möglichkeiten der Unterstützung und positiven Flankierung prüfen.

- **Patentverwertung:** Mit der Schaffung einer „AG Innovationsverwertung“ werden wir zur effektiveren und kundenorientierten Vermarktung von Patenten, Lizenzen und Erfindungen beitragen. Damit sorgen wir für eine effektivere Vernetzung von mittelständischer Wirtschaft und Wissenschaft. Basis der Arbeitsgemeinschaft wird eine Kooperationsvereinbarung der bisher nicht miteinander vernetzten Einrichtungen PVA (Universität), PMZ sowie interessierten Kreditinstituten.
- **Reduzierung der Abgabenbelastung:** Die vor Jahren eingeführte Vorfälligkeit bei der Abführung der Sozialversicherungsbeiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern belastet unnötigerweise den Mittelstand und sollte wieder auf den Zeitpunkt der Lohn- und Gehaltszahlung rückverlagert werden.
- **Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen:** Zur Gewährleistung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu öffentlichen Ausschreibungen sind die jetzigen EU-Schwellenwerte beizubehalten bzw. jede Erhöhung der Mindestauftragswerte abzulehnen. Im Rahmen der derzeitigen Revision der EU-Vergaberichtlinien ist eine Verbesserung der Zulässigkeit von sog. Nebenangeboten anzustreben. Zur Stärkung des saarländischen Mittelstandes bei öffentlichen Ausschreibungen, insbesondere durch eine verstärkte Umsetzung der europäischen Regelungen für Ausschreibungen im regionalen Marktumfeld, streben wir eine Ausweitung der Vergabemöglichkeiten an regionale Unternehmen an.
- **Steuererleichterung:** Zur Verbesserung der Liquidität und der Eigenkapitaldecke ist die Umsatzgrenze für die Ist-Besteuerung zunächst auf 1 Mio. Euro bzw. mittelfristig – wie im europäischen Recht – auf 2 Mio. Euro anzuheben (Steuerpflichtigkeit erst bei Zahlungseingang).

6.4. *Zukunft durch ein prima Gründungsklima*

- **Innovative Gründungsförderung für innovative Gründer:** Unsere immer noch unterdurchschnittliche Selbstständigen-Quote werden wir nur schließen, wenn wir Menschen mit Geschäftssinn und -ideen für eine Unternehmensgründung bzw. eine Unternehmensnachfolge begeistern. Im Wettbewerb mit anderen Regionen muss das Saarland sich als attraktiver „Hotspot“ für innovative Gründer profilieren. Wir brauchen dazu innovative Formate und neue Instrumente der Existenzgründungsförderung, um das Potenzial und die Motivation zur Umsetzung innovativer Geschäftsideen zu fördern.
- **Bekenntnis zu unserer Wirtschaftsstruktur:** Mit der Gründung junger Unternehmen in Form von StartUps werden in der Regel solche aus der IKT-Branche assoziiert.

Zu den wünschenswerten Unternehmensgründungen im Saarland gehören sowohl „klassische“ StartUps mit teilweise enormen Wachstumsraten in der Startphase als auch eher „konservative“ Gründungen, die solide und mit einer moderaten Dynamik wachsen, auf Dauer Bestand haben und somit zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zum Erhalt einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur im Saarland beitragen.

Wir bekennen uns durch die Fokussierung auf Investitionen im industriellen Sektor zum Industriestandort Saarland. Mit dem Science-Park Saar, dem Innovationscampus und dem IT-Park Saarland verfügt das Saarland bereits über ein IKT-Cluster, dessen Förderung weiterhin wünschenswert ist. Unsere Gründungsförderung ist aber auch geprägt durch ein Bekenntnis zum Industriestandort Saarland und dem Beitrag des Handwerks zu Innovation und Strukturwandel. An unserer Zusage zur Sicherung der Techniker- und Meisterschule und der Einführung eines Meisterbonus halten wir fest.

Wir setzen uns darüber hinaus für die Etablierung eines Clusters Industrie und Technologie ein, welches gezielt junge Unternehmen aus industrienahen Zweigen mit dem Bedarf an Industrieflächen und einschlägigem Know-how anspricht und fördert.

- **Schaffung eines Gründer-Ökosystems:** Wir wollen im Saarland ein „Gründer-Ökosystem“ schaffen – also eine an- und aufregende Umgebung mit innovativen Rahmenbedingungen, in der es jungen Menschen Spaß macht, gemeinsam mit gleichgesinnten Jungunternehmern neue Geschäftsideen zu realisieren. Wir werden ein „Inkubator-ähnliches“ Förderkonzept umsetzen; dazu gehört die Einrichtung einer Gründer-Lokation, die – neben Schulungs- und Veranstaltungsräumen – zeitlich befristet Bürokapazitäten (Co-Working-Spaces) zur individuellen Nutzung zur Verfügung stellt; dort sollen Betreuungs- und Coaching-Angebote, aber auch Kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten für junge Gründer vorgehalten werden. Ausgewählte Gründer mit marktfähigen und technologisch innovativen Geschäftsideen sollen hier gezielt gefördert werden – und zwar sowohl durch Intensiv-Seminare „Existenzgründung“ als auch durch individuelles „Gründungs-Coaching“ auf der Basis individueller Businesspläne. Neben der räumlichen und sächlichen Infrastruktur soll den Nutzern ein kleines Team spezialisierter Berater (Rechts-, Steuer-, Marketing- und IT-Beratung) zur Verfügung stehen, um den jungen Gründern unternehmerisches Know-how für den realen Unternehmensalltag zu vermitteln.

- **Zielgruppen:** Dieses Angebot soll junge „High-Potentials“ ansprechen – und zwar sowohl im Saarland als auch an nicht-saarländischen Hochschulstandorten mit herausragender technologischer Kompetenz. Insbesondere geht es dabei um junge Wissenschaftler, die ihre Forschungsergebnisse und Produktideen in Geschäftsmodelle und Existenzgründungen umsetzen wollen. Natürlich sollen auch Erfinder mit entwicklungsreifen Ideen und Produkten sowie Fachkräfte, die mit ihrer technischen Expertise und langjähriger Marktbeobachtung ein erfolgversprechendes Produkt bzw. eine innovative Geschäftsidee entwickelt haben, das „Förderzentrum Saarland“ nutzen können.

- **Gründerkapital:** Ergänzend zum Betreuungsangebot erfolgt der Aufbau einer aus privaten und öffentlichen Stakeholdern bestehende Beteiligungsgesellschaft; damit sollen die geförderten Nachwuchsunternehmen einen leichteren Zugang zum Kapitalmarkt erhalten, um ihre ausgereiften und marktfähigen Geschäftsideen als Unternehmensgründung „auszurollen“. Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieses Angebotes muss natürlich die vertraglich vereinbarte Zusage einer anschließenden Gründung bzw. Niederlassung im Saarland sein.

- **Gründer-Coaching Saarland:** Das Saarland braucht für junge, geschäftstüchtige und innovative Menschen ein „ansteckendes“ Gründungsklima und sollte sich auch überregional als eine moderne Gründerregion präsentieren – spannend und mit einer vorbildlichen Förderstruktur. Dazu wollen wir – ergänzend zur regionalen bzw. kamergetragenen Gründerbetreuung (SOG) – eine kontinuierliche Rahmenbetreuung aller Gründer gewährleisten und diese Rundum-Betreuung zum Markenzeichen unseres saarländischen „Gründer-Ökosystems“ machen. Dieses Gründer-Coaching besteht aus:

- **Zentrales Datenmanagement:** Aufbau einer Datenbank, in der alle potenziellen bzw. tatsächlichen Existenzgründer, die bei den jeweiligen SOG-Partnern vorstellig werden, erfasst werden;
- **Gezielte Informationsimpulse:** Weitere Pflege der bereits bestehenden Datenbank „Gründerqualifizierung“ (evtl. Ausbau zu einer SOG-Datenbank, insbesondere Gründerförderung und Gründerfinanzierung); Vermittlung gezielter Angebote im Sinne der Nachqualifizierung von Gründern mit Kompetenzdefiziten; Möglichkeit von (Zwischen-)Erfolgsbewertungen;
- **Regelmäßiger Content-Service:** Regelmäßiger Versand von gründungsrelevanten Informationen für die in der Datenbank erfassten Gründer über Qualifizierungsangebote, Fachliteratur, Veranstaltungen, Förderprogramme, Beratungsmöglichkeiten etc.;
- **Schutzglocke für Gründer in der Startphase:** Wir wollen jungen Unternehmen den Markteinstieg erleichtern und dazu beitragen, dass sich Gründer auf ihr unternehmerisches Kerngeschäft fokussieren können. Daher wollen wir junge Unternehmer zu Beginn der Gründerphase von allgemeinen Regularien befreien.
- **Gründen muss Schule machen:** Um eine positive Gründerkultur zu etablieren, wollen wir erreichen, dass gründerpezifisches Wissen und betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse bereits in der (weiterführenden) Schule vermittelt werden. Hierzu werden Lehrinhalte mit direktem inhaltlichem Bezug zu den Themenfeldern Unternehmensgründung und unternehmerischem Denken im Allgemeinen verankert werden. Selbständigkeit, Kreativität und Eigeninitiative und insbesondere ökonomisches Denken gehören nicht nur zu

den wesentlichen Charakterzügen eines „typischen“ Unternehmers, sondern stellen darüber hinaus elementare Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt einer wissens- und innovationsbasierten Volkswirtschaft dar. Daher spricht für eine verstärkte Etablierung von Elementen einer unternehmerischen Gründerkultur in der Bildungs- und Hochschulpolitik nicht nur das Ziel, die Gründerquote zu erhöhen; von einer verstärkten Vermittlung ökonomischer Kenntnisse können Spill-Over-Effekte generiert werden, von denen sowohl selbstständige Unternehmer als auch abhängig Beschäftigte im weiteren Erwerbsleben profitieren. Wir wollen solche Formate stärker unterstützen, die sich um Schülerfirmen kümmern. Diese sind hervorragend zur Erweckung des „Unternehmer-Gens“ in jungen Menschen geeignet. Wir wollen daher diese mit ähnlichen Maßnahmen bündeln, um durch eine Konzentration der Mittel mehr zu erreichen.

- **Unternehmensnachfolge:** In den nächsten fünf Jahren stehen im Saarland über 6.000 Unternehmen zur Übergabe an. Bei Unternehmern ist die Hemmschwelle jedoch oft sehr groß, sich um einen geeigneten Nachfolger zu kümmern. Wir wollen übergabewillige Unternehmer besser unterstützen und dafür sorgen, dass Unternehmer und mögliche Nachfolger frühzeitig Kontakte knüpfen können. In Ergänzung zur erfolgreichen Nachfolge-Beratung der SIKB wollen wir dazu beitragen, die allseits bekannten „Hemmschwellen“ bei der Ab- bzw. Übergabe von Unternehmen zu überwinden und erfolgreiche Übernahmen durch interne oder externe Nachfolger zu initiieren; zu unserem Angebot zählen:
 - **Schnell-Tests zur Unternehmensbewertung:** Wir wollen die KMU im Saarland rechtzeitig auf die Chancen einer vollzogenen Unternehmensübergabe und die Risiken einer nicht rechtzeitigen Unternehmensübergabe hinweisen. Dazu werden wir ein niedrighemmschwelliges und leicht einsetzbares Beratungsangebot entwickeln. Im Mittelpunkt dabei steht das Angebot einer ersten Grob-Prognose, wie sich der Unternehmenswert in den nächsten Jahren voraussichtlich entwickelt und wann der beste Zeitpunkt für eine Übergabe ist. Deshalb wollen wir die Entwicklung eines wissenschaftlich basierten Schnelltests als Grundlage einer Einstiegsberatung fördern.
 - **Koordinierung des Übergabe-Prozesses:** Das Beratungsangebot versteht sich lediglich als Einstiegs- und Impulsberatung; es ersetzt nicht die umfangreiche Unternehmensgesamtbewertung (Due Diligence); sie soll lediglich das Bewusstsein für die Notwendigkeit stärken, Übergabeprozesse rechtzeitig vorzubereiten und einzuleiten. Dabei soll eng mit der SIKB, der regionalen Kreditwirtschaft und den Wirtschaftsfördergesellschaften zusammengearbeitet werden.
- **Gründen für alle:** Es ist unser Anspruch und Ziel einer modernen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik der CDU Saar, die Gründer- und Selbständigenquote im Saarland spürbar und kontinuierlich zu erhöhen. Dabei begrüßen wir auch niederschwellige Nebenerwerbsgründungen. Unser Ziel wollen wir auf zwei Wegen erreichen:

- **Mehr Mut zur Unternehmensgründung:** Wir wollen solche Personenkreise zur Unternehmensgründung ermutigen, deren Gründerquote bisher noch unterdurchschnittlich gering ist. Zu dieser Zielgruppe zählen insbesondere Frauen. Nicht nur im Saarland, sondern auch in allen europäischen Ländern gründen deutlich mehr Männer als Frauen. Dies liegt nicht nur daran, dass besonders viele weibliche Arbeitskräfte als hochqualifiziertes Fachpersonal auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Frauen treffen mehrheitlich bereits in der Schulphase bzw. während des Studiums eine Entscheidung gegen eine Orientierung in die MINT-Fächer. Wir fordern daher, insbesondere Frauen bereits in der Schule stärker für MINT-Fächer zu begeistern, um somit dazu beizutragen, den Anteil weiblicher Gründer in diesem Bereich zu erhöhen.
- **Weniger Gründungshürden:** Wir wollen außerdem Hürden für Gründungsfreudige abbauen und deren Mut zu unternehmerischem Handeln unterstützen. Gerade unter Personen mit Migrationshintergrund ist der Gründeranteil höher als beim Rest der Erwerbsbevölkerung. Da Migranten durch ihre Gründerfreudigkeit einen wichtigen Beitrag zur Unternehmenslandschaft leisten und sich aber gleichzeitig großen Gründungshürden und Abbruchrisiken konfrontiert sehen, wollen wir einen Fokus auf diese Gruppe legen und deren Mut zu unternehmerischem Handeln unterstützen.

6.5. *Zukunft durch einen fairen und dynamischen Arbeitsmarkt*

- **Wohlstand für alle:** Mit derzeit 6,7 Prozent ist die Arbeitslosigkeit im Saarland so niedrig wie seit über 35 Jahren nicht mehr. Seit die CDU Saar im Jahre 1999 die Regierungsverantwortung übernommen hat, ist die Arbeitslosigkeit um über 15.000 Menschen bzw. um über 30 Prozent gesunken; damit verbunden ist ein großer Anstieg der unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Dennoch gehören prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit immer noch zur gesellschaftlichen Realität. Wir müssen – gemeinsam mit der Bundesregierung – dafür sorgen, dass die Schere zwischen arm und reich in unserem Land nicht auseinandergeht, sondern weiter geschlossen wird. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich und ihre Familien von ihrem Lohn ernähren können. Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft treten wir für faire Löhne und reguläre tarifliche Beschäftigung ein.
- **Weiterführung A-Saar:** Menschen mit schweren Vermittlungshindernissen müssen geeignete Angebote zur Wiedereingliederung in den regulären Arbeitsmarkt gemacht werden. Die Landesregierung hat daher in parteiübergreifender Gemeinsamkeit das Arbeitsmarktprogramm A-Saar aufgelegt. Die Einrichtungen, die mit ihren Maßnahmen die Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt fördern, sollen weiter unterstützt werden. Dafür müssen auch in der nächsten Legislaturperiode finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden; gleichzeitig soll das Programm A-Saar evaluiert werden, um zukünftig die Mittel noch effektiver einsetzen

zu können. Jeder, der arbeitsfähig und arbeitswillig ist, aber bisher keinen Zugang zum Arbeitsmarkt findet, soll von diesen Wiedereingliederungsmaßnahmen profitieren können.

- **Instrumentenreform (Passiv-Aktiv-Transfer):** Trotz der Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit stellen wir fest, dass bei sinkender Arbeitslosigkeit ein Sockel an Menschen verbleibt, die keinen Zugang in den ersten Arbeitsmarkt finden. In beschränktem Umfang wollen wir daher Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Beim „Passiv-Aktiv-Transfer“ werden Leistungen, die Langzeitarbeitslose sonst passiv für den Lebensunterhalt bekommen, in Zuschüsse für Beschäftigung umgewandelt, um Menschen den Übergang in reguläre Beschäftigung zu ebnen. Die Einrichtung und der Aufbau dieser Angebote sind im erforderlichen Umfang nur finanzierbar, wenn der so genannte „Passiv-Aktiv-Transfer“ ermöglicht wird. Wir unterstützen deshalb die Idee, das Saarland als kleinstes Flächenland zu einer Modellregion des „Passiv-Aktiv-Transfer“ auszugestalten.
- **Faire Arbeit:** Das sozialversicherungspflichtige, unbefristete Beschäftigungsverhältnis ist für uns die Normalität und nicht die Ausnahme. Wir haben die Einführung des Mindestlohnes vorangetrieben und landeseigene Regelungen getroffen, um Leiharbeit nicht zu honorieren. Zeit- bzw. Leiharbeit ist jedoch für uns nicht ausschließlich negativ, sondern als zeitlich befristeter „Einstiegskorridor“ in den ersten Arbeitsmarkt und als Instrument zur Bewältigung von Belastungsspitzen grundsätzlich geeignet. Um auf zukünftige Fragen nach der demografischen Entwicklung des Arbeitsmarktes, des Arbeitsschutzes, der Belastungen am Arbeitsplatz und der Digitalisierung der Arbeitswelt die richtigen Antworten zu finden, arbeiten wir eng mit den Sozialpartnern, aber auch mit anderen Akteuren der Saarwirtschaft zusammen. Um das Saarland als eine Region der besonders attraktiven Arbeitgeber und Ausbilder zu profilieren, werden wir die konzeptionelle Entwicklung und freiwillige Umsetzung eines speziellen Gütesiegels „Arbeitgeber-Attraktivität“, das insbesondere auch die Attraktivität des jeweiligen Unternehmens als Ausbildungsunternehmen berücksichtigt, mit klaren Kriterien für die Auditierung fördern.
- **Sonn- und Feiertage schützen:** Wir werden uns für den Schutz der Sonn- und Feiertage einsetzen. Die aktuellen gesetzlichen Regelungen sind zu erhalten. Dies gilt ebenso für den Schutz der stillen Feiertage und das Tanzverbot an Karfreitag. Für uns sind Regelungen zum Schutz dieser besonderen Tage Ausdruck des Respekts vor dem Glauben, der unser Land prägt. Gerade in einer von vielen als lauten, schnellen, von Veränderung und zum Teil Ängsten geprägten Zeit ist dies von besonderer Bedeutung für den Schutz der Arbeitnehmer und der gemeinsamen freien Zeit für die Familien.

6.6. **Digitale Kompetenz als Schrittmacher des wirtschaftlichen Strukturwandels**

- **Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie:** Die Digitalisierung ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken – weder im Privatleben noch in der Wirtschaft; sie beeinflusst die Geschäfts- und Arbeitsprozesse, steigert die Produktivität, erhöht den Umsatz und sichert Beschäftigung. Wir wollen unsere digitale Kompetenz zu einem Markenzeichen des Saarlandes machen. Um hier die notwendigen Investitionen auf privater wie auf öffentlicher Ebene anzustoßen und auch im Bereich der Hochschulentwicklungsplanung die richtigen Weichen zu stellen, haben wir bereits einen Digitalisierungsrat eingesetzt; er berät die Landesregierung bei der Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategie; in Zukunft werden wir mit innovativen Lösungen in der Verwaltung und in der öffentlichen Daseinsvorsorge unsere digitale Kompetenz weiter ausbauen. Im Rahmen des Digitalisierungsforums wollen wir alle relevanten Akteure in die Entwicklung und Umsetzung unserer Digitalisierungsstrategie einbinden.
- **Zugang zu schnellem Internet:** Wichtigste Voraussetzung für den digitalen Wandel ist der Zugang zu schnellem Internet. Denn digitale Dienste wie soziale Netzwerke, Cloud Computing und das große Interesse an Wirtschaft 4.0-Anwendungen steigern den Bedarf nach immer leistungsfähigeren Verbindungen. Die Verfügbarkeit einer breitbandigen Infrastruktur wird deshalb immer wichtiger. Regionen, die davon ausgeschlossen sind, laufen Gefahr, im Standortwettbewerb abgehängt zu werden. Im Saarland können wir uns grundsätzlich über die Versorgung nicht beklagen. Denn die Verfügbarkeit von Internet bis zu 18 Mbit/sec. Übertragungsgeschwindigkeit ist bereits nahezu flächendeckend. Außerdem surfen bereits über zwei Drittel aller saarländischen Haushalte mit Geschwindigkeiten bis zu 50 Mbit/sec.; aber: die im statistischen Mittel gute Versorgung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer noch unterversorgte Gebiete gibt. Diese digitalen Lücken werden wir mit eigenen und zusätzlichen Mitteln des Bundes bis 2018 flächendeckend schließen. Die Digitalisierung erfordert jedoch noch viel schnellere Bandbreiten, wir werden deshalb im Saarland die Voraussetzungen für eine Gigabit-Gesellschaft schaffen. Flankierend wollen wir die Einrichtung freier WLAN-Angebote fördern, um auch im öffentlichen Raum einen niedrighschwelligen Zugang zur Breitbandanbindung zu ermöglichen.
- **Ausbau des digitalen öffentlichen Leistungsangebotes:** Die im internationalen Vergleich herausragende FuE-Kompetenz unserer Hochschulen im Bereich der IuK-Technologien wird ein Schrittmacher auf dem Weg des Saarlandes zu einer digitalen Modellregion sein. Dazu gehört für uns aber auch, dass wir eine Vorreiterrolle bei innovativen digitalen Anwendungen im Bereich der öffentlichen Leistungen, insbesondere im Bildungsbereich und in der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen. Dazu gehören digitale Lösungen zur besseren Vernetzung im Bereich der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung und zum Ausbau von Angeboten der Telemedizin (inkl. Elektronische Patientenakte); aber auch im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung wollen wir digitale Konzepte im Sinne von E-Learning durch den Aufbau einer elektronischen Informationsplattform für berufsbegleitende Studienangebote (Etablierung neuer Formate wie z.B. Webinare, Edutainment etc.) umsetzen.

- **Öffentlicher Dienst als Vorbild bei der Umstellung auf digitale Strukturen:** Landes- und Kommunalverwaltungen müssen eine Vorbildfunktion auf dem Weg zur digitalen Modellregion übernehmen. Dazu werden wir die systemische Integration der IT-Infrastrukturen auf allen Verwaltungsebenen vorantreiben. Notwendig dazu sind landesweit einheitliche IT-Standards, der Aufbau ressortübergreifender Supportstrukturen und die Etablierung gemeinsamer Planungs- und Steuerungsgremien (IT-Zentralisierung); von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus die konsequente Umsetzung des E-Government-Pakts 2.0 zwischen dem Land und den Kommunen (Kooperation bei der gesamten operativen IT-Technologie, bei Datennetzen, bei E-Government-Basiskomponenten, internetgestützte Verwaltungsdienstleistungen, einzelfallbezogenen Informationen mittels elektronischer Akten etc.).

6.7. ***Zu Gast im Saarland: Entdecken. Erleben. Entspannen.***

- **Wachstum durch Tourismus:** Der Tourismus ist durch mutige und gezielte Investitionen zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für das Saarland geworden. Projekte wie der Ferienpark am Bostalsee, das Saarlandthermenressort oder der Nationalpark Saar-Hunsrück stellen Leuchttürme der saarländischen Tourismuswirtschaft dar. Aber auch das einzigartige Netz an attraktiven Rad- und Premiumwanderwegen hat das Saarland vom Geheimtipp zur wichtigen touristischen Destination werden lassen.
- **Klasse statt Masse:** Mehrfach prämierte Wander- und Radwege sind ein Indiz dafür, dass im Saarland eine qualitativ hervorragende Infrastruktur für Wanderer und Radfahrer vorhanden ist. Diesen Weg wollen wir weitergehen, indem wir gezielt in den Ausbau einzelner Projekte investieren wollen. Dadurch wollen sicherstellen, dass durch die Erschließung immer neuer Tourismusattraktionen der Schutz der Umwelt und das „Erlebbar machen“ der saarländischen Natur nicht in einen Zielkonflikt geraten.
- **Chancen der Digitalisierung nutzen:** Um das das breite Tourismus-Angebot des Saarlandes noch attraktiver zu machen, wollen wir einzelne Tourismus-Events interregional (insbesondere in Frankreich) bewerben sowie die digitale Elemente im Rahmen eines ganzheitlichen Tourismus-Konzepts etablieren. Dazu gehört etwa die Implementierung von „Augmented Reality“-Elementen in der touristischen Angebotspalette. Vor dem Hintergrund der industriekulturellen Geschichte des Saarlandes können vor allem Touristen und Urlauber, aber auch einheimische Saarländerinnen und Saarländer alltägliche Orte aus einem alternativen Blickwinkel erleben.
- **Professionelles Ansiedlungsmanagement:** Tourismus lebt von permanenter Reattraktivierung und Schaffung neuer interessanter Ausflugsziele und Attraktionen. Daher wollen wir auch in Zukunft gezielt in die Qualität unseres touristischen Angebots investieren. Wir werden dabei Rahmenbedingungen schaffen, die private Folgein-

vestitionen ermöglichen. Hierzu ist die Etablierung eines professionellen Ansiedlungsmanagements für touristische Betriebe und Attraktionen notwendig. Wir wollen die bestehenden Attraktionen stärker vernetzen, um ein ganzheitliches Erlebnisangebot für Touristen zu schaffen. Die Einrichtung der Saarlandcard stellt hierbei einen wichtigen Schritt dar.

- **Kongress- und Messtourismus:** Ein Schwerpunkt der kommenden Legislaturperiode wird die Ausweitung des Kongress- und Messtourismus in der Landeshauptstadt und dem ganzen Saarland sein. Wir sind der Auffassung, dass Investitionen in die Congresshalle aufgrund des Wegfalls der Saarmesse unabdingbare Notwendigkeiten darstellen. Diese sollen sich an den Bedürfnissen der MICE-Branche orientieren und unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen des Landes getätigt werden.
- **Gesundheitstourismus:** Die CDU Saar setzt sich für eine stärkere Profilierung des Saarlandes im Bereich des Gesundheitstourismus ein. Der Trend zur Nutzung medizinischer Selbstzahlerangebote während des Erholungsurlaubs hat in den vergangenen Jahren einen starken Zuwachs erhalten. Neben einer Bündelung der bestehenden Angebote ist eine gezielte Vermarktung des Saarlandes als gesundheitstouristische Destination notwendig um an der zunehmenden Wertschöpfung in diesem Tourismussegment zu profitieren."

7. Hochschulpolitik – Unser Programm für leistungsfähige Hochschulen und exzellente Wissenschaft!

Die Attraktivität unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist ein wichtiger Indikator für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Mit der weiterentwickelten Innovationsstrategie und dem neuen Hochschulentwicklungsplan gibt es jetzt die notwendige Planungssicherheit, damit Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiter eine stabile und erfolgreiche Entwicklung nehmen können. Wir wollen die erarbeiteten Spielräume nutzen, um nach Jahren der auch schmerzhaften Einsparzwänge ab 2020 wieder steigende (mindestens real stabile) Hochschulhaushalte zu verwirklichen. Das heißt für uns konkret: Ab dem Jahr 2020 wollen wir die saarländischen Hochschulen nicht nur durch zusätzliche Sanierungsmaßnahmen an den Hochschulgebäuden im Rahmen des dann wachsenden Investitionsniveaus partizipieren, sondern darüber hinaus an dem allgemeinen Steuereinnamewachstum angemessen teilhaben lassen. Daraus ergibt sich bei einem Zuwachs von 2,5 % pro Jahr ein kumulierter Aufwuchs in den Jahren 2020 bis 2030 von 350 Mio. Euro.

7.1. *Attraktivität durch wissenschaftliche Exzellenz und optimale Studierbedingungen*

- **Profilbildung:** Die Bund-Länder-Hochschulprogramme (Hochschulpakt, Exzellenzstrategie und „Innovative Hochschule“) eröffnen hervorragende Chancen, die vor-

handenen Kompetenzschwerpunkte der Hochschulentwicklungsplanung weiter auszubauen. Wir geben die Zusage, dass bei der Teilnahme an diesen wettbewerblichen Programmen alle Anträge die erforderliche Absicherung der Co-Finanzierung durch Landesgelder erhalten. Mit diesen international wettbewerbsfähigen Leistungsschwerpunkten werden wir den hervorragenden Ruf unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiter stärken.

- **Kompetenzschwerpunkte:** Für die Profilierung des Saarlandes als digitale Modellregion ist die weitere Stärkung der Informatik an den Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen entscheidend; insofern wird der hervorragende Informatikschwerpunkt aus Universität einschließlich CISP, gemeinsam mit Wissenschaftlern des Max-Planck-Instituts für Informatik sowie des Max-Planck-Instituts für Softwaresysteme und des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) ermutigt, einen Folgeantrag für das Exzellenzcluster in der Informatik zu stellen. Die Informatik, insbesondere die IT-Sicherheitsforschung und die Rechtsinformatik, werden zudem bei der engeren Zusammenarbeit und ergänzenden Schwerpunktbildungen auch mit leistungsfähigen Partnern in Lothringen und Luxemburg unterstützt. Auch der Bereich Lebenswissenschaften, der von den Biowissenschaften und Bioinformatik über molekulare und klinische Medizin sowie die Pharmazie bis hin zur Nanotechnologie hervorragende Potenziale hat, wird für eine erstmalige Antragstellung auf ein Exzellenzcluster unterstützt. Hier kann an die gute Zusammenarbeit bei der erfolgreichen Beantragung des Präklinischen Zentrums für Molekulare Medizin (PZMS) und des Center for Integrative Physiology and Molecular Medicine (CIPMM) angeknüpft werden. Mit dem Europakolleg – CEUS hat die Universität Anstrengungen zur Bündelung der Kompetenzen in der Europafor schung unternommen. Wir unterstützen die Bemühungen zur Etablierung der Saarbrücker Europa-Konferenzen und einen großen Verbundforschungsantrag, um den Europaschwerpunkt weiter zu profilieren und werden dies durch eine Anschubfinanzierung unterstützen. Um auch die Generationen, die nicht zu den Digital Natives gehören, beim digitalen Wandel mitzunehmen, werden allorts zugängliche Weiterbildungsangebote z.B. über die Volkshochschulen vorgehalten.
- **Internationalität:** Ein Markenzeichen unserer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft ist ihre Internationalität. Dies gilt sowohl für die überdurchschnittliche Zahl ausländischer Studierender und Wissenschaftler als auch für die Offenheit gegenüber Flüchtlingen. Wir unterstützen die Hochschulen darin, weiterhin besonders viele gemeinsame Studienangebote mit Hochschulen im Ausland anzubieten. Frankreich wird dabei auch künftig eine besondere Rolle einnehmen. Gerade dass junge Menschen Internationalität erleben und leben, ist die beste Investition in ein friedliches, geeintes Europa.
- **Studierendenquote:** Wir wollen ein attraktives und qualitativ hochwertiges Studienangebot bieten und haben das Ziel, die Zahl der Studierenden auf konstant hohem Niveau zu halten. Die besonderen Leistungen, wie sie derzeit das Studentenwerk den Studierenden der Universität anbietet, müssen künftig von allen Studierenden aller Hochschulen wahrgenommen werden können.

- **Investitionsstau abbauen:** In den letzten Jahren sind viele neue Gebäude an den Hochschulen entstanden, andere aufwändig saniert worden. Gleichwohl gibt es weiterhin steigende Sanierungsbedarfe. Die Landesregierung wird hier in der kommenden Legislaturperiode einen Schwerpunkt setzen. An der Universität müssen sowohl in Saarbrücken als auch Homburg große Sanierungsmaßnahmen umgesetzt werden, dazu gehören auch die Gebäude der Philosophischen Fakultät. Als Grundlage für die Baumaßnahmen soll ein Rahmenbauplan dienen. Für die Campuserwicklung der HTW in Alt-Saarbrücken bedarf es in besonderem Maße der flankierenden Unterstützung der Stadt. Auch den baulichen Bedarf der Hochschule für Musik werden wir berücksichtigen. Das Land wird hierfür kraftvolle eigene Anstrengungen unternehmen und für die Hochschulen ein stabiles und planungssicheres Baubudget vorsehen, sich aber gleichzeitig auf Bundesebene für ein Bund-Länder-Programm Hochschulsanierung stark machen. Wir wollen die Zuständigkeiten im Hochschulbau überprüfen und ggf. neue Finanzierungsmodelle eröffnen.

7.2. Hochschulen und Forschung im Dienste des wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandels

- **Kompetenzschwerpunkt Wirtschaft 4.0:** Das Saarland ist ein starker Industrie- und Automobilstandort mit einer hohen Kompetenz beim Einsatz modernster Produktionstechnologien und der Entwicklung mechatronischer Komponenten. Im Zuge der Digitalisierung werden modernste Produktions- und Fertigungstechnik und Montageverfahren ebenso unterstützt wie die Materialwissenschaften und die verschiedenen Ansätze der digitalen Vernetzung von Fahrzeug und Umgebung. Unsere international renommierten Forschungsinstitute wie das Zentrum für Mechatronik (ZeMa) oder das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) sowie die Forschungs- und Ausbildungsleistungen an HTW und UoS sind ein Standort-Plus, das wir im Zuge der zunehmenden Digitalisierung zur Stärkung unserer industriellen Wettbewerbsfähigkeit nutzen müssen.
- **Technologieförderung:** Wir werden die innovative Kompetenz saarländischer Forschungseinrichtungen und Hochschulen stärker mit den Anforderungen und Anwendungsbedarfen der Unternehmen zusammenführen. Dadurch sollen Erkenntnisse für die Entwicklung neuer Produkte, Prozessinnovationen und Geschäftsmodelle unmittelbar in die wirtschaftliche Nutzung überführt werden. Das neue „Zentrale Technologieprogramm Saar“ wird gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Hochschulen mit hoher Hebelwirkung fördern. Gleichzeitig unterstützen wir die Hochschulen in ihren erfolgreichen Aktivitäten Existenzgründungen zu fördern; so können sich KWT, Fitt und saaris hervorragend ergänzen, um junge Hochschulabsolventen, aber auch erfahrene Wissenschaftler oder Praktiker auf dem Weg zu innovativen Produkten und marktfähigen Dienstleistungen zu begleiten.

8. Kinder- und Schulpolitik – Unser Programm für eine bestmögliche Entwicklung unserer Kinder!

Kinder sind der Reichtum unserer Gesellschaft; sie dürfen kein Armuts- oder Karriererisiko sein, sondern müssen als Ausdruck von Lebensbejahung und Lebensfreude gesehen werden. Gleichzeitig muss aber auch gesehen werden, dass Kindheit heutzutage großen Veränderungen ausgesetzt ist: steigende Scheidungsraten, viele alleinerziehende Eltern, Zunahme der Berufstätigkeit beider Elternteile, Aufwachsen ohne Geschwisterkinder, steigendes Armutsrisiko und eingeschränkte Erfahrungsräume sind nur einige Faktoren, denen Kinder zunehmend ausgesetzt sind. Eltern stehen heute unter dem besonderen Druck; dies erfordert die Ausrichtung an Erziehungsmodellen, die sich einerseits an selbstbestimmten individuellen Lebenskonzepten und andererseits an beruflicher Kompetenz und sozialer Verantwortungsfähigkeit ausrichten. Ausbau von Betreuungsstrukturen und Stärkung der Elternkompetenz sind daher für uns zwei Seiten der selben Medaille.

8.1. Für ein ausreichendes und verlässliches Betreuungsangebot

- **Entlastung junger Familien bei Bildungs- und Betreuungskosten durch das Bildungskonto:** Gerade für junge Familien sind die mit Kinderbetreuung und Schule verbundenen Kosten eine heftige finanzielle Belastung. Insbesondere solche Eltern, die beide berufstätig sind bzw. sein müssen, stehen damit regelmäßig alleine da. Daher wollen wir diese Familien besonders unterstützen. Hierzu werden wir ein Bildungskonto für jedes Kind, das ab dem 1.1.2018 geboren wird, in einem ersten Schritt mit einem Guthaben von 2.000 Euro anlegen. Damit werden Familien Kosten für Betreuung in Kindergärten, Krippen oder durch Tagesmütter bis hin zur Ganztagsbetreuung in der Schule ab dem 1.1.2020 begleichen können. 2.000 Euro entsprechen in etwa dem durchschnittlichen Erstattungsbetrag eines Regelkindergartenplatzes für 1,5 Kindergartenjahre. Damit schaffen wir eine spürbare finanzielle Entlastung der Familien und geben ihnen die Flexibilität, den Betrag abhängig von der jeweiligen Lebenssituation einsetzen zu können. Die dafür zu veranschlagenden 14 Mio. Euro sind eine realistische Investition in die Attraktivität des Saarlandes für junge Familien.
- **Ausbau der Krippen- und KiTa-Plätze:** Wir haben seit 2012 die Zahl der Krippenplätze von rund 4.000 (20 % Versorgungsquote) auf über 6.300 gesteigert; hinzu kommen knapp weitere 900 im Aufbau begriffene Krippenplätze, die in absehbarer Zeit eine Betriebserlaubnis erhalten werden. Dies entspricht dann einer Versorgungsquote von rund 35 %; in den nächsten Jahren werden wir den Versorgungsgrad auf landesweit 40 % steigern. Die KiTa-Angebote müssen im Ganztagsbereich ausgebaut und jedoch bezahlbar bleiben; derzeit haben wir im Saarland eine einkommensabhängige Beitragsstaffelung im letzten Kindergartenjahr. Langfristiges Ziel bleibt die vollständige Beitragsfreiheit; dafür müssen aber finanzielle Spielräume geschaffen werden. In einem ersten Schritt auf dem Weg zur völligen Abschaffung der Beiträge werden wir diese einkommensabhängige Staffelung schrittweise auf die

vorgelagerten Kindergartenjahre ausweiten. Für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren brauchen wir mehr Ganztagsangebote bis mindestens 17.00 Uhr.

- **Sicherung der Betreuungsqualität:** Der Ausbau der Betreuungskapazitäten darf aber nicht zu Lasten der Qualität gehen. Deshalb müssen unsere Kindertageseinrichtungen personell, fachlich und strukturell ihrem gesellschaftspolitischen Auftrag entsprechend ausgestattet werden. Hierzu bedarf es inhaltlich konzeptioneller sowie pädagogischer Standards; dies gilt vor allem für die Verschränkung von Kindergarten und Grundschule sowie im Hinblick auf die Anforderungen, die sich aus der Aufnahme von Kindern unter drei Jahren ergeben. Zudem werden wir in den nächsten Jahren in die Modernisierung und Sanierung von Kindertagesstätten investieren, die im Hinblick auf ihre bauliche Qualität und Sachausstattung nicht mehr den modernen Standards entsprechen.
- **Adäquate Personalausstattung:** Kindertageseinrichtungen, wie wir sie wollen, übernehmen nicht nur einen Betreuungs-, sondern auch einen Erziehungs- und Bildungsauftrag; sie sollen familienergänzend wirken und sich als Lebens- und Lernorte für Kinder sozialräumlich vernetzen. Um die dazu notwendigen Fachkräfte in ausreichender Zahl und Kompetenz zur Verfügung zu stellen, wollen wir eine flexible Handhabung der Personalisierungsvorgaben; darüber hinaus sollten die Aus- und Weiterbildungsangebot für Erzieher/-innen und Kinderpfleger/-innen erweitert und um berufsbegleitende und Umschulungsangebote ergänzt werden.

8.2. *Für Schulzufriedenheit und individuelle Förderung*

- **Schulzufriedenheit und Schulfrieden:** Wir sind dafür, dass bei uns Schulfrieden weiterhin gewahrt wird. Wir wollen Maßnahmen zur stärkeren Schulzufriedenheit aber keine neuen Strukturdiskussionen. Schulzufriedenheit macht sich nach unserer Sicht an vielen Fragen fest, personelle Ausstattung, organisatorische Unterstützung, räumliche Ausstattung, Ausstattung mit modernen, digitalen Medien. Hier wollen wir an weiteren, schrittweisen Verbesserungen arbeiten. Wir werden das Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen erhalten. Hinzu kommen die bewährten beruflichen Oberstufengymnasien, zu deren Erhalt wir uns ausdrücklich bekennen. Die Gleichwertigkeit von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien muss auch in Zukunft gesichert werden, insbesondere im Hinblick auf Klassengrößen, Förderunterricht sowie Sach- und Personalausstattung (Betreuungsrelation zwischen Schülern und Lehrern); es darf keine Privilegierung und keine Benachteiligung einzelner Schularten geben. Wir bekennen uns zu einer Oberstufenreform nach den Richtlinien der Kultusministerkonferenz, die die Wahlmöglichkeiten der Schüler stärkt, ohne einzelne Fächer zu benachteiligen und die Kernfächer über Gebühr zu schwächen. Diese muss gründlich vorbereitet und aus einem Guss ein. Wir fördern gezielt den Übergang von der Schule in den Beruf.
- **Ganztagsbudget und Wahlfreiheit:** Für uns hat beim Ausbau der Ganztagschulen weiterhin Priorität: Wahlrecht der Eltern, ob sie – bei gleicher Ausstattung – eine

Halbtags- oder Ganztagschule sowie ein gebundenes oder flexibles/freiwilliges Angebot für ihre Kinder wünschen. Bei der konzeptionellen Ausrichtung der Ganztagsbetreuung wollen wir den Schulen im Rahmen der Schulautonomie die Entscheidung über ihr lokales Organisationsmodell selbst überlassen. Deshalb wollen wir übergehen zu einem System der Budgetierung, wie es in anderen Bundesländern bereits existiert: Unabhängig ob an den Schulen ein freiwilliges, gebundenes oder teilgebundenes System existiert, sollen ihnen die gleichen personellen und sonstigen Mittel zur Verfügung stehen. Die Schulen selbst sollen wählen können, ob sie Lehrerstunden oder sonstiges pädagogisches Personal einsetzen und ob sie mit freien Trägern oder mit Vereinen zusammenarbeiten. Der steigende Bedarf nach Ganztagsangeboten vor allem in den Grundschulen erfordert in den Kommunen absehbar deutliche Investitionen. Deshalb wollen wir diesen Ausbau weiterhin durch das Land finanziell unterstützen.

- **Inklusion mit Augenmaß:** Wir treten ein für eine Umsetzung der Inklusion, die als erstes Ziel die gleichberechtigte Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen in der Gesellschaft anstrebt. Ein Schüler mit Beeinträchtigungen kann je nach Fall die besten Chancen im Leben durch inklusive Beschulung, im anderen Fall durch Besuch einer Förderschule erhalten. Wir setzen deshalb auf das Wahlrecht der Eltern und drei mögliche Wege, die wir erhalten wollen: Erhalt der Förderschulen, Zuweisung von Förderlehrern an die Regelschulen und individuelle Stundenzuweisungen an den Schüler darüber hinaus, wo es erforderlich ist. Diese Wahlmöglichkeiten werden wir beibehalten und verteidigen. Gut funktionierende Mischformen, wie zum Beispiel die Sprachförderklassen, werden wir wieder einführen oder neu konzeptionieren. Dies entlastet Lehrer vor Überforderung und fördert gleichzeitig die Kinder. Maßgeblich muss immer die Ausrichtung am Kindeswohl sein. Eine Einmischung durch das Ministerium lehnen wir ab, Diagnose, Feststellung und Förderung müssen wieder Sache der Pädagogen ohne Bevormundung werden.
- **Fördern und Fordern:** Leistung muss auch in der Schule einen hohen Stellenwert haben. Deshalb brauchen wir ein System praktikabler und rechtsicherer Leistungsbewertungen; Besonderheiten einzelner Schulformen müssen durch eine Differenzierung der Anforderungen sowie durch die Vergleichbarkeit bei Bewertungen berücksichtigt werden. Daher sind Klassenarbeiten, in denen nach Ankündigung die gleichen Aufgaben zum gleichen Zeitpunkt in der Klassengemeinschaft von jedem Schüler einzeln bearbeitet werden, für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der auf Noten basierenden Leistungsbewertung. Das heißt: die notwendige Transparenz der Leistungen ist im Notenspiegel und Vergleichsarbeiten sichtbar zu machen; auch mündliche Leistungen und Mitarbeit sowie Rechtschreibfähigkeit sind ebenfalls angemessen in die Leistungsbewertung einzubeziehen; wir bekennen uns zu vergleichbaren Ziffernnoten und Versetzungsregelungen und wollen hier auch künftig keine Veränderung vornehmen; den aktuellen Erlass des Kultusministeriums werden wir nach der Wahl grundlegend verändern. Auch besonders begabte Kinder und Jugendliche haben ein Anrecht auf adäquate Förderung. Das Saarland verfügt mit der Beratungsstelle (Hoch-) Begabung über ein langjährig erprobtes und bestens bewährtes System zur Förderung besonders begabter Schüler. Wir werden uns dafür einsetzen,

1320 dass die dafür geschaffenen Strukturen weiter ausgebaut und die nötigen personel-
1321 len Voraussetzungen garantiert werden.

- 1322
- 1323 ■ **Kompetenzen in einer digitalen Welt:** Kinder, die in diesem Jahr eingeschult wer-
1324 den, erwartet in 15 oder 20 Jahren ein völlig anderer Arbeitsmarkt als heute. Manche
1325 Arbeitsplätze werden in unserem Land durch die Digitalisierung ersetzt worden sein,
1326 gleichzeitig werden aber auch viele neue, digital gestützte Berufe und Tätigkeiten
1327 entstehen, von denen wir heute noch gar nichts wissen. Tatsache ist: die Kinder, die
1328 heute eingeschult werden und in zwanzig Jahren auf den Arbeitsmarkt kommen, ha-
1329 ben nur dann gute Chancen auf beruflichen Erfolg und Teilhabe an der Entwicklung
1330 unserer Arbeitsgesellschaft, wenn sie über umfassende und profunde Kenntnisse
1331 und Kompetenzen in digitalen Technologien verfügen. Deshalb benötigen unsere
1332 Schulen in erster Linie eine vernünftige Infrastruktur und dies flächendeckend. Der
1333 Bund wird künftig mit dem DigitalPaktD die Schulen bei der IT-Ausstattung und Net-
1334 zinfrastruktur, insbesondere WLAN, fördern. Wir wollen dies um ein eigenes Lande-
1335 sprogramm ergänzen. Wir brauchen vor allem einheitliche Strukturen, eine landes-
1336 weite Übersicht und auch personelle, technische Unterstützung für die Schulen. Des-
1337 halb wollen wir diese Aufgabe beim ego-Saar ansiedeln. Gleichzeitig müssen wir die
1338 entsprechenden Lerninhalte in die Bildungskette unseres Schulsystems integrieren
1339 – und zwar von der frühkindlichen Bildung über Grund- und weiterführende Schulen
1340 bis hin zu beruflichen Schulen und Hochschulen. Dazu brauchen wir auch ein Fort-
1341 bildungskonzept für unsere Lehrkräfte.

1342

1343

1344 **8.3. Für eine moderne und zukunftssichere Berufsbildung**

1345

- 1346 ■ **Duale Ausbildung – ein Erfolgsmodell:** Angesichts des technologischen Wandels
1347 und des zunehmenden Wettbewerbsdruckes braucht unser Mittelstand auf qualifi-
1348 zierte und motivierte Führungs- und Nachwuchskräfte. Daher wollen wir das be-
1349 währte System der dualen Ausbildung stärken und es – über die Meisterausbildung
1350 hinaus – um eine zusätzliche neue Qualitäts- und Karrierestufe verlängern. Mit dem
1351 Konzept der „Höheren Berufsbildung“ werden wir eine neue berufliche Bildungs-
1352 marke etablieren, mit deren Hilfe die berufliche Aufstiegsfortbildung (Meister, Fach-
1353 wirt, Techniker etc.) als eine weitere, gleichwertige Säule – neben der akademischen
1354 Bildung – innerhalb der tertiären Bildung verankert wird. Um dem Bedarf der Wirt-
1355 schaft an beruflich qualifizierten Fach- und Führungskräften gerecht zu werden und
1356 den jungen Menschen zusätzliche Karrierewege zu ermöglichen, müssen Berufslauf-
1357 bahnkonzepte ausgebaut und weiterentwickelt werden. Die Gleichwertigkeit von
1358 beruflicher und akademischer Bildung muss aber auch materiell sichtbar werden. Da-
1359 her wollen wir bestehende Stipendiensysteme und das Meister-BAföG ausbauen, um
1360 die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Bildungsgängen der „Höheren Berufsbil-
1361 dung“ – auch beim Erwerb mehrerer beruflicher Qualifikationen – finanziell zu un-
1362 terstützen. Wir im Saarland werden dazu eine spezielle Zuschussregelung („Meister-
1363 Bonus“) schaffen.
- 1364

- 1365 ▪ **Duales Studium als Alternative:** Damit der Mittelstand bestens ausgebildete Fach-
1366 und Nachwuchskräfte bekommt und Innovationen aus Forschung und Entwicklung
1367 schnell in KMU transferiert werden, werden wir die institutionellen, rechtlichen und
1368 bildungspolitischen Bedingungen für duale Studiengänge so gestalten, dass sie mög-
1369 lichst stark von den Betrieben genutzt werden; mit Blick auf die Vielzahl dualer Stu-
1370 diengänge setzen wir uns aber auch für einheitliche Standards ein, die der Qualitäts-
1371 sicherung dienen, gleichzeitig aber auch den Praxisbezug der betrieblichen Berufs-
1372 ausbildung sichern. Wir haben uns dafür eingesetzt, erfahrenen Berufspraktikern
1373 auch ohne Abitur den Weg in ein Studium zu ebnen. Die Meisterprüfung qualifiziert
1374 für ein Studium, unter bestimmten Bedingungen auch eine Berufsausbildung mit an-
1375 schließender Berufspraxis. Schon jetzt werden gleichwertige Kompetenzen und Fä-
1376 higkeiten aus dem beruflichen Bereich innerhalb des Studiums anerkannt: bis auf die
1377 Hälfte eines Studienganges können sie angerechnet werden. In engem Dialog mit
1378 IHK und HWK tragen wir dafür Sorge, dass diese Möglichkeiten in der Praxis umge-
1379 setzt und weiterentwickelt werden.
1380
- 1381 ▪ **Berufsorientierte Weiterentwicklung des Schulwesens:** Wir haben in Kooperation
1382 mit den Wirtschaftskammern das Modell „Ausbildung plus“ eingeführt, das – parallel
1383 zur Ausbildung – zur allgemeinen Fachhochschulreife führt („Berufsabitur“). Wir
1384 werben für dieses Modell und ermutigen die Wirtschaft, dieses noch stärker zu nut-
1385 zen. Gleichzeitig sorgen wir dafür, Unterrichtsausfälle in den Berufsschulen weiter
1386 zu reduzieren und mit gezielten Förderangeboten den Übergang von der schulischen
1387 in die betriebliche Ausbildung weiter zu verbessern.
1388
- 1389 ▪ **Grenzüberschreitende Ausbildung:** Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflech-
1390 tungen mit Frankreich sind gerade in unserer Region interkulturelle und sprachliche
1391 Kompetenzen von besonderer Bedeutung. Daher wollen wir, dass noch mehr junge
1392 Menschen von den Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Ausbildung oder eines
1393 Auslandsaufenthaltes während der Ausbildung Gebrauch machen und profitieren.
1394 Hierzu werden wir die beruflichen Chancen, die das „Abkommen über die grenzüber-
1395 schreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen“ ermöglicht, noch stärker kom-
1396 munizieren und bewerben. Den grenzüberschreitenden Ausbildungsmarkt wollen
1397 wir weiter stärken.
1398

1400 8.4. ***Lebenslanges Lernen unterstützt den gesellschaftlichen Wandel***

- 1401
- 1402 ▪ **Erwachsenenbildung im digitalen Wandel:** Der gesellschaftliche Wandel hat sich in
1403 den letzten Jahrzehnten auch durch die Digitalisierung zunehmend beschleunigt. Die
1404 Halbwertszeit von Wissen und Kompetenzen ist so kurz wie nie zuvor. Nur über le-
1405 benslanges Lernen auch im Erwachsenenalter lässt sich vermeiden, in dieser Ent-
1406 wicklung abgehängt zu werden. Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung, Mitwirkung
1407 an Politik und bürgerschaftlichem Engagement, aktive Wahrnehmung von Informa-
1408 tions-, Bildungs- und Kulturangeboten setzen zunehmend digitale Kompetenzen vo-
1409 raus. Diese beinhalten nicht nur die Nutzung neuer Techniken und Programme, son-

1410 dern insbesondere auch den informierten und selbstbestimmten Umgang mit eige-
1411 nen Daten sowie die reflektierte und kritische Auseinandersetzung mit Informatio-
1412 nen im Netz. Die Volkshochschulen als die öffentlich verantworteten Weiterbil-
1413 dungseinrichtungen müssen daher ebenso wie die Schulen dabei unterstützt wer-
1414 den, verstärkt digitale Bildungsangebote vorzuhalten.

- 1415
1416 ■ **Grundbildung zur Stärkung von Teilhabe:** In Deutschland können 7,5 Millionen Er-
1417 wachsene im erwerbsfähigen Alter nicht hinreichend Lesen und Schreiben. Auch die
1418 Grundbildungskompetenzen im Rechnen und bei der Nutzung digitaler Techniken
1419 sind bei vielen Erwachsenen nicht ausreichend entwickelt, um soziale Teilhabe zu er-
1420 möglichen. Gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern hat das Saarland
1421 daher 2016 eine Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener aus-
1422 gerufen. Die im Grundbildungspakt Saarland formulierten Ziele, die Angebote aus-
1423 zuweiten und Grundbildungskompetenzen zu erhöhen, werden dadurch bestärkt.
1424 Wir werden darauf hinwirken, dass mehr Betroffene Grundbildungsangebote wahr-
1425 nehmen können und sich so ihre Chance auf gesellschaftliche Teilhabe erhöht.
1426
- 1427 ■ **Integration durch Weiterbildung:** Die Zahl der Integrationskurse ist angesichts des
1428 hohen Bedarfs in den zwei zurückliegenden Jahren deutlich ausgeweitet worden.
1429 Programme des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit wurden zusätzlich ge-
1430 nutzt, um möglichst allen Zuwanderern mit guter Bleibeperspektive zeitnah die
1431 Möglichkeit zum Deutschlernen zu geben. Die Angebote vermitteln nicht nur die
1432 deutsche Sprache, sondern auch die in Deutschland geltenden Werte und Normen
1433 sowie wichtige Grundlagen unserer Geschichte und Kultur. Um Integration zu ge-
1434 stalten, müssen Bildungsprozesse über diese Angebote hinaus gestaltet werden.
1435 Dies beinhaltet Begegnungsangebote zur Weiterentwicklung interkultureller Kom-
1436 petenzen ebenso wie politische Bildung zum Thema Migration und Integration oder
1437 Weiterbildung für bürgerschaftliches Engagement. Über Weiterbildung lässt sich der
1438 notwendige gesellschaftliche Diskurs zu diesen Themen versachlichen und ergebnis-
1439 orientiert voranbringen. Volkshochschulen sorgen in den Kommunen für eine flä-
1440 chendeckende Versorgung mit entsprechenden Angeboten. Sie ermöglicht nicht nur
1441 Bildung, sondern auch Begegnung und stärken so den gesellschaftlichen Zusammen-
1442 halt. Die öffentlich verantwortete Weiterbildung muss daher in ihrer Funktion als
1443 kommunales Integrationszentrum weiter unterstützt werden.
1444

1447 **9. Innen- und Sicherheitspolitik – Unser Programm für mehr Sicherheit im** 1448 **Saarland!** 1449

1450 Auch wir im Saarland stehen vor großen Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicher-
1451 heit. Organisierte Kriminalität und internationaler Terrorismus sowie Internet- und Ein-
1452 bruchskriminalität sind solche Herausforderungen. Für uns gehört es zu den wichtigsten
1453 Aufgaben des Staates, den Bürgerinnen und Bürgern ein sicheres Leben, den Schutz ihres
1454 Eigentums und ihrer persönlichen Unversehrtheit zu sichern. Wir bekennen uns zur wehr-
1455 haften Demokratie und zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung; diese dürfen

nicht durch kriminelles Handeln in Frage gestellt werden. Nach der Bewältigung des Flüchtlingsstroms steht nun die Integration der Migranten mit Bleibeperspektive, aber auch die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber im Vordergrund.

9.1. *Sicherheit durch eine starke und leistungsfähige Polizei*

- **Personelle Verstärkung von Polizei und Verfassungsschutz:** Wir stehen hinter unseren Polizistinnen und Polizisten: sie schützen Tag für Tag unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger. Sie brauchen unsere volle Rückendeckung! Klare Kante bei der Kriminalitätsbekämpfung setzt eine ausreichende Personalausstattung und die Verstärkung der polizeilichen Operative voraus. Dafür werden wir auch weiterhin unter intelligenter Ausnutzung der Spielräume und mit kluger Personalbewirtschaftung in der Polizei im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten des Landes für mehr Köpfe in den Sicherheitsbehörden des Landes sorgen – unter anderem durch folgende Maßnahmen:
 - Erhöhung des Beförderungsbudgets (im Geleitzug der gesamten Landesverwaltung) und Verstetigung der Einstellungspraxis zusätzlicher Polizeianwärter/-innen;
 - Erhöhung der Einstellungen beim Polizeilichen Ordnungsdienst und Verlängerung des bereits eingestellten Personals;
 - Weitere Einstellungen von Tarifbeschäftigten im Landespolizeipräsidium (z.B. auch Islamwissenschaftler) und beim Landesamt für Verfassungsschutz.
- **Verbesserung des Schutzes der Polizistinnen und Polizisten:** Die Anzahl, aber auch die Härte von Gewalttaten gegenüber Polizistinnen und Polizisten nehmen immer mehr zu. Diese Angriffe sind Angriffe gegen den Rechtsstaat, sie müssen mit aller Konsequenz geahndet werden. Gleichzeitig muss die Polizei gegenüber körperlichen Angriffen geschützt werden – und zwar durch:
 - Verbesserung der persönlichen Schutzausrüstung unser Polizistinnen und Polizisten durch zusätzliche Anschaffungen (Überziehhüllen bei Schutzwesten, zusätzlicher ballistischer Schutzschilde, neue Streifenwagen mit verbesserter Sicherheitseinrichtung, Körperkameras, Schlagstöcke etc.);
 - Anschaffung von neuen Fahrzeugen und Gewehren für die saarländischen Spezialeinheiten;
 - Keine Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten bei Großveranstaltungen.
- **Bekämpfung der Einbruchskriminalität:** Die zunehmende Zahl von Wohnungseinbrüchen haben wir nicht hingenommen und nehmen wir auch in Zukunft nicht hin. Um die Ermittlungs- und Präventionsmaßnahmen auszuweiten, haben wir bereits 2013 eine eigene Fachdienststelle und eine spezialisierte Ermittlungsgruppe eingerichtet. Diese Aktivitäten bauen wir weiter aus – und zwar durch:

- 1501 ○ Weitere personelle Verstärkung von Fachdienststelle und spezieller Ermitt-
1502 lungsguppe; höheres Niveau an Präsenzstreifen in den Wohngebieten;
1503 ○ Informationsveranstaltungen zu Präventionsmöglichkeiten von Wohnungs-
1504 einbruch;
1505 ○ Aufstellung eines Förderprogramms für bauliche Schutzmaßnahmen gegen
1506 Einbruch.
1507
- 1508 ■ **Verbesserung der Fahndungs- und Ermittlungsmöglichkeiten:** Datenschutz ist
1509 wichtig; wichtiger aber ist die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Daher
1510 werden wir die technisch möglichen und datenschutzrechtlich vertretbaren Überwa-
1511 chungsinstrumente nutzen und dafür die rechtlichen Grundlagen – soweit noch
1512 nicht vorhanden – so schnell wie möglich schaffen; dazu gehören:
1513
- 1514 ○ Ausweitung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen, gefahrenträch-
1515 tigen Orten und bei Großveranstaltungen (auch durch Drohneneinsatz);
1516 ○ Ermöglichung der automatischen Kennzeichenüberwachung;
1517 ○ Schaffung der Rechtsgrundlage für die sogenannte Quellen-Telekommunika-
1518 tionsüberwachung;
1519 ○ Einführung von Tablets für Einsatzfahrzeuge der Polizei zur Echtzeitperso-
1520 nenabfrage und schnelleren Aufnahme von Verkehrsunfällen und Sachbe-
1521 schädigungen.
1522
- 1523 ■ **Verbesserungen im Bereich der Polizeiorganisation:** Trotz Haushaltseinsparungen
1524 sorgen wir für möglichst gute und effektive Arbeitsbedingungen für unsere Polizei –
1525 und zwar durch:
1526
- 1527 ○ Einrichtung einer neuen zentralen Polizeiinspektion „Zentral-Saarbrücken“
1528 (Zusammenlegung der bisher auf drei Standorte verteilten PI zu einer Groß-
1529 PI Saarbrücken);
1530 ○ Einrichtung des zentralen Trainingszentrums für die Polizei an der Fachhoch-
1531 schule für Verwaltung;
1532 ○ Maßnahmen zu besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Bedarfsge-
1533 rechte Bereitstellung von Betreuungskapazitäten an den Standorten von Po-
1534 lizeiinspektionen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Kommunen und Ein-
1535 richtungsträgern).
1536
- 1537 ■ **Verstärkung der terroristischen Gefahrenprävention:** Die zunehmende Zahl von
1538 Attentaten mit islamistischem Hintergrund zeigt, dass auch Deutschland mittler-
1539 weile ins Fadenkreuz des internationalen Terrorismus geraten ist. Gerade durch
1540 seine Grenzlage und die geographische Nähe zu terroristischen Zellen in Frankreich
1541 und den Benelux-Staaten muss das Saarland hier besonders wachsam sein. Unsere
1542 Maßnahmen zur terroristischen Gefahrenabwehr:
1543
- 1544 ○ Verdeckte Observation von „Gefährdern“ (präventive Telekommunikations-
1545 überwachung, Speicherung von Kfz-Kennzeichen, Verkaufsverbot für nicht
1546 registrierte Prepaidkarten etc.);

- Einsatz von elektronischen Fußfesseln für „Gefährder“;
- Einsatz für die Abschaffung der doppelten Staatsangehörigkeit für islamistische Kriegsteilnehmer und Terroristen (Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts auf Bundesebene).

9.2. Opferschutz vor Täterschutz

- Die CDU Saar steht für den Rechtsstaat als Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft. Wir stehen dafür ein, dass die Justiz an die Sicherheitsanforderungen der modernen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts angepasst wird. Angriffe gegen alle, die mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Justiz betraut sind, sind Angriffe gegen den Rechtsstaat. Wir können dies nicht zulassen und müssen diese ahnden. Für die CDU Saar gilt uneingeschränkt "Opferschutz vor Täterschutz". Wenn Menschen Opfer von Straftaten werden, muss der Rechtsstaat seine Autorität unter Beweis stellen. Die Opfer von Straftaten müssen sicher sein, dass der Staat an ihrer Seite steht, ihre Rechte verteidigt und erlittenes Unrecht sowie dessen Folgen ahndet. Wir haben hier schon viel erreicht, dennoch sehen wir im Saarland und in der Bundesgesetzgebung weiteren Verbesserungsbedarf:
 - Frühe Prävention ist der beste Opferschutz: wenn Schüler schon früh mit Gewaltprävention befasst werden, können potentielle Gewalttaten schon im Keim erstickt werden. Deshalb brauchen wir diesbezüglich mehr vorbeugende Angebote in Schulen, Vereinen, Jugendorganisationen und -verbänden.
 - Jugendliche müssen stark gemacht werden, damit sie mit z.B. mit Cybermobbing umgehen können, d.h. sie müssen wissen an wen sie sich wenden können bestenfalls gar nicht zum Opfer werden. Hier müssen Angebote der Landesmedienanstalt Saar und des Landesinstitutes für Präventives Handeln in den Schulen und für die Lehrer angeboten werden. Diese Angebote sollen auch auf Vereine, Jugendorganisationen und -verbände ausgeweitet werden.
 - Für das Opfer muss immer klar und unmissverständlich erkennbar sein, dass der Staat auf seiner Seite steht. Täter und Opfer der gleichen Straftat dürfen nie vom gleichen Betreuer beraten werden. Deshalb muss im Bereich des Kompetenzzentrums der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe (KARO) strikt getrennt sein.
 - Opfer von Wohnungseinbrüchen, die aufgrund Eindringen des Täters in ihre Privatsphäre traumatisiert sind, sollten in den Kreis der Anspruchsberechtigten im Opferentschädigungsgesetz (OEG) aufgenommen werden. Sie sind in ihrer Gesundheit beschädigt.
 - Nach der Strafprozessordnung ist es möglich, Strafverfahren einzustellen. Opferrechte stärkt man hier dadurch, dass das Opfer an den Urteilsabsprachen zu beteiligen ist. Die Opfer, die meist als Nebenkläger im Strafverfahren auftreten, sollten obligatorisch bei Urteilsabsprachen beteiligt werden. Bei besonders schweren Gewalt- und Sexualdelikten sollte sogar ihre Zustimmung zu Urteilsabsprachen vorausgesetzt werden.

9.3. Sicherheit durch richtig verstandene Integrations- und Asylpolitik

- **Professionelles Flüchtlingsmanagement:** Der unerwartet starke Zustrom von Flüchtlingen hat Landesregierung und Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen gestellt; diese wurden – im vorbildlichen Zusammenwirken zahlloser ehrenamtlicher Helfer und der zuständigen Behörden – durch pragmatisches und beherztes Zupacken hervorragend bewältigt. Bundesweit gilt das Saarland als Musterbeispiel für professionelles und geordnetes Flüchtlingsmanagement für Erwachsene und jugendliche Flüchtlinge. Mit der Gründung des Vorclearing- und Clearingzentrums Schaumberger Hof für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) ist das Saarland ebenfalls bundesweit Vorbild. Anders als in manchen anderen Bundesländern mussten hier keine leerstehenden Schulen und Sporthallen belegt werden; anders als an vielen anderen Orten gab es hier kaum gewalttätige Ausschreitungen, Übergriffe und Bürgerproteste. Doch die Bewältigung dieser massiven Zuwanderung, insbesondere die soziale und kulturelle Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger, bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben.
- **Konsequente Anwendung des Asylrechts:** Um auch in Zukunft denjenigen Asyl gewähren zu können, die wirklich verfolgt sind und Schutz suchen, muss das Asylrecht vor Missbrauch geschützt werden. Dazu bedarf es der klaren Unterscheidung zwischen Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen, und solchen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Zudem müssen die Regeln und Zuständigkeiten, die sich die Mitgliedsstaaten der EU im Hinblick auf die Zuständigkeit für Asylverfahren gegeben haben, endlich wieder eingehalten werden. Wir wollen eine Asyl- und Flüchtlingspolitik, die sich an der Schutzbedürftigkeit der verfolgten Menschen ausrichtet, aber auch die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens im Blick behält.
- **Abschiebungen konsequent umsetzen:** Für uns ist es unverantwortlich, Menschen falsche Versprechungen zu machen oder in den Herkunftsländern Erwartungen zu wecken, die nicht erfüllbar sind. Menschen, die zu uns kommen wollen müssen wissen, was sie im Aufnahmeland erwartet und welche Erwartungen wir im Saarland an diejenigen haben, die bei uns Schutz suchen. Dies erfordert:
 - **Rückkehrmanagement:** Konsequente und zügige Abschiebung von Personen ohne Bleibeperspektive und Straftätern. Wir setzen uns auf nationaler dafür ein, dass auch die anderen Bundesländer zur Durchsetzung des nationalen Asylrechts durch konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber verpflichtet werden; Steigerung der freiwilligen Rückkehrquote durch geeignete Anreize zur Rückkehr.
 - **Sonderregelungen für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA):** Minderjährige jugendliche Flüchtlinge brauchen einen anderen Hilferahmen, als

die Hilfe für Erziehung ihn vorgibt. Wir setzen uns dafür ein, für diesen Personenkreis eigene angepasste Hilfesysteme in der Jugendhilfe zu entwickeln. Auch sollte die Jugendhilfe mit Vollendung des 18. Lebensjahres für UMA enden.

- **Landesaufnahmestelle in Lebach:** Sie soll die zentrale Unterkunft für Personen ohne Bleibeperspektive bleiben; Personen, die bereits in die Kommunen verteilt sind, sollen unverzüglich wieder in der Landesaufnahmestelle verlegt werden, wenn ihre Bleibeperspektive gering ist.

- **Effektives Flüchtlingsmanagement:** Von Menschen, denen wir Schutz vor Verfolgung bieten, dürfen wir die Bereitschaft erwarten, sich bei uns zu integrieren. Wir sind deshalb auch dafür, wirksame Anreize für eigene Integrationsanstrengungen von Asylbewerbern mit Bleibeperspektive zu setzen:

- **Partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen:** Weiterhin dezentrale Unterbringung von Personen mit Bleibeperspektive; gleichzeitig umfangreiche finanzielle, logistische und behördliche Unterstützung der Kommunen durch das Land.

- **Reduzierung von Fehlanreizen:** Konsequente Anwendung des Sachleistungsprinzips in der Landesaufnahmestelle und Leistungskürzung bei Nicht-Mitwirkung von Bewerbern im Asylverfahren; die Verweigerung der Mitwirkung an der eigenen Integration muss spürbare Konsequenzen haben. Wer sich nicht integrieren will, kann in unserem Land keine langfristige Bleibeperspektive erhalten.

- **Temporäre Wohnsitzauflage für Flüchtlinge und anerkannte Asylbewerber:** Eine solche Auflage ist bis zur Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses notwendig, damit Land und Kommunen bei der Unterbringung, aber auch bei Sprach- und Integrationskursen besser planen können. Eine Wohnsitzauflage ist aber auch sinnvoll, um Flüchtlinge besser integrieren zu können.

- **Weiterentwicklung des Asylrechts in Deutschland und Europa und effektiver Schutz der Außengrenzen:** Die Flüchtlingswelle des Jahres 2015 hat Staat und Gesellschaft mancherorts bis zur Grenze der Belastbarkeit gefordert. Unterbringung und Erstversorgung waren dabei die ersten Schritte, an die sich nun die soziale und berufliche Integration der Menschen mit Bleibeperspektive (und der nachziehenden Familienangehörigen) anschließen muss. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen. Wir müssen begreifen, dass die Bewältigung internationaler Flüchtlingsbewegungen eine Herausforderung ist, die nur auf der Basis eines realistischen Asylrechts, einer konsequenten Asylpolitik und vor allem nur in gemeinsamer Verantwortung der europäischen Staatengemeinschaft gelöst werden kann. Dies erfordert in erster Linie

den effektiven Schutz der Außengrenzen des Schengen-Raums durch eine Europäische Agentur für Grenz- und Küstenschutz mit einem weitreichenden Mandat und effizienteren Einsatzmöglichkeiten. Daneben setzen wir uns ein für:

- **Maßnahmen zur stärkeren Achtung unserer Rechtskultur:** Dazu gehören für uns die Verpflichtung zur Akzeptanz und Beachtung des Grundgesetzes, unserer Gesetze und der Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen und der Regelungen zum Verlust der Staatsangehörigkeit sowie eine stärkere Einforderung des Prinzips der Gleichberechtigung von Mann und Frau durch ein Burka-Verbot; unsere offene Gesellschaft lebt von der Begegnung und der Kommunikation von Angesicht zu Angesicht. Deshalb lehnen wir die Vollverschleierung ab. Wir wollen sie unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen daher verbieten.
- **Maßnahmen zur Absenkung von Zuwanderungsanreizen:** Dies beinhaltet die Abschaffung des privilegierten Familiennachzugs, die Einführung einer Beschäftigungspflicht für Asylbewerber (mit der Möglichkeit zur Weiterführung der Beschäftigung nach erfolgreicher Anerkennung) sowie eine Angleichung europäischer Asylstandards, um die besondere Attraktivität Deutschlands aufgrund der relativ hohen Leistungsgewährung abzumildern.

9.4. Integration nach dem Grundsatz von Fördern und Fordern!

- **Integration als Angebot und Verpflichtung:** Die Flüchtlingskrise und die Integration von Menschen, die binnen kurzer Zeit in unser Land gekommen sind, sind eine enorme finanzielle, kulturelle und gesellschaftliche Herausforderung. Wichtig ist jetzt vor allem, unser Land vor tiefen gesellschaftlichen Gräben und sozialen Konflikten zu bewahren. Viele Migrantinnen und Migranten haben sich in der Vergangenheit erfolgreich in unsere Gesellschaft eingebracht und dabei größtenteils die Werte und Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens respektiert; allerdings gehen die derzeit stattfindenden Flucht- und Wanderungsbewegungen zunehmend auch mit negativen Begleiterscheinungen wie Islamismus, aber auch Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus aller Art einher, die wir im Saarland auch in Zukunft mit aller Härte und Konsequenz bekämpfen werden.
- **Integration als Daueraufgabe von Land und Kommunen:** Mit Blick auf die große Zahl der Menschen, die sich derzeit weltweit auf der Flucht befinden, bleibt die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration auf absehbare Zeit eine gesellschaftliche und politische Daueraufgabe. Land und Kommunen sind unter der Überschrift „Fördern und Fordern“ aufgerufen alle Anstrengungen zu unternehmen, um Lücken im vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebot zu schließen und die vorhandenen Integrationsangebote zielgruppengerecht auszubauen. Auch E-Learning-Angebote sind stärker in die Arbeit einzubinden. Unser Ziel muss sein, flächendeckend geeignete Angebote zur Förderung der

Integration zu schaffen und damit einhergehend auch Integrationsmaßnahmen mit verpflichtender Teilnahme vorzusehen.

- **Umsetzung des Integrationsgesetzes des Bundes:** Voraussetzung für gelingende Integration sind Bildung und Spracherwerb, Arbeitsplatz und Integration am Wohnort. Die Integration der zu uns gekommenen schutzbedürftigen Menschen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt wird durch staatliche Angebote gezielt gefördert. Gleichzeitig fordern wir aber auch eigene Integrationsanstrengungen; für den Fall, dass eine ausreichende Mitwirkung der Betroffenen unterbleibt, sind Sanktionsregelungen konsequent anzuwenden. Hier hat die Bundesregierung gehandelt mit dem kürzlich in Kraft getretenen Integrationsgesetz Regelungen geschaffen, die es nun auch auf Landesebene umzusetzen gilt.
- **Frauenrechte und Vollverschleierung:** Neben der deutschen Sprache ist auch die Einhaltung unserer Grundrechte bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung zu vermitteln und auf die Einhaltung der Frauenrechte zu bestehen. Eine Vollverschleierung durch eine Burka oder Niqab gehört nicht zu unserem weltoffenen Land. Wir sind der Meinung, dass man sich in Deutschland ins Gesicht sehen soll. Deshalb sollen Burka-Trägerinnen in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes – Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Gerichtssälen und allen Situationen, in denen Menschen identifizierbar sein müssen –, im Straßenverkehr oder bei Demonstrationen ihr Gesicht zeigen. Wir müssen die Einstellung hinter dem Schleier und in den Köpfen der Männer verändern, die die Verschleierung erzwingen. Frauen müssen integriert und gestärkt – und nicht ausgegrenzt – werden, damit sie ihre Rechte auch wahrnehmen.
- **Verbot von Kinderehen:** Unsere Werteordnung muss unsere gesellschaftliche Wirklichkeit bestimmen. In Deutschland dürfen Jugendliche frühestens mit 16 Jahren heiraten, wenn ein Partner volljährig ist und ein Familiengericht eine Ausnahmeerlaubnis erteilt. Entscheidend ist das Wohl des Minderjährigen. Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geschlossene Kinderehen müssen automatisch als nichtig behandelt werden.
- **Klare Regelungen zur Integration im Saarland:** Integration braucht Koordination und Steuerung. Wir wollen, dass die Menschen, die zu uns kommen, die Regeln unserer Gesellschaft kennen, sich an diese halten, sich in unserer Gesellschaft zurechtfinden und die Integrationsangebote wahrnehmen. Wir brauchen daher im ganzen Land ein flächendeckendes Netz von Integrationshelfern, die den Integrationsprozess von Flüchtlingen und Migranten steuern, sie an Integrationsangebote heranführen und ihnen als Coach und Berater zur Seite stehen; gleichzeitig sollen sie als Bindeglied zu Kommunen, Jobcentern und zivilgesellschaftlichen Strukturen fungieren.
- **Abschluss von Integrationsvereinbarungen:** Zu den wichtigen Aufgaben der Integrationshelfer sollte es in Zukunft gehören, mit den Flüchtlingen Integrationsvereinbarungen zu schließen und auf die Einhaltung dieser Vereinbarung zu achten. Darüber hinaus setzen wir uns für folgende integrationspolitische Maßnahmen im Saarland ein:

- Erarbeitung eines Integrationsgesetzes als landesgesetzliche Regelung, die auch Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen bestehendes Recht beinhaltet;
- Vergabe eines Gutachtens zur umfassenden Analyse von Abläufen, Koordinierungs- und Umsetzungsdefiziten sowie von Schnittstellenproblemen zwischen den relevanten Akteuren, die auf jeweils unterschiedlichen Ebenen für die rechtliche, soziale, schulische und berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zuständig sind;
- Entwicklung eines landesweit abgestimmten integrationspolitischen Steuerungs- und Koordinierungsmodelles unter Berücksichtigung der wichtigsten Akteure und Integrationsangebote;
- Regelmäßige Erstellung eines Integrationsberichtes über die Lebenssituation von Migranten und Flüchtlingen, Erfolge und Defizite im Bereich der Integrations- und Flüchtlingspolitik sowie über weiterhin bestehende Handlungsbedarfe;
- Langfristige finanzielle Absicherung der erfolgreichen Arbeit des „Welcome Center Saarland“ im Bereich der Anerkennungs-, Qualifizierungs- und Kompetenzfeststellungsberatung;
- Ausbau und Erweiterung der kultursensiblen Beratungs- und Unterstützungs- und Schutzangebote für weibliche Flüchtlinge und ihre Kinder;
- Verlängerung der Inanspruchnahme der Beratungs- und Betreuungsangebote im Rahmen des Programms „Frühe Hilfen/Frühe Hilfen plus“.

- **Rückkehrmanagement:** In allen Fällen kann Integration nicht gelingen. Der Wunsch, freiwillig ins Heimatland zurückzukehren, ist zu beachten und auch zu unterstützen. Hier sind Beratungsangebote für jeden verständlich und leicht zugänglich zu schaffen. Ein Team, beginnend mit der Beratung, Kontaktpflege zu Konsulaten/Behörden sowie der Aufgabe der Überführung in den Herkunftsstaat ist zu schaffen. Dieses Angebot sollte gleichzeitig auch zugänglich für ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer sein.

9.5. *Ein starker Rechtsstaat sichert die Freiheit!*

Den Herausforderungen des weltweiten Terrorismus können wir nur mit einem starken Rechtsstaat begegnen. Dabei müssen wir in einem frühen Stadium ansetzen: Die Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen erfordert mehr denn je, dass wir die Grundlagen unseres Zusammenlebens - unsere Rechts- und Werteordnung - erläutern, vermitteln und durchsetzen. Dabei kommt einem funktionierenden Rechtsstaat die zentrale Funktion zu: Wer in unserem Land lebt muss wissen: Unser Rechtsstaat schützt unabhängig von Religion oder Herkunft. Unser Rechtsstaat vorverurteilt nicht. Zugleich setzt unser Rechtsstaat seine Gesetze entschlossen durch! Nur so können wir bei den Einwanderern Achtung und Respekt für unsere Rechtsordnung gewinnen.

Daher lehnen wir Forderungen ab, dass Scharia-Schiedsgerichte die staatlichen Gerichte entlasten. Zugleich muss auch eine "Scharia-Polizei" konsequent unterbunden werden: Der

Aufbau eine Religionspolizei in deutschen Städten muss auch mit den Mitteln des Strafrechts bekämpft werden. Genügen die gegenwärtigen gesetzlichen Grundlagen nicht, so setzen wir als CDU Saar für eine Klarstellung im StGB durch den Gesetzgeber ein.

Zugleich ist ein starker Rechtsstaat die richtige Antwort an Terroristen, die unsere freiheitliche Rechtsordnung aushebeln wollen: Faire Verfahren und Rechte der Beschuldigten auf der einen, enge Zusammenarbeit von Justiz und Polizei und Gesetzesverschärfungen - wo notwendig - auf der anderen sind unserer Antwort, wie der Rechtsstaat dem Terrorismus die Stirn bietet.

Der Rechtsstaat lebt aber entscheidend von seiner Akzeptanz bei den Bürgern. Hier ist wichtig, wie er den Bürgern begegnet. Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung wollen wir bei Gerichten und Staatsanwaltschaften ebenso wie im Justizvollzugsbereich durch effiziente Organisations- und Verwaltungsstrukturen eine bürgerorientierte Aufgabenerfüllung gewährleisten; die bürgernahe Sicherung der Justiz in der Fläche durch Spezialisierung der Amtsgerichte ist für uns ein Organisationsmodell, das Wirtschaftlichkeit und Bürgernähe verbindet und die Schließung oder Zusammenlegung von Amtsgerichten entbehrlich macht.

- **Modernisierung des Strafvollzugs:** Das neue saarländische Erwachsenenstrafvollzugsgesetz wird sowohl der Sicherheit der Allgemeinheit als auch der Resozialisierung der Gefangenen gerecht. Die dafür notwendigen personellen (und baulichen) Voraussetzungen in der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken für eine Verbesserung des Vollzuges und die Sicherheit der Bevölkerung werden geschaffen.

Für Gefangene, die nach Entlassung in Sicherungsverwahrung kommen, müssen nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts schon während des Strafvollzugs alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um deren Gefährlichkeit zu reduzieren. Insbesondere müssen psychiatrische, psycho- oder sozialtherapeutische Maßnahmen rechtzeitig und mit hoher Intensität durchgeführt und möglichst vor Strafe abgeschlossen werden. Oberste Maxime muss hierbei der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sein.

Für die Resozialisierung der Gefangenen ist eine erfolgreiche Reintegration in den Arbeitsmarkt unverzichtbar. Die Schule in der JVA Ottweiler und die Ausbildungsbetriebe in den beiden Vollzugsanstalten werden auch in Zukunft Gefangenen qualifizierte Abschlüsse und damit echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen.

Die kontinuierliche Betreuung der Gefangenen vor und nach der Entlassung – insbesondere die Vermittlung von Arbeit und Wohnung - ist unverzichtbar für die erfolgreiche Resozialisierung und Integration in die Gesellschaft. Die bisherigen Übergangsmanagementkonzepte des Jugend- und Erwachsenenvollzugs werden fortgeführt und miteinander vernetzt.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität erfordern ein abgestimmtes Vorgehen von Staatsanwaltschaft, Polizei und Trägern der Jugendhilfe; sie müssen evaluiert und weiterentwickelt werden. Dabei liegt unser besonderes Augenmerk auf einer nachhaltigen Verkürzung der Dauer von Jugendgerichtsverfahren.

- **Besserer Schutz vor Falschmeldungen und Hetze bei Facebook und Co.:** Um insbesondere rassistische und fremdenfeindliche Kommentare in sozialen Medien wie Facebook besser bekämpfen zu können, fordern wir eine Speicherpflicht der Verkehrsdaten bei Straftaten der Volksverhetzung.

- **Ehegatten in Notlagen nicht allein lassen – Gesetzliche Vorsorgebefugnis für Ehegatten:** Mit einer alternden Gesellschaft kommt es leider häufiger vor, dass ein Ehegatte im Krankenhaus liegt und nicht mehr bei vollem Bewusstsein ist. Es kann dann nicht sein, dass man am Krankenbett seines Ehepartners steht und von den Ärzten nicht über Art, Umfang und Folgen der Erkrankung informiert wird, wenn keine Vollmacht ausgestellt wurde. Die laufenden Geschäfte, wie etwa die Bezahlung von Rechnungen oder der Wohnungsmiete, müssen erledigt werden können. Auch die weitere Lebensgestaltung, wie die Suche nach einem Pflegeplatz, muss geregelt werden. Deshalb fordern wir eine gesetzliche Vertretungsmacht für solche Fälle. Im Falle der Pflegebedürftigkeit ist derzeit eine Vertretung nur aufgrund einer Vollmacht oder aufgrund gerichtlicher Anordnung der Betreuung möglich. Von der 1992 eingeführten Vorsorgevollmacht wird aber bei weitem nicht durchgängig Gebrauch gemacht. In Österreich besteht eine beschränkte Vertretungsbefugnis von Angehörigen aufgrund eines notariell registrierten ärztlichen Zeugnisses der Geschäftsunfähigkeit. Die Überlegung geht dahin, für die Fälle, in denen es die Beteiligten an einer Vorsorgevollmacht haben fehlen lassen, mit einer gesetzlichen Vorsorgebefugnis unter Ehegatten ein Auffangnetz zu schaffen.

10. Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik – Unser Programm für mehr Zusammenhalt im Saarland!

Wir wollen eine menschliche, solidarische und sozial gerechte Gesellschaft, die Rücksicht nimmt und in der jeder mitgenommen und integriert ist. Die Humanität dieser Gesellschaft bemisst sich vor allem am menschenwürdigen Umgang mit denjenigen, die aufgrund von Alter, Armut, Krankheit oder Behinderung nicht mehr voll den Ansprüchen unserer Leistungsgesellschaft genügen können. Menschlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daher für uns die zentralen Maßstäbe unserer Sozialpolitik. Für uns, die wir dem christlichen Menschenbild verpflichtet sind, zählt dabei das Prinzip: „Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern“. Wir kämpfen aber auch für faire Löhne und eine höhere Repräsentation von Frauen in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Für uns gilt: Der Markt allein schafft noch keine Gerechtigkeit, hier ist auch der Staat gefragt. In einer Zeit, in der viele Menschen eine Ökonomisierung vieler Lebensbereiche beklagen, wollen wir dafür sorgen, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht auf der Strecke bleibt. Ein respektvoller und menschlicher Umgang sind für uns zentraler Baustein unserer Sozialpolitik im Saarland.

10.1. Zusammenhalt durch Teilhabe und Integration von benachteiligten Menschen

- **Individuelle Teilhabe ermöglichen:** Menschen mit Behinderung bedürfen der täglichen Unterstützung – sei es in Form ambulanter oder stationärer Leistungsangebote. Menschen mit Behinderung haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben

und nach den Vorgaben des Bundesteilhabegesetzes vor allem auf individuelle Teilhabe; dazu gehört auch, trotz körperlicher, seelischer und geistiger Einschränkungen Verantwortung für sich selbst wie auch für andere übernehmen zu können. Die eigenen Potenziale auszuschöpfen verleiht Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. Wir wollen Menschen mit Behinderung nach ihren individuellen Bedarfen und Potenzialen von Kindheit auf fördern und Teilhabe in Gesellschaft und Arbeitsleben ermöglichen. Dazu werden wir die passgenauen Hilfs- und Unterstützungsangebote anbieten und die möglichst eigenständige Lebensführung und -gestaltung ermöglichen.

- **Inklusion mit Augenmaß:** Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist für uns ein zentrales Element christlich geprägter Gesellschaftspolitik. Maßstab für die Inklusion ist immer das individuelle Wohlergehen der betroffenen Menschen und ihr spezifischer Versorgungs- und Betreuungsbedarf; wir sind gegen ideologische Übertreibungen im Sinne einer „Zwangsinklusion“ ohne Rücksicht auf die persönliche Situation von Menschen mit Behinderungen. Und das sind die wichtigsten Punkte unserer Agenda für eine menschenwürdige Behindertenpolitik:

- Weiterer Ausbau und Ausdifferenzierung von ambulanten und stationären Wohn- und Betreuungsformen für behinderte Menschen;
- zusätzlicher barrierefreier Wohnangebote;
- Erproben von neuen Wohnformen (Kurzzeitwohnen, selbstbestimmtes Wohnen mit und ohne Eltern, Wohngemeinschaften etc.);
- Verhandlung eines Rahmenvertrages nach den Vorgaben des Bundesteilhabegesetzes;
- Weiterentwicklung von Angeboten wie die Komplexleistung „Frühförderung Plus“ sowie von Unterstützungsangeboten durch Integrationshilfen;
- Maßnahmen zur Aufwertung bzw. höheren Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets;
- Weiterentwicklung der Angebote für seelisch Behinderte im Saarland, sowohl im Bereich der Tagesstrukturierung, als auch in den Betreuungsangeboten;
- Einführung von Gesamtplanverfahren mit beteiligten Trägern (Krankenkasse, Pflegekasse, Rehabilitationsträgern etc.) und von persönlichen Teilhabeplänen für Menschen mit Behinderung;
- Schaffung von über 100 Integrationsarbeitsplätze zum besseren Übergang in den 1. Arbeitsmarkt;
- Schaffung einer neutralen trägerunabhängigen Beratung für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen;
- Ausweitung des Förderprogramm zur Schaffung von barrierefreiem Wohnraum;
- Stärkung des Landesbehindertenbeauftragten durch Wahl durch den saarländischen Landtag;
- Ausbau und weitere Realisierung eines Modellprojektes „Virtuelles Mehrgenerationenhaus“ mit dem Ziel des Aufbaus von generationsübergreifenden Hilfenetzwerken.

10.2. Zusammenhalt durch eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung

- **Versorgungssicherheit:** Wir werden dafür sorgen, dass die Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung von kranken Menschen im Saarland auch in Zukunft auf höchstem Niveau erhalten bleibt. Dazu gehört ein dichtes Netz an Fachärzten und Hausärzten für die wohnortnahe ambulante Versorgung sowie – insbesondere im ländlichen Raum – ein flächendeckendes Angebot an Apotheken sowie eine leistungsfähige ärztliche Notallversorgung durch die Bereitschaftsdienste. Und das sind die wichtigsten Punkte unserer gesundheitspolitischen Agenda:
 - Optimierung und qualitätsbasierte Weiterentwicklung der stationären Versorgungsstrukturen im Rahmen des Krankenhausplans 2018/2025 durch Aufnahme von Qualitäts- und Personalindikatoren in die Krankenhausplanung, Schaffung sektorübergreifender Versorgungsangebote;
 - Abbau von Doppelstrukturen und die Schaffung von medizinisch hochwertigen und spezialisierten Versorgungsangeboten. Sonderförderung für innovative Versorgungsstrukturen im Klinikbereich;
 - Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum durch bessere – sektorenübergreifende – Verzahnung stationärer und ambulanter Angebote sowie durch innovative klinische Organisationskonzepte, Umsetzung des Landarzt-Förderprogramm gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung und ein weiterer Ausbau der Förderung der Versorgungsmedizinassistenten.
- **Innovative Strukturen der gesundheitlichen Versorgung:** Um Qualität der Gesundheitsversorgung in unserem Land auch weiterhin auf hohem Niveau zu halten, müssen wir neue innovative Konzepte entwickeln und vor allem die Möglichkeiten der Digitalisierung soweit wie möglich nutzen. Ansatzpunkte für die Umsetzung neuer Versorgungsstrukturen sind folgende Handlungsfelder:
 - Ausweitung der Kooperationsstrukturen in der grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung, insbesondere mit dem benachbarten Frankreich;
 - Möglichkeit des erleichterten Zugangs für Patienten zu den nachgelagerten Behandlungsmöglichkeiten in den Bereichen Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie (Saarland als Modellregion für Blanko-Verordnungen);
 - Etablierung telemedizinischer Modellprojekte mit digitalen Anwendungen, insbesondere in Pflegeeinrichtungen zur besseren ärztlichen Versorgung von alten und pflegebedürftigen Menschen;
 - Etablierung eines Ausbildungsgangs „Fernstudium: Pflege“; Einführung einer zweijährigen Ausbildung zum/zur „Pflegeassistenten/Pflegeassistentin“; Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Informatik an der Universität des Saarlandes, der Hochschule für Technik und Wirtschaft sowie dem Universitätsklinikum Homburg

soll im Bereich der Digitalisierung der Gesundheitsversorgung und der Pflege ausgebaut werden. Ziel ist es digitale Lösungen zu entwickeln, die Ärzte und Pfleger z.B. von manuellen Dokumentationspflichten entlasten und ihnen mehr Zeit geben, sich um Patienten zu kümmern. Dazu gehört ein gemeinsames „Kompetenzzentrum eHealth und eCare“, das auch Gründern und Start-Ups Chancen bietet.

- **Gesundheitsprävention:** Die Förderung und der Erhalt der individuellen Gesundheit gehört für uns zu den wichtigsten politischen Anliegen. Die Umsetzung des Präventionsgesetzes mit der Schaffung von neuen Präventionsangeboten für alle Lebenslagen steht für uns daher im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik: in allen Lebenswelten wollen wir gemeinsam mit den Krankenkassen, den Kommunen sowie den Gesundheitspartnern spezielle Programme entwickeln. Wir werden die Gesundheitskampagne „Saarland aktiv und gesund“ weiter ausbauen und sie mit anderen erfolgreichen Präventionskampagnen vernetzen. In den Kindertagesstätten und an den Schulen fördern wir durch verstärkte Aufklärung das gesundheitsbewusste Verhalten unserer Kinder. Mit modernen Apps wollen wir die Etablierung von Mobile-Health fördern und neue Wege in der Prävention gehen. Dazu gehört auch eine verstärkte Gesundheitsforschung (Aufbau eines bundesweit einmaligen Impfregisters, Modellprojekt „Onko-Lotse“, Herzinfarkt-Studie, Schaffung weiterer präventiver Gesundheitsangebote, Durchführung „Gebärmutterhalskrebs-Studie“, Projekt zur Senkung der Kaiserschnitttrate etc.
- **Suchtprävention:** Wir werden aber auch die erfolgreichen Präventionsprogramme im Hinblick auf neue, z.B. internetinduzierte Suchtphänomene sowie die Angebote der Drogen- und Suchtberatung weiterentwickeln und verstärken. Die Neuausrichtung der Drogenpolitik soll fortgesetzt werden: zentral soll ein Hilfs- und Betreuungsangebot aufgebaut werden, das die bestehenden Strukturen verbindet und Hilfsangebote verbessert: der Druckraum soll für Substituierte geöffnet, die Vergabe von Naloxan zur Notfalltherapie geprüft und die vernetzte Zusammenarbeit mit den Substitutionsärzten weiterentwickelt werden.

10.3. Zusammenhalt durch mehr Familienfreundlichkeit in allen Lebensbereichen

- **Familienfreundlichkeit als Markenzeichen:** Familienpolitik ist Standortpolitik; das heißt: Familienfreundlichkeit im täglichen Leben, im Beruf und am Arbeitsplatz muss zu einem Aushängeschild und Erfolgsindikator unseres Landes werden. Daher werden wir unsere Kampagne zur Förderung der Familienfreundlichkeit im Saarland fortführen. Und das ist unsere Agenda für mehr Familienfreundlichkeit in allen Lebensbereichen:
 - Entwicklung, Pilotierung und flächendeckende Umsetzung eines neuen qualitätsbasierten Familien-Gütesiegels „SaarlandPlus“;
 - Profilierung des Saarlandes als Region mit ausgeprägter Willkommenskultur für Familien, insbesondere durch familienspezifische Sonder- bzw. Zusatzleistungen in Verwaltung, Gastronomie und Touristik; Ausbau der Service-

- 2049 und Kompetenzstelle Familien, Schaffung mobiler Serviceanwendungen für
2050 Familien und Weiterentwicklung des Siegels familienfreundliche Kommunen;
2051 ○ Schaffung von familienbezogenen Betreuungsangeboten rund um die Uhr in
2052 jedem Landkreis und im Regionalverband Saarbrücken, insbesondere für Al-
2053 leinerziehende und berufstätige Eltern, von flexiblen Angeboten zu den
2054 Rand- und in den Ferienzeiten sowie der Ausbau der Familienfreundlichkeit
2055 in den Städten und Gemeinden;
2056 ○ Vereinbarkeit von Pflege und Beruf erleichtern durch bessere Informationen
2057 z.B. über die ambulanten und stationären Leistungen, das Familienpflegezeit-
2058 gesetz und Pflegezeitgesetz;
2059 ○ Einführung einer Familienkarte mit vergünstigten Bedingungen beim Besuch
2060 von kulturellen Veranstaltungen und Sporteinrichtungen etc.
2061
- 2062 ■ **Moderne Politik für moderne Familien:** Ehe und Familie stehen unter dem beson-
2063 deren Schutz des Staates. Die Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens und
2064 der Familie sind jedoch vielfältiger geworden. In traditionellen Familien, wie auch bei
2065 Alleinerziehenden, in Patchwork-Familien wie in eingetragenen Lebenspartnerschaf-
2066 ten und Regenbogenfamilien können konservative Werte gelebt und weitergegeben
2067 werden. Diese Vielfalt betrachten wir als selbstverständlichen Teil unserer Gesell-
2068 schaft. Wir werden uns auf Bundesebene für mehr Familienfreundlichkeit einsetzen.
2069 Dazu zählen die Bündelung der Familienleistungen in einer Familienkasse, die Wei-
2070 terentwicklung des Ehegatten- zu einem Familiensplitting sowie die verstärkte An-
2071 erkennung von Familienarbeit in den sozialen Sicherungssystemen.
2072
- 2073 ■ **Netzwerke für Familien:** Wir brauchen ein „soziales Frühwarnsystem“ sowie früh-
2074 zeitig und präventiv ansetzende Hilfsangebote für Eltern, die bei ihren Erziehungs-
2075 und Familienaufgaben überfordert sind. Das von uns entwickelte Modell der sozial-
2076 raumorientierten Jugendhilfe mit dezentralen Familienberatungszentren sollte flä-
2077 chendeckend ausgebaut werden – durch Einbeziehung der Schulen und Vereine und
2078 den Ausbau des Netzes engagierter Pflegefamilien und einem gut aufgestellten Pfl-
2079 gekinderdienst. Wir wollen ein digitales Landesjugendamt etablieren, damit Kinder,
2080 Jugendliche und Familien einen einfachen Zugang zu den Leistungen und Angeboten
2081 des Landesjugendamtes erhalten. Im Bereich der Prävention hat das Saarland bereits
2082 ein bundesweit beachtetes Angebot (erlebnispädagogisches Zentrum, „Wir im Ver-
2083 ein mit Dir“, Landesinstitut für Präventives Handeln), das mit seinen präventiven An-
2084 geboten stärker vernetzt wird mit dem Landessportverband, dem Verein für Präven-
2085 tion im Gesundheitswesen PUGIS e.V. und der Hochschule für Prävention.
2086
- 2087 ■ **Armutsbekämpfung:** Gerade in sozialen Brennpunkten, in denen Familien vermehrt
2088 armutsgefährdet und Kinder besonders belastenden Lebenssituationen ausgesetzt
2089 sind, werden wir eine flächendeckende Unterstützungs- und Beratungsinfrastruktur
2090 gewährleisten. Die fachliche Auswertung der vom Land initiierten Kinderarmutspro-
2091 jekte zeigt, dass niedrigschwellige und sozialraumorientierte Präventionsketten die
2092 Bildungsteilhabe, die soziale Teilhabe sowie die gesundheitliche Situation (Ernäh-
2093 rung) von sozial benachteiligten Kindern deutlich verbessern können. Deshalb wer-
2094 den wir auch in Zukunft darauf hinwirken, dass Präventionsprojekte verstärkt im

Saarland installiert werden. Bei der Armutsbekämpfung und insbesondere im Bereich der Kinderarmut geht es uns darum, die „Vererbung“ von Armut zu verhindern. Damit beschreiten wir den Weg der effektiven Armutsbekämpfung auf einer breiten gesamtgesellschaftlichen Basis. Der Aktionsplan Armut soll fortgeschrieben und weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass Armut durch Teilhabe an Bildung sowie durch Schaffung von Arbeits- und Betreuungsgelegenheiten soweit wie möglich verhindert wird. Wege aus der Armutsfalle sollen aufgezeigt, Unterstützungsangebote weiterentwickelt und Altersarmut verhindert werden. Hierzu wollen wir uns auf Bundesebene für Initiativen und Maßnahmen einsetzen, die das Armutsrisiko vor allem von Alleinerziehenden und Älteren verringern. So ist z.B. Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets und eine Erhöhung dieser Leistungen zu überprüfen.

- **Starke Verbraucher durch unabhängige Verbraucherberatung:** Unsere Verbraucherpolitik beruht auf der Überzeugung, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher zu selbstbestimmten Entscheidungen fähig sind. Dies basiert auch auf dem christlichen Menschenbild. Unser Ziel ist es, den Bürger als Verbraucher in seiner Fähigkeit zur selbstbestimmten, mündigen, auf Nachhaltigkeit gerichtete Entscheidung zu unterstützen. Deshalb werden wir die Arbeit der unabhängigen Verbraucherzentrale des Saarlandes in Zukunft weiter finanziell unterstützen, um den Zugang zu qualitätsgesicherten Informationen sicherzustellen.

10.4. *Zusammenhalt durch Förderung der Gleichberechtigung*

- **Berufswahlorientierung:** Mädchen und Jungen ergreifen oft geschlechtsspezifische Berufe. Ziel muss es sein, Talente geschlechtsunabhängig zu entdecken, Perspektiven für Studium und Beruf breit gefächert zu eröffnen sowie Mädchen und Jungen talentbezogen zu fördern. Wir werden die Aktivitäten im Saarland auf ihre Wirksamkeit überprüfen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse fortführen.
- **Rechtsanspruch auf Wiedereinstieg in Vollzeit:** Ein Grund für Lohnlücken sind meist Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit. Deshalb brauchen alle, die zur Betreuung oder Pflege ihre Erwerbstätigkeit zurückgestellt haben, einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstieg. Diese Reform könnte bestehende Lohnlücken zwischen Frauen und Männern verringern und damit einen Beitrag zur Gleichberechtigung leisten.
- **Führen mit Familie:** Führen in Teilzeit und in Jobsharing sind möglich. Hierfür wollen wir noch stärker und gezielt mit Best-Practice-Beispielen in der saarländischen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst werben. Im Rahmen des IHK-Siegels „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ sollte dieser Aspekt besonders gewürdigt werden.
- **Frauengesundheit:** Es gibt viele Krankheiten, an denen sowohl Frauen als auch Männer gleichermaßen leiden, aber sich unterschiedlich äußern und unterschiedlich behandelt werden müssen. Wir setzen uns für eine landesweite Informations- und Präventionskampagne ein. Innovatives lebensphasenorientiertes medizinisches und

2141 pflegerisches Handeln sowie Behandeln soll insbesondere auch die Spezifika der Ge-
2142 schlechter berücksichtigen und mit der aktuellen wissenschaftlichen Forschung der-
2143 art vernetzt sein, dass deren Ergebnisse unmittelbare Berücksichtigung finden kön-
2144 nen. Die gesamtheitliche Betrachtung soll noch verstärkter in den Blick genommen
2145 werden. Dahingehende medizinische und pflegerische Leuchtturmprojekte sollen
2146 gefördert werden.

2147 2148 2149 **10.5. Zusammenhalt durch freiwilliges ehrenamtliches Engagement**

- 2150
2151 ▪ **Aktive Bürgergesellschaft als Leitbild:** Die Familien sind die Keimzellen unserer
2152 Gesellschaft; das freiwillige ehrenamtliche Engagement – sei es in Projekten oder
2153 kommunalen Einrichtungen, Kirchengemeinden oder sozialen Organisationen, Par-
2154 teien oder Gewerkschaften, Vereinen oder Verbänden – ist der Kitt, der unsere Ge-
2155 sellschaft zusammenhält. Von den Freiwilligen Feuerwehren bis zur Jugendarbeit in
2156 den Sportvereinen ist die hier geleistete Arbeit ein unverzichtbarer Bestandteil des
2157 kommunalen Lebens. Das gilt insbesondere für das kulturelle Leben, das auf Dauer
2158 verarmen wird, wenn nur noch „Kulturkonsum“ und „Zuschauermentalität“ gepflegt
2159 werden. Wir werden deshalb das aktive bürgerschaftliche Engagement in Vereinen,
2160 Kirchen und Projektinitiativen fördern.
- 2161
2162 ▪ **Wertschätzung für die Arbeit der Kirchen:** Für uns leisten Kirchen – neben ihren
2163 religiösen und seelsorgerischen Aufgaben – unverzichtbare Dienste: in der Betreu-
2164 ung, Erziehung und Bildung von Kindern, der gesundheitlichen Fürsorge, der Pflege
2165 älterer Menschen, der Hilfe für Behinderte und dem Eintreten für sozial Benachtei-
2166 ligte. Für eine solidarische Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, sind die Kirchen
2167 aber auch als sinnstiftende und wertevermittelnde Einrichtungen unentbehrlich. Wir
2168 als christliche Demokraten sind gegen jegliche Versuche, die Arbeit der Kirchen ein-
2169 zuschränken.
- 2170
2171 ▪ **Mehr Anerkennung für das Ehrenamt:** Wir haben mit der Einführung von Ehren-
2172 amtsnadel, Ehrenamtskarte, Pflegemedaille und Sozialmedaille einen Beitrag für
2173 mehr Anerkennungskultur im ehrenamtlichen Engagement geschaffen. Mit der LAG
2174 „Pro Ehrenamt“ und den Ehrenamtsbörsen gibt es zudem hervorragende Förder- und
2175 Betreuungsstrukturen. Wir unterstützen auch in Zukunft auf allen Ebenen die Arbeit
2176 der Kultur-, Sport- und Sozialvereine. Wir haben durch die Regelung des Ehrenamts-
2177 urlaubs und des Versicherungsschutzes Maßstäbe gesetzt. Die Initiative zur Haf-
2178 tungsbegrenzung von ehrenamtlich tätigen Vereinsvorständen treiben wir weiter
2179 voran. Um die praktische Arbeit im Ehrenamt zu erleichtern, werden wir die Einset-
2180 zung einer Enquete-Kommission im Landtag beantragen sowie als Zeichen der Aner-
2181 kennung die Ehrenamtskarte weiter durch Vergünstigungen für die Inhaber aus-
2182 bauen.
- 2183
2184 ▪ **Jugendpolitik ist Zukunftspolitik:** Kinder und Jugendliche gestalten durch ihr Enga-
2185 gement und ihre Ideen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft die Zukunft unseres
2186 Saarlandes entscheidend mit. Dies wollen wir ernsthaft und bedarfsgerecht fördern.

Das bedeutet Stärkung der Beteiligung und Mitbestimmung, Zusammenarbeit mit den Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe sowie Entwicklung gemeinsamer generationengerechte Strategien im Hinblick auf den demokratischen Wandel. Kinder und Jugendliche sollen und müssen mitgenommen werden, um sich aktiv mit ihren Vorstellungen einbringen zu können. Die Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen werden von kommunalen Jugendhilfeausschüssen, Landesjugendhilfeausschuss, Landesjugendamt sowie Jugendverbänden und Jugendgruppen engagiert und qualifiziert vertreten. Diese bewährten Strukturen wollen wir auch in Zukunft stärken. Jugendliche brauchen ein Umfeld, in dem sie sich wohlfühlen. Gibt man ihnen die Möglichkeit, ihre Lebensräume aktiv mitzugestalten, ihre Wünsche und Interessen darin wiederzufinden, fördert man die Identität und evtl. die Bereitschaft, sich auch weiterhin aktiv in ihrem Umfeld (z.B. Ehrenamt) einzubringen. Dies wollen wir unterstützen und fördern.

10.6. *Zukunft braucht Erfahrung*

- **Mitwirkung und Mitbestimmung von Senioren:** Wir unterstützen ältere Mitbürger, die sich ehrenamtlich engagieren – insbesondere in der Nachbarschaftshilfe, bei den Besuchsdiensten und bei Einkaufsverbänden. Hier wollen wir neue Modelle im Saarland erproben. Der von der Bundesregierung ins Leben gerufene Bundesfreiwilligendienst (BUFDI) bietet dazu hervorragende Möglichkeiten. Wir werden zudem die Kooperation von Pflegeeinrichtungen mit Ehrenamtsbörsen und Freiwilligennetzwerken intensivieren und – in Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenbeirat – weitere kommunale Seniorenbeiräte aufbauen.
- **Seniorenfreundliches Saarland:** Unser Land muss – insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – die bedarfsgerechte Nahversorgung älterer Menschen mit den Gütern des täglichen Lebens und wohnortnahen Angeboten der medizinischen und pflegerischen Betreuung sicherstellen. Damit Senioren aber auch die kommunalen Leistungen in Anspruch nehmen können, brauchen wir darüber hinaus mehr mobile Bürgerdienste („rollendes Rathaus“) und ein flächendeckendes Netz von kommunalen Seniorenbeauftragten, Seniorenlotsen, Seniorenbüros und Seniorensicherheitsberatern. Wir wollen moderne Wohn- und Lebensformen für Senioren und Seniorengemeinschaften fördern.
- **Häusliche Pflege stärken:** Wir wollen, dass ältere Menschen nicht im Alter alleine gelassen werden, sondern auch im Krankheits- oder Pflegefall im häuslichen Umfeld verbleiben können; sie sollen so lange wie möglich ein Leben in vertrauter und familiärer Umgebung führen können. Deshalb muss der schon jetzt spürbare Mangel an Fachpersonal bekämpft werden. Mit einer integrierten Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege wird in Zukunft dafür gesorgt, dass qualifizierter Nachwuchs für diese Aufgaben zur Verfügung steht und das Betreuungs- und Pflegepersonal besser auf einen Wechsel zwischen diesen beiden Betreuungsberufen vorbereitet wird. Der Pflegepakt Saarland wird fortgeführt: neben Maßnahmen zur Steigerung der Attrak-

2232 tivitàt der Pflegeberufe für Ein-, Aus- und Umsteiger wollen wir die Arbeitsbedingun-
2233 gen in der Pflege durch Initiativen in Land und Bund verbessern. Auch wollen wir uns
2234 einsetzen für eine moderne generalistische Ausbildung und die Schaffung eines Pfl-
2235 geassistenten mit zweijähriger Ausbildung.

- 2236
- 2237 ■ **Wohnortnahe Beratungs- und Unterstützungsangebote für Senioren:** Mit unse-
2238 ren Pflegestützpunkten haben wir ein Beratungsangebot installiert, mit dem Pflege-
2239 bedürftige und ihre Angehörigen wohnortnah, kompetent und neutral auf alle Fra-
2240 gen rund um die ambulante und stationäre Pflege vorbereitet werden. Das Saarland
2241 ist heute bereits bundesweit Vorreiter bei der Versorgung mit Pflegestützpunkten.
2242 Wir wollen den Ausbau der Pflegestützpunkte mittelfristig durch mobile, dezentrale
2243 Angebote und durch Vernetzung mit Ehrenamtsbörsen, Freiwilligennetzwerken und
2244 AHA Dienstleistungszentren vorantreiben; damit können gezielt Hilfen aus einer
2245 Hand angeboten werden. Wir wollen die ambulanten Angebote wie Tagespflege und
2246 Entlastungsangebote weiter ausbauen, mit Modellen wollen wir das Überleitungs-
2247 management vom Krankenhaus aus verbessern. Das Saarland ist das erste Land mit
2248 einem Demenzplan. Diesen wollen wir konsequent umsetzen und weiterentwickeln.
2249 Auch soll die Landesfachstelle Demenz in die Demenzarbeit als Koordinator und
2250 Steuerer verankert werden. Demenzlotsen sollen Angehörige und Betroffene in
2251 Krankenhäusern unterstützen.

2252

2253

2254

2255 **11. Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik – Unser Programm für Nachhal-**

2256 **tigkeit und Mobilität!**

2257

2258 Im Umgang mit der Natur treffen unterschiedliche ökologische Anschauungen und oft auch
2259 divergierende Interessen aufeinander. Die Auffassungen darüber, wie unsere Kulturland-
2260 schaft für wirtschaftliche, touristische und ökologische Zwecke in Anspruch genommen
2261 werden darf, gehen auseinander. Wir möchten einen offenen und konstruktiven Dialog mit
2262 den verschiedenen Akteuren. Wir wollen die verschiedenen Akteure in die Gestaltung un-
2263 serer Naturschutzpolitik einbeziehen und dadurch einen fairen Ausgleich der Interessen
2264 von Landwirten, Jägern, Anglern, Waldbesitzern und Naturschützern herbeiführen. Mit dem
2265 erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien ist zudem die Energiewende in eine neue
2266 Phase eingetreten; umso wichtiger ist es, auch beim weiteren bedarfsgerechten und effi-
2267 zienten Ausbau den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen und den Na-
2268 turschutzverbänden zu suchen mit dem gemeinsamen Ziel, mit unseren natürlichen Res-
2269ourcen schonender umzugehen und den ökologischen Fußabdruck in unserer Region zu
2270 verkleinern.

2271

2272

2273 **11.1. Für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur**

2274

- 2275 ■ **Sicherheit durch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur:** Das Saarland ist ein
2276 weltoffenes Land im Herzen Europas. Unser Land hat eine hohe Exportquote, und

viele Menschen pendeln täglich über die Landesgrenzen hinweg zu ihren Arbeitsplätzen. Sicherheit bedeutet daher auch, sich auf leistungsfähige Verkehrsverbindungen jederzeit verlassen zu können; insbesondere die Unternehmen der Saarwirtschaft brauchen logistische Effizienz, wie sie nur auf Grundlage einer hervorragend vernetzten Verkehrsinfrastruktur gewährleistet ist.

- **Schienenverkehr:** Durch die zunehmende Auslastung und Belastung der überregionalen und regionalen Straßenverkehrswege wird im Gegenzug die Qualität des schienengebundenen Verkehrsnetzes immer wichtiger. Folgende verkehrspolitischen Ziele verfolgen wir daher:
 - **Europäischer Nah- und Fernverkehr:** Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Strecke Paris – Saarbrücken – Frankfurt so ausgebaut wird, wie dies vertraglich vereinbart ist. Wir werden nicht zulassen, dass Saarbrücken und das Saarland vom europäischen und deutschen Fernverkehrsnetz abgehängt werden. Die Verbesserung des grenzüberschreitenden Nahverkehrs auf der Schiene ist für uns Teil der Frankreichstrategie. Eine Reaktivierung der Bistaltbahn bietet die Möglichkeit, eine Schienenverbindung nach Frankreich und Luxemburg zu etablieren. Das Konzept hierzu werden wir gemeinsam mit unseren Nachbarn in Frankreich und in Luxemburg erarbeiten.
 - **Nationale Schienenverkehrsanbindung:** Über die wichtige Nahestrecke Saarbrücken – Türkismühle – Mainz – Frankfurt ist das Saarland an den Frankfurter Flughafen und die Rhein-Main-Region angebunden; im saarländischen Abschnitt ist diese Strecke bereits durchgehend elektrifiziert. Wir werden uns beim Bund und der Bahn dafür einsetzen, dass diese Strecke so ertüchtigt wird, dass sie vollständig elektrifiziert wird und mittelfristig für Güterverkehr genutzt werden kann.
 - **Regionaler Nahverkehr:** In guten Verhandlungen mit der Bundesregierung konnten wir erreichen, dass die Finanzierung des Nahverkehrs auf der Schiene mittelfristig sichergestellt ist und das Saarland künftig deutlich mehr Regionalisierungsmittel erhält. Wir werden diese Mittel nutzen, um ein attraktives, verlässliches und bürgerfreundliches Nahverkehrsangebot auf der Schiene zu erhalten und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiter zu verbessern. Die Reaktivierung von Strecken, deren Kosten-Nutzen-Verhältnis extrem ungünstig ist, lehnen wir ab. Die Umwandlung von alten Bahntrassen in Radwege bietet hingegen gute Chancen, das touristische Radwegenetz noch attraktiver zu machen.
- **Flughafen:** Der Flughafen Saarbrücken ist ein unverzichtbarer Standortfaktor mit hoher regionalwirtschaftlicher Bedeutung. Es wird darauf ankommen weiterhin ein attraktives Angebot an Linien- und Charterflügen aufrecht zu erhalten und damit das Profil des komfortablen, internationalen Regionalflughafens zu schärfen, der das Angebot zwischen Luxemburg und Frankfurt komplettiert und im Markt dauerhaft seine Position behauptet.

- 2323
- 2324 ▪ **Straßenverkehr:** Die zeitweise Vollsperrung der Fechinger Autobahn-Brücke hat
- 2325 uns vor Augen geführt, wie wichtig ein leistungsfähiges Straßennetz für unser Land
- 2326 und vor allem für die Saarlwirtschaft ist. Erhalt und Sanierung der bestehenden Infra-
- 2327 struktur müssen dabei Priorität vor dem Neubau von Straßen und Brücken haben.
- 2328 Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass die Funkti-
- 2329 onstüchtigkeit der Straßeninfrastruktur von der zuständigen Behörde jederzeit im
- 2330 Sinne von wirtschaftlicher Effizienz und Nachhaltigkeit gewährleiste ist:
- 2331
- 2332 ○ **Sanierung vor Neubau:** Wir setzen uns dafür ein, dass unsere straßenver-
- 2333 kehrspolitische Prioritätensetzung sowohl bei der Planung wie auch bei der
- 2334 Genehmigung von Projekten strikt eingehalten wird. Grundsätzlich wollen
- 2335 wir dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen am bestehenden Straßen-
- 2336 netz Priorität vor neuen Verkehrsprojekten geben. Notwendige Neubaupro-
- 2337 jekte müssen aber ebenso eine Realisierungschance erhalten, um beispiels-
- 2338 weise die positive Entwicklung des ländlichen Raums voranzutreiben. So
- 2339 bleibt die Vollendung der Nordsaarlrandstraße ein Ziel, dem wir uns verpflichtet
- 2340 fühlen. Wir werden daher weiter an einer verwirklichungsfähigen Trassen-
- 2341 alternative arbeiten und diese auf den Weg bringen.
- 2342
- 2343 ○ **Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren:** Das derzei-
- 2344 tige Planungsrecht für Straßen ist auf neue Verkehrswege ausgerichtet.
- 2345 Dadurch dauert die Planung und Genehmigung neuer Autobahnbrücken, die
- 2346 lediglich alte Brücken ersetzen, viel zu lange. Das wollen wir ändern. Gemein-
- 2347 sam mit dem Bund und in einem offenen Dialog mit den Umweltverbänden
- 2348 werden wir prüfen, wie überlange Planungsverfahren bei reinen Sanierungs-
- 2349 maßnahmen (z.B. Ersatzbauten für alte Brücken) verkürzt werden können.
- 2350 Wir wollen, dass bei der Sanierung von Straßen und Brücken künftig andere
- 2351 Maßstäbe bei der Genehmigung („Planfeststellung“) angelegt werden als
- 2352 beim Neubau von Straßen. Hierzu sind gesetzliche Änderungen auf Bundes-
- 2353 ebene erforderlich.
- 2354
- 2355 ▪ **ÖPNV:** Wir wollen unseren ÖPNV noch stärker an den Bedürfnissen der Kunden ori-
- 2356 entieren. Ein Umsteigen vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV ist um-
- 2357 weltfreundlich und entlastet unsere Verkehrswege. Dazu braucht es bessere Ange-
- 2358 bote. Wir wollen attraktive Tarife, eine hohe Funktionalität und Verlässlichkeit, ver-
- 2359 besserten Service, verlässliche Fahrgastinformationen sowie ein hohes Maß an Si-
- 2360 cherheit für Fahrgäste und Personal. Dabei sollen alle Möglichkeiten der Digitalisie-
- 2361 rung genutzt werden; hierzu gehört insbesondere eine leistungsfähige und frei zu-
- 2362 gängliche WLAN-Versorgung in allen Bussen und Bahnen. Nach wie vor stehen wir
- 2363 zu unseren Nachtbussen im Land, die an den Wochenenden und vor Feiertagen die
- 2364 Nachtschwärmer sicher nach Hause bringen. Dieses Erfolgsmodell wollen wir weiter
- 2365 ausbauen. Insbesondere die junge Generation soll den ÖPNV im Saarlrand in Zukunft
- 2366 günstiger nutzen können. Aus diesem Grund prüfen wir ein Jugend-Ticket, das auch
- 2367 Schülern und Jugendlichen in Ausbildung einen günstigeren ÖPNV bietet.
- 2368

- 2369 ▪ **Multimodalität des Verkehrs:** Wir setzen nicht auf einzelne Verkehrsmittel, son-
2370 dern auf deren intelligente Verknüpfung und einen nutzerorientierten Mobilitäts-
2371 mix. Moderne Mobilität setzt auf verschiedene Fortbewegungskonzepte und kombi-
2372 niert diese klug miteinander. Um das zu gewährleisten müssen Übergangspunkte ge-
2373 schaffen werden, bei den ausreichende P+R- Kapazitäten, ÖPNV-Haltepunkte, sowie
2374 Fahrradverleih- und Carsharing-Systeme ein breites und individuelles Angebot
2375 schaffen. Dabei müssen die infrastrukturellen Anforderungen der wachsenden E-
2376 Mobilität von Anfang an mitgedacht werden. Zur Sicherstellung einer ununterbro-
2377 chenen Nutzungskette müssen alle Angebote über ein digitales System miteinander
2378 kombinierbar, buchbar und zahlbar sein.
2379
- 2380 ▪ **Alltagsradverkehr:** Während das Saarland bei der touristischen Radnutzung schon
2381 spitze ist, gibt es beim Alltagsradverkehr noch viel zu verbessern. Durch die zuneh-
2382 mende Verbreitung von E-Bikes wird Radfahren im hügeligen Saarland auch als al-
2383 ternatives Verkehrsmittel immer attraktiver. Und das sind unsere radverkehrspoliti-
2384 schen Grundsätze:
2385
 - 2386 ○ **Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs:** Wir setzen uns dafür ein,
2387 dass Fahrradfahren durch gezielte Maßnahmen als umweltfreundliche Ergän-
2388 zung eines modernen Mobilitätsangebotes zu stärken. Dazu sind z.B. Maß-
2389 nahmen von der Ausweisung von Schutz- und Radfahrstreifen, die Freigabe
2390 der Nutzung von Busstreifen, bis hin zur Anpassung von Ampelschaltungen
2391 und der der Erlaubnis zur entgegengesetzten Nutzung von Einbahnstraßen
2392 denkbar;
2393
 - 2394 ○ **Vernetzung der Radverkehrswege:** Wir werden Lücken im Radwegenetz so
2395 weit wie möglich schließen und im Rahmen eines ganzheitlichen Mobilitäts-
2396 konzeptes weitere Maßnahmen umsetzen, die dem Alltagsradverkehr zu-
2397 gutekommen. Dazu gehört auch zu prüfen, wie ein auf Pendler im Großraum
2398 Saarbrücken ausgerichtetes Netz an Radschnellwegen realisiert werden
2399 kann. Unser Ziel ist es, ein Netz an Radschnellwegen zu entwickeln, das die
2400 Landeshauptstadt entlang der ÖPNV-Achsen in einem Radius von 45 Minu-
2401 ten mit dem E-Bike für Pendler anbindet. Den Zukunftsstandort Reden ist we-
2402 gen der gut ausgebauten Rundwege geeignet, dort mit einer Fahrrad- und
2403 Mobilitätsmesse die Chancen und Möglichkeiten der Elektromobilität aufzu-
2404 zeigen.
2405
2406

2407 **11.2. Land- und Forstwirtschaft im Einklang mit der Erhaltung der Artenvielfalt**

2408

2409 Die saarländische Land- und Forstwirtschaft prägt das Landschaftsbild in unserer Region
2410 und leistet damit einen erheblichen Beitrag zur Attraktivität des ländlichen Raums. Sie ist
2411 nicht nur Teil einer hochwertigen und vielfältigen Produktionskette nachhaltiger Lebens-
2412 mittel, sondern trägt auch mit großem Aufwand dazu bei, die bestehende Kulturlandschaft
2413 und damit auch die Artenvielfalt zu erhalten. Dies gilt sowohl für konventionell arbeitende
2414 Betreibe als auch für solche, die sich für eine ökologische Umsetzung entschieden haben.

Wir wollen daher die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe dabei unterstützen, zum Erhalt der Artenvielfalt im Saarland beizutragen und das Angebot regionaler Lebensmittel zu bereichern.

- **Regionale Identität:** Der Erhalt der Artenvielfalt ist für unsere saarländische Heimat ein zentraler Aspekt bei der Bewahrung des Landschaftsbildes und damit eines Teils der Identität unserer Region. Jedoch stellen ein hochentwickelter Wirtschaftsraum und ein dicht besiedeltes Flächenland den Erhalt der Artenvielfalt vor eine große Herausforderung. Einmal zerstörte Artenvielfalt ist nicht regenerierbar. Daher ist es Ziel unserer Umweltpolitik, zum Erhalt verschiedener Mikroorganismen, Pflanzen-, Tier- und Pilzarten als Teile eines selbstregulierenden Ökosystems beizutragen, um die Grundlage für gesunde Nahrungsmittel zu bieten und sauberes Trinkwasser bereitzustellen.
- **Ökolandbau:** Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft hat in den vergangenen Jahren weiter stetig zugenommen. Diese führen zu einem enormen Rückgang der Artenvielfalt und betreffen insbesondere solche Arten, die eher langlebig und sehr empfindlich gegenüber Pestiziden sind. Somit können Selbstreinigungskräfte von Ökosystemen empfindlich gestört werden. Im Saarland werden derzeit ungefähr sechzehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche (Bundesdurchschnitt: sechs Prozent) von rund 140 Betrieben ökologisch bewirtschaftet; dazu kommen weit über 100 ökologisch wirtschaftende und verarbeitende Betriebe. Es ist unser Anliegen und Ziel, eine Landwirtschaft zu unterstützen, die weitest möglich auf Fungizide, Insektizide, und Herbizide verzichtet und Alternativen dazu aufzeigt. Daher wollen wir sicherstellen, dass landwirtschaftliche Betriebe, die sich für den Umstieg von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft entscheiden, während der Umstellungsphase weiterhin durch Fördermittel unterstützt werden können.
- **Bienensterben:** Das weltweite Bienensterben steht stellvertretend für den Rückgang der Artenvielfalt und bringt ernste Konsequenzen mit sich. Honig-, Wildbienen und andere Insekten bestäuben ca. 80 Prozent aller Kulturpflanzen und sind somit elementar wichtig für das Wachsen und Gedeihen von Blüten und Früchten. In diesem Zusammenhang wertschätzen wir die wichtige Arbeit aller saarländischen Imker. Bereits heute kultivieren viele Saarländerinnen und Saarländer ein oder mehrere Bienenvölker. Wir wollen daher Maßnahmen und Projekte unterstützen, die zur Imkerei ermutigen und aktiv dem Bienensterben entgegenwirken. Die CDU Saar schätzt die Arbeit und den Einsatz der Imkerinnen und Imker im Saarland für den Erhalt und das Gedeihen der saarländischen Kulturlandschaft. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für Honigbienen und Wildbienen durch eine verstetigte Förderung von Bienenweiden, einen nachhaltigen Einsatz für Maßnahmen zur Bienen-gesundheit sowie durch die Intensivierung der bestehenden institutionellen Kooperation mit dem Fachzentrum für Bienen und Imkerei in Mayen. Die Honigbiene spielt für die Bestäubungsleistung in unserer Kulturlandschaft eine zentrale wirtschaftliche Rolle. Gleichzeitig bleibt der Erhalt und die Förderung vielfältiger Blühflächen für Honig- und Wildbiene im Sinne einer Artenvielfalt vorrangiges Ziel unserer Politik.

- 2461
- 2462 ▪ **Artenvielfalt im öffentlichen Raum:** Durch viele kleinere Maßnahmen können ver-
- 2463 fügbare Flächen im öffentlichen Raum ökologisch sinnvoll genutzt werden. Dabei ge-
- 2464 hen wir mit gutem Beispiel voran: Das gemeinsam mit der Naturschutzjugend
- 2465 (NAJU) im Landtagsgarten aufgestellte Insektenhotel leistet einen aktiven Beitrag
- 2466 zum Erhalt der Artenvielfalt und trägt darüber hinaus dazu bei, Menschen für dieses
- 2467 Thema zu sensibilisieren. Unter Einbindung aller Stellen im Land wie dem Landesbe-
- 2468 trieb für Straßenbau oder etwa den Hochschulen wollen wir die Handlungsspiel-
- 2469 räume von Land und Kommunen nutzen und den Erhalt der Artenvielfalt durch die
- 2470 ökologische Verwendung öffentlicher Flächen und Oberflächengewässer fördern. Zu
- 2471 den geeigneten Maßnahmen zählen unter anderem:
- 2472
- 2473 ○ Anpflanzen von Hecken;
- 2474 ○ Bau von Nisthilfen für Bienen, Wespen und Hornissen;
- 2475 ○ Streuobstanbau;
- 2476 ○ Rückgriff auf regionale Produkte und Lebensmittel aus ökologischer Land-
- 2477 wirtschaft;
- 2478 ○ Sensibilisierung im Umgang mit Wildpflanzen;
- 2479 ○ Vermeiden von (Mikro-)plastik in öffentlichen Einrichtungen (Kantinen, Tee-
- 2480 küchen, WCs o.ä.);
- 2481 ○ Entwicklung von Strategien zum Schutz der Artenvielfalt in den saarländi-
- 2482 schen Oberflächengewässern durch Verringerung von Schadstoffeinträgen.
- 2483
- 2484 ▪ **Auszeichnung für Biodiversitätsschulen:** Wir wollen ökologische Bildung in Schu-
- 2485 len und in der Öffentlichkeit stärken. Zu diesem Zweck werden wir in Schulen Pro-
- 2486 jekte mit Partnern initiieren, die einen aktiven Beitrag zum Artenschutz leisten; dazu
- 2487 gehören unter anderem der NABU, die Vereinigung der Jäger des Saarlandes, der Fi-
- 2488 schereiverband Saar, der Landesverband der saarländischen Imker sowie der Bauern-
- 2489 verband Saar. Gemeinsam mit diesen Verbänden wollen wir ein Label „Biodiversi-
- 2490 tätsschule“ entwickeln, das Schulen nach der Erfüllung von der Artenvielfalt zuträg-
- 2491 lichen Maßnahmen verliehen wird. Dazu gehören beispielsweise die Errichtung eines
- 2492 Wildbienenhotels, regionale Ernährung in den Kantinen sowie Exkursionen und Pro-
- 2493 jektstage mit Relevanz für den Erhalt der Biodiversität. Wir wollen darüber hinaus
- 2494 weitere Aspekte mit dem Ziel des Artenschutzes mit aufnehmen, wie z.B. eine ent-
- 2495 sprechende Gestaltung des Schulhofs und vieles mehr.
- 2496
- 2497 ▪ **Bürgerprojekt Biodiversität:** Wir wollen Kommunen und ihre Einwohner z.B. dazu
- 2498 motivieren, Flächen wie Verkehrsinseln oder Randstreifen mit der Biodiversität zu-
- 2499 träglichen Pflanzen zu begrünen anstatt mit solchen, die lediglich einen ästhetischen
- 2500 Zweck erfüllen. Kommunen sollen interessierte Bürgerinnen und Bürger durch einen
- 2501 direkten Beitrag dafür sensibilisieren und dazu ermutigen, Maßnahmen zum Erhalt
- 2502 der Biodiversität im Saarland zu ergreifen. Dies umfasst in erster Linie Veranstal-
- 2503 tungsreihen in Form von Vorträgen, aber auch in Form von praktischen Workshops,
- 2504 bei denen unter Anleitung von Experten gezeigt wird, welche Möglichkeiten zum
- 2505 Schutz der Artenvielfalt für jeden einzelnen bestehen. Darüber hinaus werden wir

ein Angebot für Bürger schaffen, Patenschaften für öffentliche Flächen zu übernehmen und diese nach Biodiversitätszielen zu bewirtschaften.

- **Mehr Augenmaß beim Ausbau der Erneuerbaren Energien:** Wir setzen uns für eine Stromversorgung ein, die sicher, bezahlbar und klimaverträglich ist. Zur Sicherung der Energieversorgung werden daher in den nächsten Jahren Kohlekraftwerke im Saarland unverzichtbar sein. Der Umbau unserer Energieversorgung wird nur gelingen, wenn er die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern findet. Deshalb machen wir uns für transparente Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau der Erneuerbaren Energien stark. Initiativen von Bürgern, die vor Ort die Energiewende mit eigenen Projekten voranbringen wollen, werden wir unterstützen. Bei der Windkraft gilt es, mit mehr Augenmaß als bisher vorzugehen, den Schutz der Natur und des Waldes stärker zu berücksichtigen und Windräder nur an windstarken Standorten zu errichten. Die Nutzung weiterer Laubwaldstandorte (vor allem Buchen- und Eichenwälder) im saarländischen Staatswald für Windräder lehnen wir ab.
- **Ausbau von Speicherkapazitäten:** Die Herausforderung ist es jetzt vor allem, die Gas- und Kohlekraftwerke, die erneuerbaren Energien und die Leitungen und Netze intelligent so aufeinander abzustimmen, dass die Versorgung mit Strom sicher, preiswert und klimaverträglich ist. Dabei werden Stromspeicher eine immer größere Rolle spielen. Wir wollen deshalb die Zusammenarbeit der Akteure der Energiewirtschaft- und -forschung auf der Basis der bestehenden Landesinitiative Energieinnovation Saar (LIESA) weiter fördern und unterstützen. Weil bei der Energiewende zunehmend moderne Informations- und Kommunikationstechnologien wichtig werden, setzen wir uns dafür ein, dass an den Hochschulen des Saarlandes auch Energieinformatik studiert werden kann.

11.3. Für mehr regionale Ernährung und weniger Lebensmittelverschwendung

- **Lebensmittelverschwendung begrenzen:** Nachhaltigkeit bedeutet auch, verantwortlich mit Lebensmitteln umzugehen. Lebensmittelverschwendung geht uns alle an. Jahr für Jahr landen in Deutschland elf Millionen Tonnen noch essbare Lebensmittel mit einem Wert von 25 Milliarden Euro im Müll. Wir wollen das Saarland zu einem Pionier im nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln machen. Die Förderung regionaler Ernährung nutzt die natürlichen Schätze unserer Heimat und erhält die Vielfalt unserer Umwelt in einem lebenswerten Saarland, das gutes Leben nachhaltig ermöglicht.
- **Schöpfung achten und wahren:** Lebensmittelverschwendung bedeutet nicht nur ein Problem für den Klimaschutz und einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, sondern ist auch eine ethische Frage. Insbesondere für aus Tieren gewonnene Lebensmittel ist Wegwerfen ein Problem, weil Tiere eben nicht nur Lebensmittel, sondern auch Lebewesen sind. Wir müssen daher die Prinzipien der Wegwerfkultur durchbrechen und eine Kultur des bewussten Konsums fördern.

- 2552 ▪ **Umwelt- und Klimaschutz:** Die Vorteile regionaler und saisonaler Ernährung liegen
2553 auf der Hand. Wesentlich kürzere Transportwege und entfallende energieaufwän-
2554 dige Lagerung tragen aktiv zum Umwelt- und Klimaschutz bei. Zudem bleibt die
2555 Wertschöpfung in der Region und stärkt damit aktiv die saarländischen Landwirte.
2556
- 2557 ▪ **Regionaler Konsum, globale Verantwortung:** Unser Konsumverhalten hat Auswir-
2558 kungen auf unsere Umwelt und auch auf den Hunger in der Welt. Ressourcenver-
2559 schwendung bei uns und Ressourcenknappheit in anderen Teilen der Erde müssen
2560 daher im globalen Zusammenhang und unter ethischen wie sozialen Aspekten be-
2561 trachtet werden. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher dazu motivieren,
2562 vermehrt auf regionale Produkte zurückzugreifen. Wir setzen uns daher für folgende
2563 Maßnahmen ein:
2564
 - 2565 ○ **Vermarktungsformen kritisch überprüfen:** Standards von Produktion und
2566 Handel verhindern, dass qualitativ einwandfreie Lebensmittel in den Handel
2567 gelangen. Dabei ist das Aussehen nicht alleiniges Gütekriterium für frische
2568 und gesunde Lebensmittel. Wir wollen daher erreichen, bisher bestehende
2569 Normen und Standards bspw. hinsichtlich Form und Größe von Obst und Ge-
2570 müse kritisch zu überprüfen.
 - 2571
 - 2572 ○ **Lebensmittelrecht reformieren:** Die Verschwendung von Lebensmitteln be-
2573 inhaltet einen ethischen Unrechtsgehalt, der eine Sanktion nach sich ziehen
2574 sollte. Wir wollen diese daher in den Katalog der Ordnungswidrigkeiten auf-
2575 nehmen, um rechtliche Sanktionsmöglichkeiten gegen systematische Le-
2576 bensmittelverschwendung zu schaffen.
 - 2577
 - 2578 ○ **Mindesthaltbarkeitskonzept überdenken:** Es erscheint grotesk, dass unver-
2579 derbliche Lebensmittel wie Getreideprodukte oder Salz mit einem Mindest-
2580 haltbarkeitsdatum versehen sind. Daher ist das bisherige Konzept des Min-
2581 desthaltbarkeitsdatums kritisch zu hinterfragen. Wir wollen daher eine Bun-
2582 desratsinitiative zur Einschränkung der verpflichtenden Angabe des Mindest-
2583 haltbarkeitsdatums prüfen.
 - 2584
 - 2585 ○ **Aufklärungsarbeit über Deko-Lebensmittel:** Wir Verbraucher erwarten
2586 stets volle Regale, sodass der Einzelhandel darauf reagiert und mehr Waren
2587 bestellt als tatsächlich benötigt werden. Von diesem Überangebot an feilge-
2588 botenen Lebensmitteln landet ein Großteil am Ende als bloße „Zierde“ zur
2589 Verkaufsförderung im Müll. Wir wollen darauf hinwirken, dass der Handel
2590 hier in einer konzertierten Aktion ansetzt. Wir wollen Aufklärungsarbeit bei
2591 den Verbrauchern betreiben und das notwendige Verständnis schaffen.
 - 2592
 - 2593 ○ **Für bewussten Konsum:** Wir wollen in öffentlichen Kantinen daher darauf
2594 hinwirken, dass sich Menüauswahl, Portionsgröße und Art der angebotenen
2595 Portionierung individuell am Gast orientieren, so dass möglichst wenige Es-
2596 sensreste entstehen. Hygiene- und Sicherheitsvorschriften haben absoluten

Vorrang, sollten aber im Hinblick auf den Versuch der Reduzierung von Lebensmittelverschwendung kritisch überprüft werden (z.B. bei Wiederverwendung von Lebensmitteln). Außerdem sollte es in Restaurants, aber auch in öffentlichen Kantinen der Regelfall sein, dass der Gast die Essensreste mit nach Hause nehmen kann.

- **Sichtbarkeit für Vorbildunternehmen schaffen:** Ein Zertifizierungsprozess zur Kennzeichnung von Kantinen, die sich besonders in diesem Bereich engagieren, schafft darüber hinaus Transparenz beim Verbraucher und eröffnet öffentlichen Kantinen sowohl die Chance zum Imagegewinn als auch zur Kostenreduzierung. Wir wollen Anreize für weitere Einrichtungen im privaten Sektor schaffen, sich an freiwillig an einem solchen Prozess zu beteiligen.
- **Technische Lösungen und Forschung vorantreiben:** Kühlschränke, die etwa automatisch Waren nachordern, wenn die entsprechenden Vorräte zu Ende gehen oder die auf ein unmittelbar bevorstehendes Erreichen des Verbrauchsdatums hinweisen, können dafür geeignet sein, Lebensmittelabfälle zu vermeiden. Zur Umsetzung von „Smart Home“-Innovationen wollen wir die im Saarland vorhandene Expertise, beispielsweise an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) im Bereich der Energieeffizienz, nutzen.
- **Lokale Bündnisse gegen Lebensmittelverschwendung fördern:** Ein Zertifizierungsprozess kann im größeren Rahmen und durch Mitarbeit der kommunalen Ebene zu ähnlichen Erfolgen wie bei den „Fair-Trade-Städten“ führen. Wir wollen unter Nutzung bestehender Strukturen und Einbeziehung relevanter Akteure vor Ort dezentral und individuell auf die jeweiligen Strukturen zugeschnittene Ideen entwickeln und umsetzen. Ausgehend von der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand (Landesverwaltung, Schulen, Krankenhäuser usw.) wollen wir einen wesentlichen Beitrag zur Sensibilisierung im Bereich „Bewusster Konsum“ leisten.
- **Ernährungsbildung in Schulen betreiben:** Ernährungsbildung beginnt in der Schule. Wichtiger als eine stärkere Verankerung dieses Themenbereiches in den Lehrplänen ist das aktive und praktische Einbeziehen der Schüler an Grund- und weiterführenden Schulen durch geeignete Initiativen. Wir wollen dadurch die Schüler in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften zur Eigeninitiative ermutigen.
- **Runder Tisch:** Gemeinsam mit Akteuren aus Landwirtschaft, Produktion, Handel, dem Umwelt- und Bildungsbereich sowie Großverbrauchern wollen wir einen runden Tisch für regionale Ernährung und gegen Lebensmittelverschwendung initiieren. Wir wollen auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Lebensmittelindustrie und des Handels hinwirken, um Maßnahmen mit dem Ziel weniger Lebensmittelverschwendung umzusetzen.

- **Regionale Strukturen stärken:** Wir wollen regionale Lebensmittelproduktion und -vermarktung fördern. Dabei sollen öffentliche Kantinen auf regionale und saisonale Produkte zurückgreifen. Durch gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit wollen wir das Bewusstsein der Saarländerinnen und Saarländer für regionale Ernährung stärken.
- **Fair Trade unterstützen:** Die Stadt Saarbrücken und mehrere Landkreise haben wichtige Initiativen im Bereich des Fairen Handels unterstützt und begleitet. Durch die Auszeichnung von Saarbrücken als Hauptstadt des fairen Handels 2015 – 2017 wurde Fair Trade im Saarland nochmals weiter aufgewertet. Wir unterstützen weitere alle Maßnahmen in diesem Bereich und sehen es als besonders erfolgsversprechend an, wenn Kinder bereits in der Schule auch mit Produktionsketten von Lebensmitteln vertraut gemacht werden, die nicht aus unserer Heimat sind. Wir begrüßen zudem die weitere Vernetzung bezüglich des Fairen Handels innerhalb der Großregion und der QuattroPole.

12. Gesellschaftspolitik – Unser Programm für kulturelle Vielfalt, Lebensqualität und Meinungsfreiheit!

Sport und Kultur sind ein Band zwischen den Menschen, sie stiften Lebensqualität, Sinn und Gemeinschaftsgefühl; sie fördern die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat und sind Ausdruck der Seele einer Region. Damit es auch in Zukunft bei der bewährten Förderkulisse für Sport und Kultur im Land bleibt und insbesondere Saartoto in der Finanzierung dieser Anliegen weiterhin eine führende Rolle spielen kann, sprechen wir uns für die Beibehaltung des ordnungsrechtlichen Rahmens des aktuellen Glücksspielstaatsvertrages aus. Sport- und Kulturpolitik sind unverzichtbar, um den Strukturwandel in unserer Gesellschaft erfolgreich zu bewältigen. Aber auch die Unabhängigkeit und die Vielfalt des Medienangebotes gehören zur Grundausstattung einer offenen Gesellschaft und einer funktionierenden Demokratie. Es ist daher unser Ziel, neben der kulturellen Vielfalt in unserem Land auch die Medienvielfalt sowie die Presse- und Meinungsfreiheit zu sichern. Die mit der Digitalisierung verbundenen Chancen wollen wir nutzen, ohne die Risiken auszublenden. Wir sind stolz darauf, mit der Anhebung des ARD-Finanzausgleichs die Existenz des Saarländischen Rundfunks dauerhaft gesichert zu haben.

12.1. Für ein attraktives und breites Kulturangebot in unserem Land

- **Kultur für alle:** Kultur macht eine Region lebendig und lebenswert. Dabei gibt es für uns keine Rangordnung zwischen vermeintlich alten und sogenannten neuen Kulturen. Wir brauchen ein möglichst großes Spektrum kultureller Aktivitäten von der Breitenkultur, der freien Szene, der Kreativwirtschaft bis zur Spitzenkultur. Klassische Kultur behält ihre Bedeutung quer durch alle Altersgruppen. Daneben unter-

stützen wir alle Bestrebungen unser Land durch die Förderung von Jugend- und Clubkultur, durch Pop-Kultur und Events lebendig zu gestalten. Deshalb begrüßen wir auch die Initiative des PopRatesSaarland als wichtigen Beitrag aus der Zivilgesellschaft. Kultur meint, die ganze Palette der Lebens- und Ausdrucksformen in den Blick zu nehmen, wozu auch die Chancen der Kreativwirtschaft gehören. Im Bereich der Industriekultur gibt es zudem eine Vielzahl von Initiativen, Projekten und Akteuren. Das Weltkulturerbe Völklinger Hütte hat darin die zentrale Rolle. Das Wissen um die bergbaulichen und industriellen Wurzeln der saarländischen Identität werden wir bewahren und weiterentwickeln. Dazu gehören auch die definierten, zentralen Denkmale und Orte der Industriekultur.

- **Bestandserhaltungspakt Kultur:** Viele Kommunen befinden sich in einer schwierigen finanziellen Situation. Für die kulturellen Projekte und Institutionen ist dies eine Gefahr, weil die Kulturaufwendungen zu den steuerbaren Leistungen zählen und daher häufig von Haushaltseinsparungen bedroht sind. Es ist aber zu berücksichtigen, dass die Verfassung des Saarlandes die Förderung der Kultur durch den Staat und die Förderung der Einrichtungen der Volksbildung durch die Gemeinden, darunter ausdrücklich die Büchereien und Volkshochschulen, als Pflichtaufgabe definiert. Um diesen Interessensgegensatz in einen Ausgleich zu bringen, wollen wir mit den Kommunen einen „Bestandserhaltungspakt für die Kultur“ abschließen; damit soll gewährleistet werden, dass kulturelle Projekte und Institutionen auf Planungssicherheit vertrauen können. Als ersten Schritt hat die Ministerpräsidentin einen Kultursicherungsfonds aus Toto-Mitteln aufgelegt, mit dem bedeutende Institutionen, Projekte und Festivals abgesichert werden können. Damit die finanzielle Grundausrüstung weiter gesichert ist, werden wir diesen Kulturfonds verstetigen. Um den Bestand an Bibliotheken, Volkshochschulen, Musik- und Kunstschulen abzusichern, wollen wir festschreiben, dass die Kommunen einen Anteil von mindestens 1 Prozent des Haushaltes dauerhaft für diese Aufgaben verwenden dürfen und dieser vor Einsparvorgaben geschützt ist.
- **Sicherheit für unsere kulturellen Leuchttürme:** Das Saarländische Staatstheater soll als 3-Sparten-Haus auf hohem künstlerischen Niveau erhalten bleiben. Die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz kann nach ihrer Konsolidierung und der Fertigstellung der Erweiterung der Modernen Galerie ein attraktives Ausstellungsprogramm entwickeln. Die beiden künstlerischen Hochschulen bleiben – ebenso wie die Deutsche Radiophilharmonie und Initiativen der freien Szene – feste Bestandteile unserer Bildungs- und Kulturlandschaft; dazu gehören aber auch lebendige Festivals. Deshalb haben wir das Max-Ophüls-Festival und die „Perspectives du Theatre“ durch zusätzliche Landes- und eingeworbenen Bundesmittel zukunftsfest gemacht. Die Festivallandschaft im Saarland, die auch durch private und kommunale Initiativen wie den „Zeltpalast Merzig“, die Mettlacher „Kammermusiktage“, die „Tage für Alte Musik“, „Musik im 21. Jahrhundert“, die St. Ingberter und St. Wendeler Jazz-Tage, „Rocco del Schlacko“, „Electro Magnetic“ und „UrbanArt HipHop“ lebt, werden wir ergänzen durch die Förderung und Etablierung des neuen Festivals „Colours of Pop“ und einer neuen Klassik-Biennale.

- 2733 ▪ **Breitenkultur und kulturelle Bildung:** Wir haben die Förderung der Landesakade-
2734 mie für musisch-kulturelle Bildung verstetigt und werden dies in Zukunft fortsetzen,
2735 wobei von dieser eine feste Einbindung mit gezielten Angeboten der kulturellen Bil-
2736 dung erwartet wird. Auch die Kinder- und Jugendtheater leisten einen wichtigen Bei-
2737 trag in der Kulturellen Bildung; deshalb werden sie weiter gefördert. Leseförderung
2738 wird in der „Erzieher- und Grundschullehrer-Ausbildung“ als Schwerpunkt verankert.
2739 Wir werden sicherstellen, dass in der Ausbildung der Grundschullehrer weiterhin ein
2740 Schwerpunktbereich Musik und ästhetische Bildung (ebenso wie Sport) ermöglicht
2741 wird. Ebenso unterstützen wir das Fortbildungsangebot von Landesakademie für
2742 musisch-kulturelle Bildung und LPM für Erzieher/-innen und Grundschullehrer/-in-
2743 nen. In der gymnasialen Oberstufe werden wir bei der Wahlmöglichkeit der Abitur-
2744 fächer und E-Kurse dafür sorgen, dass auch die kulturellen Fächer und Sport gleich-
2745 rangig wie alle anderen Fächer behandelt werden. Außerdem prüfen wir die Möglich-
2746 keit, in Anlehnung an das Landessportgymnasium ein Landesmusikgymnasium auf-
2747 zubauen. Die Volkshochschulen ermöglichen flächendeckend allen Bürgerinnen und
2748 Bürgern einen niedrighschwelligigen Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten.
2749
- 2750 ▪ **PopRatSaarland:** Popkultur steht für spannende Events, ein modernes Lebensgefühl
2751 und kulturelle Vielfalt. Vor allem junge Menschen nehmen oft weite Wege auf sich,
2752 um spektakuläre Inszenierungen und attraktive Live-Acts zu besuchen. Das wirt-
2753 schaftliche Potenzial der Popkultur und ihr möglicher Beitrag zur Imageverbess-
2754 erung des Saarlandes ist in der Vergangenheit noch nicht ausreichend genug genutzt
2755 worden. Wir wollen die Popkultur als wichtiges Kulturgenre anerkennen und fördern.
2756 In ihren verschiedenen Ausprägungen in den Bereichen Musik, Mode, Literatur, Film,
2757 Foto, darstellende Kunst, Comic, Urban und Street Art hat Popkultur ein großes
2758 künstlerisches Potenzial; dieses über tradierte wie innovative Vertriebs- und Kom-
2759 munikationswege wirkmächtig zu kommunizieren, wird künftig eine wichtige Auf-
2760 gabe unserer Kulturpolitik sein. Gemeinsam mit dem PopRatSaarland, als wichtige
2761 private Initiative aus der Zivilgesellschaft, wollen wir eine strategisch angelegte Pop-
2762 kultur-Förderung und entsprechende Projekte entwickeln, die gemeinsam umge-
2763 setzt werden können.
2764

2766 12.2. *Freie Medien im Dienste der Gesellschaft*

- 2768 ▪ **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk:** Wir wollen eine funktionsfähige duale Rundfunk-
2769 ordnung mit privaten Rundfunkveranstaltern und einem starken öffentlich-rechtli-
2770 chen Rundfunk, der mit politischen und tagesaktuellen Informationen die publizis-
2771 tisch-kulturelle Grundversorgung in unserem Land sichert. Wir sichern – wie bisher
2772 auch – die Eigenständigkeit des Saarländischen Rundfunks, der die Information mit
2773 saarländischen Themen sichert und zum Heimatgefühl und Identität der Bevölke-
2774 rung quer durch alle Altersgruppen beiträgt. Auch das ZDF leistet einen wichtigen
2775 Beitrag zur Förderung der Meinungsvielfalt.
2776
- 2777 ▪ **Medienaufsicht:** Die Landesmedienanstalt Saarland setzt wichtige Impulse für die
2778 Entwicklung des Medienstandortes Saarland. Neben ihren Aufgaben im Bereich der

Medienregulierung leistet sie wichtige Beiträge in der Medienkompetenzförderung wie etwa die Internetqualifizierungskampagne „Onlinerland Saar“ oder auch das Projekt „Media&Me“; gleichzeitig übernimmt sie unverzichtbare Aufgaben der Medienstandort- und Filmförderung wie z.B. die grenzüberschreitende Filmmotivdatenbank „Location-Guide“ und das Filmproduktionsdienstleisterverzeichnis „Production Guide“. Wir stehen zur eigenständigen, regional verankerten Landesmedienanstalt Saarland.

- **Presse- und Medienkonzentration:** Bei der Presse sehen wir die bundesweit zunehmende Konzentration am Zeitungsmarkt kritisch. Das Organisationsmodell des Presse-Grosso hat bisher flächendeckend den diskriminierungsfreien und „netzneutralen“ Zugang zu Presseprodukten gewährleistet; wir begrüßen daher die „Gemeinsame Erklärung“ der Verlagswirtschaft. Wir werden prüfen, ob – z.B. im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Rechtsprechung – eine gesetzliche Stärkung des neutralen Pressevertriebs notwendig wird. Mit Blick auf die wachsende Bedeutung von Intermediären und Plattformanbietern für unsere Medienordnung werden wir prüfen, wie im Hinblick auf die in diesen Bereichen z.T. bereits stark vorgeschrittenen Marktkonzentrierung eine Weiterentwicklung des Medienkonzentrationsrechts und eine Stärkung der zuständigen Einrichtung zum Schutz der Medienvielfalt, der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK), möglich ist.
- **Jugend-Medienschutz:** Allein mit straf- und medienrechtlichen Mitteln ist der Kampf gegen den Hass im Internet nicht zu gewinnen. Es kommt darauf an, die Werte unseres Grundgesetzes im Meinungsstreit entschlossen zu verteidigen, für eigene Überzeugungen mit Argumenten zu werben, Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen und berechtigte Anliegen aufzugreifen und allen Versuchen, Hass und Gewalt in die Gesellschaft zu tragen, entschlossen zu begegnen. Wir achten das Zensurverbot, unterstützen aber mit Nachdruck die Arbeit der KJM (Kommission für Jugendmedienschutz), der Landesmedienanstalten und das gemeinsam mit den Obersten Landesjugendschutzbehörden getragene „Jugendschutz.net“ sowie die Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle.
- **Gegen Hass im Internet:** Wir setzen uns für einen besseren Schutz vor Hass-Angriffen in sozialen Netzwerken ein. Das Netz darf nicht dazu beitragen, dass Menschen im Schutz der Anonymität Straftaten begehen. Persönlichkeitsverletzende oder strafbare Kommentare sind durch die Anbieter von Kommunikationsplattformen zeitnah zu löschen. Daher wollen wir prüfen, inwiefern das Telemediengesetz des Bundes entsprechend ergänzt werden kann. Außerdem wollen wir prüfen, wie Anbieter von Online-Plattformen, die ihren Sitz nicht in Deutschland haben, verpflichtet werden können, bei Straftaten im Netz die IP-Adresse der verdächtigten Person zeitnah an die Polizei zu übermitteln.
- **Gegen Terrorwerbung im Netz:** Wer im Netz Werbung für eine terroristische Vereinigung betreibt und seine Sympathie dafür ausdrückt, muss konsequent bestraft werden. Solche Sympathiebekundungen sind der geistige Nährboden für terroristi-

sche Gewalt; sie müssen auch dann strafbar sein, wenn gegen eine solche Organisation noch kein vereinsrechtliches Betätigungsverbot besteht. Es reicht nicht aus, auf Vereins- oder Betätigungsverbote nach dem Vereinsgesetz zu warten; Terror-Werbung ist mit unserer Werteordnung so unvereinbar, dass sie aus sich heraus strafbar sein muss.

12.3. *Gegen Fehlentwicklungen im Glücksspiel – Lotteriemonopol verteidigen*

- Für uns ist Glücksspiel kein wirtschaftliches Gut wie jedes andere, sondern mit besonderen Risiken und Gefahren verbunden. Deshalb betrachten wir Fehlentwicklungen im Glücksspiel mit Sorge. Wir lehnen eine weitgehende Kommerzialisierung und Liberalisierung des Glücksspielsektors ab und plädieren für die Aufrechterhaltung des Lotteriemonopols unter strikter Beachtung von Verbraucher-, Spieler- und Jugendschutz und unter klarer Festlegung einer gemeinwohlorientierten Verwendung der Erträge.

12.4. *Für ein Zusammenspiel von Breiten- und Spitzensport in unserem Land*

- **Sport tut gut:** Der Sport hat gerade für Kinder und Jugendliche einen hohen pädagogischen Wert. Denn hier werden Tugenden wie Fairness, Teamgeist, Einsatzfreude und Zielstrebigkeit eingeübt. Der Sport leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Gerade der vereinsorganisierte Sport ist in der Lage, Integrationsprozesse anzustoßen und das soziale Miteinander und das wechselseitige Verständnis unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu fördern; neben der Integration gilt dies auch für die Förderung der Inklusion.
- **Breitensport:** Wir werden die Förderung des Breitensports auf dem bestehenden Niveau fortsetzen und so auch in Zukunft über die Sportplanungskommission für eine hochwertige Infrastruktur sorgen:
 - „**Sportachtel**“: Das dem Landessportverband zustehende Budget aus den Erlösen der Saarland-Sporttoto GmbH (Saartoto) ermöglicht dem Saar-Sport eine im bundesweiten Vergleich einmalige Förderpolitik. Daher können sich die ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen unserer Unterstützung weiterhin sicher sein.
 - **Schulsport:** Daher werden wir die erfolgreich eingerichteten Kooperationen zwischen Sportvereinen, Kindergärten und Schulen weiter ausbauen, wir werden die starke Stellung des Schulsports innerhalb des Unterrichtsangebots beibehalten und durch die Veranstaltung von Schulsportwettkämpfen die Jugendlichen zur sportlichen Betätigung auch über den Schulsport hinaus motivieren.

- **Prävention:** Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass sich ein hoher Prozentsatz der anfallenden Kosten im Gesundheitssystem durch Prävention vermeiden lässt. Zugleich ist unstrittig, dass Bewegung und Sport zentrale Bestandteile einer erfolgreichen Prävention sind. Wir werden daher die bestehenden Angebote und Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit erhalten und ausbauen.
- **Inklusion:** Als wichtiger Teil des gesellschaftlichen Lebens sehen wir durch den organisierten Sport die Aufgabe, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und die Inklusion im organisierten Sport weiter voranzubringen. Wir werden weiterhin die verbindende Wirkung des Sports, insbesondere bei der Inklusion von Behinderten und der Integration von Ausländern, herausstellen.
- **Spitzensport:** Die Spitzenvereine im Saar-Sport werden durch den Förderausschuss Spitzensport weiterhin finanziell unterstützt. Dabei ist ein Kriterium für die Förderung die qualifizierte und engagierte Jugendarbeit. Gerade hier erweist sich die Kooperation zwischen Schulen und Sportverbänden als wegweisend für die Auswahl und die gezielte Förderung von jungen sportlichen Talenten. Unseren Erfolgskurs im saarländischen Spitzensport wollen wir fortsetzen:
 - **Professionelle Talentförderung:** Mit dem Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland, der Hermann-Neuberger-Sport-Schule, dem Institut für Sport- und Präventivmedizin und dem sportwissenschaftlichen Institut an der Universität des Saarlandes wurde in den letzten Jahren ein eng vernetztes Sportkompetenzzentrum von Exzellenzniveau aufgebaut. Das Saarland wurde damit zu einer renommierten Adresse für Spitzensportler aus aller Welt. Zu diesem Netzwerk gehört auch das Gymnasium am Rotenbühl, dem im Jahre 2005 vom Deutschen Olympischen Sportbund das Gütesiegel „Eliteschule des Sports“ verliehen wurde und das, unterstützt vom Landessportverband für das Saarland, professionelle und systematische Talentförderung betreibt.
 - **Ein neues Stadion für das Land:** Unser Land braucht ein modernes und dem heutigen Stand entsprechendes Sportstadion. Wir unterstützen daher alle Bemühungen zur Realisierung eines multifunktionalen Sportstadions als Visitenkarte des Landes wie des gesamten Spitzensports.
- **Rechtssicherheit im Ehrenamt:** Entscheidende Grundlage für den Sport ist das Engagement tausender Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler in unserem Land. Ehrenamtliche Vereins- und Vorstandsarbeit werden aber immer umfangreicher und komplexer; das macht es schwieriger, die Vereine rechtssicher zu führen. Mögliche Haftungsrisiken schrecken diejenigen ab, die ein Ehrenamt oder den Vorsitz eines Vereines übernehmen möchten. Deshalb unterstützen wir die Initiative des Landessportverbandes, ein möglichst risikofreies und rechtssicheres Ehrenamt über ein Kompetenzzentrum Ehrenamt zu ermöglichen. „Ehrenamt ohne Risiko“ ist das

Motto. Das Kompetenzzentrum Ehrenamt des LSVS stellt ein Netzwerk an versierten Rechtsanwälten, Steuerberatern und Versicherungsexperten beratend zur Seite. Der Vereinsberater des LSVS ist erster Ansprechpartner und übernimmt die weitere Koordination mit den Experten. Ergänzend dazu stellt das Land den notwendigen ergänzenden Versicherungsschutz sicher. Das Land hat eine Haftpflicht-Sammelversicherung für ehrenamtlich Engagierte im Saarland abgeschlossen. Dadurch sind in pauschaler Form auch alle ehrenamtlich und freiwillig Engagierte abgesichert, die gemeinwohlorientierte Tätigkeiten in rechtlich unselbständigen Einrichtungen ausüben.

13. Kommunal- und Europa-Politik – Unser Programm für Heimat, Toleranz und gute Nachbarschaft!

Die Globalisierung macht uns bewusst, wie gut und wertvoll es ist, in seiner Heimatregion fest verankert zu sein. Weltoffenheit und regionale Verwurzelung sind für uns keine Widersprüche – im Gegenteil! Für uns gilt das Motto „Im Saarland daheim – in Europa zuhause“! Wir sind überzeugt: die unmittelbare örtliche und regionale Umgebung, ihr Werden und ihre Veränderungen zu entdecken, hilft jungen Menschen, sich besser in einer komplexen Welt zu Recht zu finden. Gleichzeitig pflegen wir als europäische Kern- und Grenzregion seit je her engste wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Verbindungen zu unseren Nachbarn; deshalb macht uns die Krise der Europäischen Union große Sorgen. Das Saarland ist unsere Heimat, Europa ist unser Schicksal und unsere Bestimmung.

13.1. Heimat wird nie unmodern!

- **Kinderbaubonus für Familien und bessere Förderung selbstbestimmten Wohnens im Alter:** Wir wollen gezielt junge Menschen dabei unterstützen, selbstgenutztes Wohneigentum zu bilden und damit ein Heim für ihre Familie zu schaffen. Wo Menschen Familien gründen und dadurch Heimat entsteht, wollen wir dies zukünftig finanziell stärker fördern. Daher werden wir ab 2020 beim Erwerb oder Schaffung selbstgenutzten Wohnraums für jedes Kind einen Kinderbaubonus in Höhe von 2.000 Euro in Form eines Tilgungszuschusses schaffen. Die zu erwartende Belastung für den Landeshaushalt beträgt ca. 15 Mio. Euro. Durch die stärkere finanzielle Förderung von baulichen Maßnahmen zur Barrierefreiheit und die altersgerechte Anpassung von Wohnraum werden wir bereits mit Beginn der Legislaturperiode ältere Menschen dabei unterstützen, selbstbestimmt länger zuhause wohnen zu können.
- **Heimat als politisch-kultureller Wert:** Die Chancen der Globalisierung zu nutzen und gleichzeitig die damit verbundenen negativen Auswirkungen zu beherrschen, erfordert nach unserer festen Überzeugung eine Rückbesinnung auf den Wert von Heimat und kultureller Identität. Heimat schafft Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektive. „Sicherheit“ umfasst dabei alle Lebensbereiche. Heimat ist

mehr als die Besinnung auf lokale und regionale Verwurzelung. Heimat ist Lebensgefühl und Zukunftsorientierung. Unsere geschichtliche Vergangenheit, aber auch unsere gesellschaftliche und kulturelle Gegenwart tragen zu dem bei, was Heimat ausmacht. Das macht unser Land unverwechselbar, gibt ihm Charakter und Identität.

- **Pflege unserer heimatlichen Kultur:** Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Heimatkunde im Sachunterricht der Grundschule wieder einen höheren Stellenwert bekommt. Die historisch-heimatkundlichen Vereine und Verbände werden wir weiterhin unterstützen. Um deren wichtige Arbeit noch besser sichtbar zu machen und zu würdigen, werden wir einen „Landespreis Saarländische Heimat und Geschichte“ ausloben. Wir machen uns daher stark für die Pflege unseres vielfältigen Kulturgutes sowie den Erhalt und die Weitergabe unserer Traditionen. Dazu gehört unsere Geschichte als Land im Herzen Europas ebenso wie die saarländische Mundart und das bergbauliche Erbe.

13.2. Heimat gelingt nur in lebendigen Kommunen!

- **Starke und leistungsfähige Kommunen:** Unsere Antwort auf Globalisierung sind intakte kommunale Strukturen; sie machen unser Land stark. In Krisenzeiten haben die Kommunen bewiesen, dass sie die Probleme vor Ort lösen: In der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Kommunen aufgrund der Konjunkturpakete des Bundes schnell und nachhaltig investiert und für die notwendigen konjunkturellen Impulse gesorgt. Bei Katastrophen, Hochwasser, Unfällen ist auf die Kommunen Verlass. Beim Flüchtlingszustrom ist in den Kommunen angepackt worden und Integration wird nur vor Ort gelingen. Deshalb brauchen wir auch in Zukunft starke und leistungsfähige Kommunen.
- **Für ein modernes kommunales Leitbild:** Ob sich Menschen vor Ort wohlfühlen und in einer globalisierten Welt in den Gemeinden und Nachbarschaften Heimat finden, hat viel mit Wohlstand, sozialer Absicherung und dem Zusammenhalt der Menschen zu tun. Bildungs- und Betreuungsangebote, Kultur- und Sozialeinrichtungen, Vereine und Nachbarschaftsnetzwerke machen vor Ort die Lebensbedingungen aus. Kommunale Selbstverwaltung braucht dafür eigene Einnahmequellen, größere Anteile am bestehenden Steueraufkommen und mehr Gestaltungsräume. Bei der Daseinsvorsorge muss die kommunale Hoheit gestärkt werden. Kommunale Selbstverwaltung soll selbst den notwendigen Leistungsrahmen bestimmen und über eine möglichst effiziente Leistungserbringung entscheiden. Heimat gelingt nur mit lebendigen, handlungsfähigen und starken Kommunen; dies erfordert die Orientierung an einem modernen kommunalen Leitbild:
 - **Infrastruktur in öffentlicher Hand:** Für uns gehört die notwendige kommunale Infrastruktur vorrangig in öffentliche Hände; kritische Infrastruktur erst recht. Dabei können Infrastruktur und Betrieb getrennt sein. Öffentlich-rechtliche Ausschreibungen sichern Wettbewerb und Qualität. Infrastruktur

3006 muss langfristig erhalten, angepasst und ausgebaut werden. Notwendige Inf-
3007 rastruktur ist kein beliebiges Wirtschaftsgut und darf den demokratisch legi-
3008 timierten Verfügungsbereich nicht verlassen. Zur Überwindung des Investi-
3009 tionsstaus in der Infrastruktur kann eine Infrastrukturgesellschaft in öffentli-
3010 cher Hand erhebliche finanzielle Mittel von institutionellen Anlegern und der
3011 öffentlichen Hand mobilisieren, ohne dass Privatisierungen notwendig wä-
3012 ren. Wir brauchen langfristig sichere Rahmenbedingungen, die die Investiti-
3013 onsnotwendigkeit anerkennen und die Investitionsfähigkeit fördern. Die Ent-
3014 wertung kommunalen Vermögens muss verhindert werden.

- 3015
- 3016 ○ **Neue Infrastrukturen:** Um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben,
3017 brauchen wir eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Der beschleunigte
3018 Breitbandausbau mit Glasfaser ist daher ein Leitprojekt von Land und Kom-
3019 munen. Gerade im ländlichen Raum, wo sich Breitbandausbau wirtschaftlich
3020 noch nicht lohnt, brauchen wir Anreize zum Ausbau der Glasfaserinfrastruk-
3021 tur. Beim zukünftigen Verkehrswegebau müssen gleichzeitig intelligente
3022 Netze und Verknüpfungen geplant werden. Glasfasernetze sind sozusagen
3023 die Trinkwasserleitungen von morgen.

- 3024
- 3025 ○ **Bezahlbarer Wohnraum:** Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Da-
3026 bei gilt: Wohnraum muss insbesondere für junge Menschen und Familien be-
3027 zahlbar bleiben, aber nicht jeder wird zum günstigen Preis in gefragten
3028 Wohnanlagen leben können. Es kann nicht alleine Aufgabe der Kommunen
3029 sein, über eigene Wohnungsbaugesellschaften bezahlbaren Wohnraum zu
3030 schaffen. Hier sind alle Akteure der Wohnungswirtschaft gefordert. Wir brau-
3031 chen aber vor allem steuerliche Anreize, erhöhte Abschreibungen für den
3032 Wohnungsbau (auch für Bestandsimmobilien), Anreize zur Baulandmobilisie-
3033 rung, eine neue Eigenheimförderung und eine Reduzierung von Vorgaben
3034 und Standards zur Senkung von Baukosten.

- 3035
- 3036 ○ **Keiner fällt durchs Netz:** Geborgenheit beginnt zu Hause. Eltern stehen in
3037 der Pflicht und müssen sich Unterstützung holen, wenn sie überfordert sind;
3038 Nachbarn und Bekannte, Erzieher und Lehrer dürfen aber auch nicht weg-
3039 schauen, wenn Kinder und Jugendliche sich radikalieren oder in kriminelle
3040 Kreise geraten. Bildung, insbesondere politische Bildung, hat bei allen Betei-
3041 ligten eine zentrale Aufgabe. Auch deshalb setzen wir uns dafür ein, dass
3042 kommunale Bildungsangebote flächendeckend und differenziert angeboten
3043 werden. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung in Teilen un-
3044 seres Landes ist eine gute Bildungsinfrastruktur von hoher Bedeutung. Über
3045 frühe Hilfen und sogenannte niederschwellige Angebote, auch für Mütter
3046 und Väter, soll ein Abdriften von Jugendlichen frühzeitig erkannt und verhin-
3047 dert werden.

- 3048
- 3049 ○ **Kommunale Lebenswelten für Kinder und Jugendliche:** Die Kinder- und Ju-
3050 gendhilfe muss rechtzeitig mit einer frühen Familienförderung beginnen, um
3051 zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche in Situationen geraten, aus denen

sie nur mit erheblich größerem Aufwand wieder herauskommen. Neben Beratungen von Familien sind Nachmittagsbetreuung und Ferienangebote elementarer Bestandteil einer Kinder- und Jugendhilfe. Dabei ist klar, dass vor allem im ländlichen Raum nicht in jedem Dorf eigene Einrichtungen und Angebote vorgehalten werden können. Umso wichtiger ist es, dort die Kinder- und Jugendhilfe mit Angeboten zur Steigerung der Mobilität zu verknüpfen.

▪ **Ein starkes Saarbrücken, das seiner Rolle als Landeshauptstadt gerecht wird:**

Saarbrücken ist die einzige Großstadt des Saarlandes und das Oberzentrum der Großregion. Deshalb ist die Entwicklung der Landeshauptstadt von großer Bedeutung für unser Land. Ebenso wie Entscheidungen auf Landesebene stark die Stadt betreffen, haben städtische Entscheidungen Auswirkungen auf das Land. Deshalb ist es notwendig auf allen Ebenen Kooperationsformen zu suchen und die gemeinsamen Interessen und Kräfte zu bündeln. Saarbrücken muss als Landeshauptstadt seiner Rolle als Motor gerecht werden, insbesondere als Regierungs- und Parlamentssitz und im partnerschaftlichen Zusammenspiel mit den anderen Saarländischen Kommunen.

Die Landeshauptstadt Saarbrücken hält ebenso wie der Regionalverband bestimmte Infrastruktureinrichtungen für das gesamte Land vor. Gerade der Großraum Saarbrücken hat eine ambivalente Stellung. Er ist kulturelles, wirtschaftliches und politisches Zentrum des Saarlandes und erfährt Förderung, aber trägt auch Lasten für das gesamte Land. Beispiele sind die Katastrophenabwehr mit der besonders geschulten und ausgerüsteten Berufsfeuerwehr, das Drogenhilfezentrum für das gesamte Saarland, die Saarbahn oder Hauptstadtfunktionen durch kommunal vorgehaltene Infrastruktur wie die besondere Gewichtung der deutsch-französischen Kooperation und des kulturellen Angebots. Gerade im Verdichtungsgebiet des Großraums Saarbrücken wollen wir untersuchen, wer welche Leistungen für wen erbringt und wie sich zukünftig das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis realisieren lässt. Ein einfacher und zügig umzusetzender Schritt ist der konsequente Abbau von Doppelstrukturen. Gerade im Ballungszentrum Saarbrücken kann Sparpotenzial gehoben werden, ohne dass dies zu Qualitätsverlusten führt.

Saarbrücken muss sich als Standort von Forschung, Lehre, Wirtschaft und Arbeit ebenso wie als sozialer und kultureller Lebensraum im Wettbewerb mit anderen Großstädten der Nachbarregionen behaupten können. Deshalb wollen wir eine rasche Entscheidung über die politischen Prioritäten und die Dimensionierung bei der Umsetzung von Leitinvestitionen im Großraum Saarbrücken; dies betrifft folgende Projekte:

- Damit sich die HTW in Alt-Saarbrücken – die wegen steigender Studentenzahlen dringenden Erweiterungsbedarf hat – auf ein benachbartes Gelände der Stadtwerke ausdehnen und sich der City-Campus weiterentwickeln kann, bedarf es im Interesse von Stadt und Land einer einvernehmlichen und zügigen Einigung, mit Blick auf den Flächenerwerb durch das Land.

- Um den Campus der Universität des Saarlandes hat es in den vergangenen Jahren eine dynamische Entwicklung im Aufbau von forschungsnahen Instituten und entsprechenden Ausgründungen gegeben. Um diese Entwicklung zu verstetigen und zukünftige Gründungen zu ermöglichen müssen zusätzliche Flächen geschaffen werden. Gemeinsam mit der Landeshauptstadt wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass im direkten Umfeld des Campus weitere Entwicklungsflächen entstehen.
- Die CDU Saar hält an den Planungen zur Bündelung der Polizeiinfrastruktur in einer Großinspektion am Standort Mainzer Straße fest. Gemeinsam mit der Stadt soll der städtebauliche Rahmen erarbeitet werden.
- Saarbrücken soll Kongress- und Messestandort bleiben. Die Landeshauptstadt als Eigentümerin der Saarmesse GmbH konnte bisher keine zielführenden Vorschläge zur zukünftigen Positionierung im Messegeschäft machen. Wir wollen zügig die Vorlage eines inhaltlichen und räumlichen Konzepts, auf dessen Basis Stadt und Land, Saarmesse GmbH und CCS eine Neuausrichtung vornehmen und daraus resultierende Investitionen planerisch angehen können.

13.3. Europa als Auftrag und Bestimmung

Angesichts der globalen Entwicklung ist ein geeinigtes und starkes Europa wichtiger denn je. Es geht um Menschenrechte, Freiheit, Frieden und Wohlstand in Europa und in der Welt. Die saarländische Landesregierung wird deshalb alles in ihrer Kraft Stehende tun, um die Europäische Integration weiter voranzutreiben. Dies geschieht durch eine tatkräftige und pragmatische Politik des gelebten Europa in unserer Großregion und durch konsequente politische Einflussnahme in Berlin oder in Brüssel.

- **Frankreich- und Europa-Kompetenz:** Gerade die deutsch-französische Verständigung und die europäische Zusammenarbeit gehören für uns als Europa-Partei zum Kernbestand unserer politischen Identität. Diesem politischen Auftrag fühlen wir uns in besonderer Weise durch die deutsch-französische Zusammenarbeit mit Frankreich und die grenzüberschreitenden Beziehungen zu unseren Nachbarn in der Großregion SaarLorLux verpflichtet. Unser ausdrücklicher politischer Wille ist es, dies in allen relevanten Bereichen für ein harmonisches und prosperierendes Zusammenwachsen dieser europäischen Grenzregion auszubauen – von der Gesundheitsversorgung über bessere Kriminalitätsbekämpfung und attraktiveren ÖPNV bis hin zur Zusammenarbeit in Sport, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft. Wir sind stolz auf die Rolle, die das Saarland auf europäischer Ebene, in Frankreich und in der Großregion spielt. Die anerkannten Erfolge der Ministerpräsidentin als Bevollmächtigte für die deutsch-französische Zusammenarbeit zeigen: Gutnachbarschaftliche Beziehungen zahlen sich kurz- und langfristig aus. Wir werden unsere angesehenen politischen Kontakte in der Großregion, in Brüssel und in Paris auf allen Ebenen weiter ausbauen und vertiefen.

Unser Ziel muss eine alltagstaugliche Region im Herzen Europas sein, das seine Brücken- und Vermittlerrolle zwischen den Nachbarstaaten nutzen kann: So verstehen wir im Saarland ein „Europa im Kleinen“, das den Menschen grenzüberschreitende Freizügigkeit, Sicherheit, Wohlstand und Entwicklungsperspektiven bieten kann.

- **Ausrichtung unserer Frankreich-Strategie:** Wir wünschen uns ein internationales, weltoffenes und mehrsprachiges Saarland. Mit der erfolgreich eingeleiteten Frankreich-Strategie wollen wir vor allem die deutsch französische Zweisprachigkeit im ganzen Land und über alle Generationen hinweg zum Bestandteil unserer täglich erlebbaren und erfahrbaren Alltagskultur machen. Unsere Vision: Innerhalb von einer Generation sollen junge Menschen unser Nachbarland als ganz selbstverständliche Zukunftsperspektive für ihre eigenen Lebenschancen begreifen. Dabei handelt es sich nicht um eine Französisch-Strategie. Es geht vielmehr um eine gelebte europäische Mehrsprachigkeit mit unserer Amts- und Bildungssprache Deutsch, unserer Nachbarsprache Französisch und der lingua franca Englisch, ganz im Sinne von: Mehr Sprachen – mehr Chancen für das Saarland und seine Menschen.
- Was in Luxemburg mit seiner natürlich gelebten Mehrsprachigkeit möglich ist, wollen wir im Laufe einer Generation auch im Saarland erreichen. Dieses Ziel gelebter Mehrsprachigkeit wird von vielen gesellschaftlichen Akteuren mitgetragen. Im Sinne des „saarländischen Weges“ wollen wir die Frankreich-Strategie mit den Kommunen, Kammern, Hochschulen, Vereinen und Verbänden unseres Landes gemeinsam weiterentwickeln und umsetzen.
- **Umsetzung unserer Frankreich-Strategie:** Ein zentraler Punkt der Umsetzung unserer Frankreich-Strategie ist die konsequente Vermittlung der Nachbarsprache von klein an. Wir wollen die bilingualen Sprachangebote, die bereits heute 40 Prozent der Kindergärten anbieten, konsequent im ganzen Land ausbauen; in den nächsten fünf Jahren soll in allen Kindergärten unseres Landes ein bilinguales Sprachförderprogramm umgesetzt werden und substanzielle Fortschritte bei der flächendeckenden Einführung der Mehrsprachigkeit sicherstellen. Darüber hinaus werden die beschlossenen Kooperationsmaßnahmen zur Förderung der Nachbarsprache mit der neuen Region „Grand Est“ anpassen. Der Austausch und das Kennen der europäischen Nachbarn in der Großregion SaarLorLux muss auf allen schulischen und beruflichen Ebenen durch praktische Begegnungsmaßnahmen systematisch ausgebaut werden, von Schulausflügen über Berufspraktika bis hin zu Sprachzertifikaten. Besonders die kulturellen und sportlichen Begegnungen können dabei eine wichtige verbindende Rolle spielen.
- **Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit:** Wir lassen uns von den Krisen der „großen europäischen Politik“ nicht entmutigen. Wir wissen, dass Europa gelebt werden muss und setzen auf die prägende und friedensstiftende Wirkung des täglichen Miteinanders in den europäischen Grenzregionen. Die vielen Fortschritte der Zusammenarbeit belegen: Das Saarland lebt mit seinen Nachbarn ein echtes „Europa im Kleinen“ zum Wohle der Menschen. Deshalb wollen wir als europäische „Schengen-Region“ die Chancen der grenzüberschreitenden Mobilität für noch mehr

Menschen nutzbar und erlebbar machen, die bereits heute 220.000 Menschen in der Großregion täglich für sich ergreifen. Wir wollen die Regelungen bzw. Vereinbarungen zum grenzüberschreitenden Arbeits- und Ausbildungsmarkt ausbauen und vereinfachen; unser Ziel ist dabei der weitere Abbau der Hürden für Auszubildende, Berufspendler und Unternehmen. Das Angebot an deutsch-französischen Berufsausbildungsgängen soll ebenso wie die bessere öffentliche Verkehrsverbindung gesichert und erweitert werden.

Die wirtschaftlichen Kooperationspotenziale in innovativen Branchen wollen wir grenzüberschreitend besser verzahnen und eine grenzüberschreitende Cluster-Politik fördern, insbesondere für silver economy, Automotive und Logistik.

Hierzu ist besonders in der Grenzregion ein Raum der Sicherheit und der Freiheit bei offenen Grenzen unabdingbar; die vertrauensvolle und bewährte Kooperation unserer Sicherheitskräfte muss zusammen mit unseren Nachbarstaaten fortentwickelt und den heutigen rechtlichen und operativen Erfordernissen angepasst werden.

Die exzellente grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen braucht stärkere Erkennbarkeit, um das Profil als „Kompetenz-Region“ für europäische Angelegenheiten und Lösungen auch auf EU-Ebene sichtbarer werden zu lassen.

In Fortsetzung des europäischen Kulturhauptstadtjahres 2007 (Luxemburg und Großregion) sollte das Europäische Jahr des kulturellen Erbe 2018 (ECHY) für eine weitere Vertiefung der Kulturkooperation genutzt werden. Attraktive Angebote sollen möglichst vielen Bewohnern der Großregion ebenso wie auswärtigen Touristen die kulturelle und touristische Einmaligkeit dieser Grenzregion konkret erlebbar werden lassen.

Auch unsere Schulen leisten vorbildliche Arbeit im Bereich der Frankreich- und Europa-Kompetenz der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen für die Schulen, die sich in besonderer Weise für die europäische Idee engagieren, ein Zertifikat schaffen, das dazu beiträgt, die Qualität ihres Angebots zu sichern und auszubauen. Wir wollen, dass sich auch im Saarland Schulen als „Europaschule“ zertifizieren lassen können.

- **Europäische Fördermittel:** Wir freuen uns über den Aufwuchs an EU-Fördermitteln von bisher 105 auf 140 Mio. Euro für die grenzüberschreitende INTERREG Kooperation in der aktuellen EU Förderperiode 2014-2020. Die große Nachfrage und die hohe Qualität der Projekte dokumentieren den effektiven Einsatz dieser Mittel für das Ziel der europäischen Kohäsion. Daher muss die europäische Kohäsionspolitik in unserer Grenzregion auch in Zukunft eine besondere Bedeutung haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in der Zeit nach 2020 eine angemessene Mittelausstattung für unsere Region zur Verfügung steht und das Land rechtzeitig Planungssicherheit erhält, um optimal von den europäischen Förderprogrammen zu profitieren. Überregulierung und aufwändige Verwaltungs- und Kontrollverfahren sollten auf das notwendige Maß beschränkt werden. Wir streben an, dass insbesondere die europäische territoriale Kohäsion durch grenzüberschreitend verzahnte Programme weiter gestärkt wird.

- 3232 ▪ **Weiterentwicklung des Projektes „Grenzüberschreitende polyzentrische Metro-**
3233 **polregion“ (GPMR):** Das Leben über die Grenze wird im grenzüberschreitenden Ag-
3234 glomerationsraum SaarMoselle ist für rund 600.000 Menschen alltäglich. Die ge-
3235 meinsamen Projekte der kommunalen Träger müssen schnell und von beiden Seiten
3236 der Politik gemeinsam vorangetrieben werden. Es gilt das Projekt einer grenzüber-
3237 schreitenden polyzentrischen Metropolregion (GPMR) konsequent weiter zu entwi-
3238 ckeln und damit ein Raumentwicklungskonzept für die Großregion zu konkretisie-
3239 ren, das den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Region
3240 insgesamt stärkt. Dem kommunalen deutsch-französischen Eurodistrict SaarMoselle
3241 sollte dabei eine tragende Rolle als grenzüberschreitender Metropolraum zukom-
3242 men.